

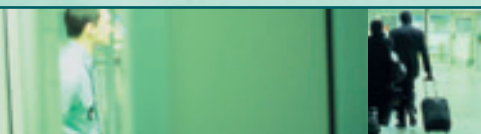


Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF November 2004



Monatsbericht des BMF November 2004

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2004	26
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	28
Termine	30
 Analysen und Berichte	 33
Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 3. Quartal 2004	35
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2004	45
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2004	49
Stellungnahme zu den diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	53
Wachstum und Beschäftigung für die Jahre bis 2010 – Halbzeitbilanz und Perspektiven für die Lissabon-Strategie	59
Regionale wirtschaftliche Integration im Zeichen der Globalisierung	69
 Statistiken und Dokumentationen	 79
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Bruttoinlandsprodukt hat sich nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes im 3. Quartal 2004 gegenüber dem Vorquartal leicht um 0,1 % erhöht. Im Vorjahresvergleich betrug die Zunahme 1,3 %. Damit ist die Wirtschaftsleistung zwar im Vergleich zu den beiden ersten Quartalen des Jahres schwächer gestiegen, dies ist aber wesentlich auf rückläufige Zuwachsraten bei den Exporten und starke Zunahmen bei den Importen zurückzuführen. Gleichzeitig gab es Anzeichen einer positiven Entwicklung der Binnenkonjunktur. Die Ausrüstungsinvestitionen steigen kräftig an und die Vorräte wurden spürbar aufgestockt. Dies sind Hinweise dafür, dass sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland insgesamt fortsetzt.

Der finanzpolitische Dreiklang aus Strukturreformen, Konsolidierung und gezielten Wachstumsimpulsen hat zur wirtschaftlichen Stabilisierung einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Bundesregierung wird diese notwendige finanz- und wirtschaftspolitische Strategie deshalb weiterverfolgen. Auch im Jahr 2005 werden wichtige nachhaltige Reformen umgesetzt. Damit verbessern sich auf mittel- und langfristige Sicht die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung entscheidend.

Im Bundeshaushalt schlägt sich die konjunkturelle Erholung noch nicht nieder. Auch für das Jahr 2005 muss der Bund neben Steuerausfällen auch Mehrbelastungen, insbesondere bei den Arbeitsmarktausgaben, verkraften. Dennoch bleiben unsere Ziele für 2005 das Einhalten der Regelgrenze des Artikels 115 Grundgesetz – die Kreditaufnahme soll die Investitionen nicht übersteigen – und das Einhalten der Maastricht-Grenze von 3 % des Bruttoinlandsproduktes für das gesamtstaatliche Defizit.



Dafür müssen weitere Maßnahmen umgesetzt werden, die über die bereits im Haushaltsentwurf 2005 vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen hinausgehen. Angesichts der nach wie vor gedämpften Binnennachfrage verbieten sich allerdings sowohl Steuer- und Abgabenerhöhungen als auch massive Ausgabenkürzungen. Daher hat die Bundesregierung ein Bündel von konjunkturgerechten Maßnahmen für den Bundeshaushalt 2005 geschnürt. Es besteht aus folgenden Elementen:

- Die Postversorgungskasse wird die Pensionsverpflichtungen der Postnachfolgeunternehmen kapitalisieren. Der Bund wird 2005 von den Zahlungen an die Postversorgungskasse entlastet. Das führt zu einer Einsparung in Höhe von 5 ½ Mrd. €.
- Die im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2005 ausgebrachte Globale Minderausgabe wird um 1 Mrd. € erhöht.
- Die Bundesregierung wird die Initiative für eine Nullrunde im öffentlichen Dienst für das Jahr 2005 ergreifen. Angesichts der aktuellen Tarifabschlüsse in der Privatwirtschaft wären Gehalts- und Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar.

Die von der Bundesregierung vorgelegten Maßnahmen können weitgehend in alleiniger Verantwortung des Bundes umgesetzt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass im Bundesrat andere Konsolidierungsmaßnahmen, wie vor allem ein weitergehender Subventionsabbau, immer wieder verhindert wurden.

Dieser Blockadekurs schadet Deutschland, denn er behindert eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und er verhindert ein weiteres Engagement des Staates in Forschung und Bildung. Die Bundesregierung wird verstärkt in die Zukunft investieren und will dafür Subventionen abbauen. Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch. Wir wollen die nicht mehr zeitgemäße Eigenheimzulage vollständig abschaffen und die frei werdenden Mittel für Bildung und Forschung bereitstellen. Durch die Streichung der Eigenheimzulage können wir allein bis 2008 rd. 7 Mrd. € bei Bund, Ländern und Gemeinden freimachen. Das lohnt eine gemeinsame Anstrengung über Partei-

grenzen hinweg. Nutzen wir diese Chance, Deutschland langfristig zukunftsfähig zu machen!

A handwritten signature in black ink, reading "Volker Halsch". The script is cursive and fluid, with the first name "Volker" and the last name "Halsch" clearly distinguishable.

Volker Halsch

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2004	26
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	28
Termine	30

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen bis einschließlich Oktober 2004 mit 215,5 Mrd. € um 2,1 % unter dem Niveau des Vorjahres (– 4,7 Mrd. €). Damit hat sich der Trend der Vormonate fortgesetzt, wonach trotz weiterhin hoher Haushaltsbe-

lastungen durch den Arbeitsmarkt mit einem im Jahresvergleich rückläufigen Ausgabenvolumen gerechnet werden kann.

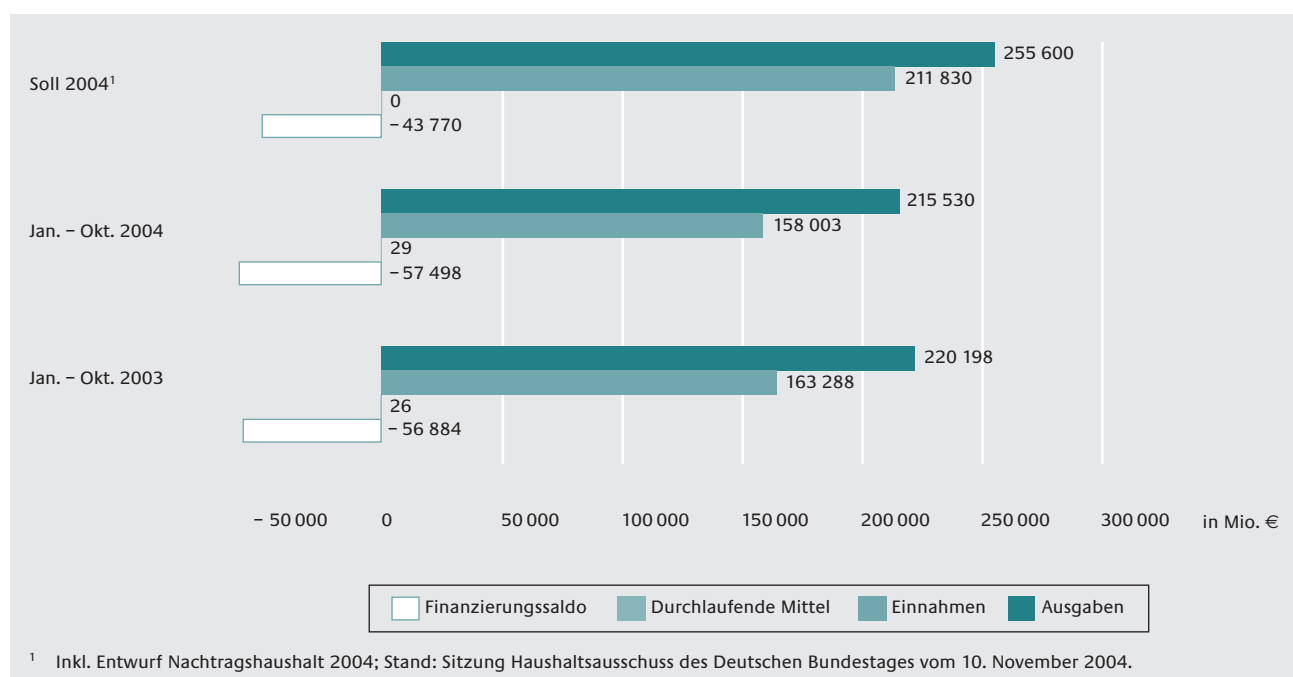
Die Einnahmen des Bundes belaufen sich bis einschließlich Oktober 2004 auf 158,0 Mrd. €. Sie unterschreiten die Einnahmen des Vorjahreszeitraums

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll ¹ 2004	Ist-Entwicklung ² Januar bis Oktober 2004
Ausgaben (Mrd. €)	255,6	215,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 0,4	– 2,1
Einnahmen (Mrd. €)	211,8	158,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,6	– 3,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	186,6	140,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,7	– 2,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 43,8	– 57,5
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 3,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,3	– 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 43,5	– 53,7

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.
² Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



um 5,3 Mrd. € oder – 3,2 %. Im Jahresvergleich sinkende Steuereinnahmen und der geringere Bundesbankgewinn kennzeichnen weiterhin die Einnahmeentwicklung des Bundes. Die Steuereinnahmen liegen mit 140,8 Mrd. € um 4,0 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis. Das im Vergleich zur Jahresmitte etwas positivere Bild bei den Gesamteinnahmen resultiert im Wesent-

lichen aus der Vereinnahmung von Erlösen aus dem Verkauf von russlandbezogenen Forderungen.

Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 57,5 Mrd. €. Die bisherige Haushaltsentwicklung hat die Einbringung des am

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

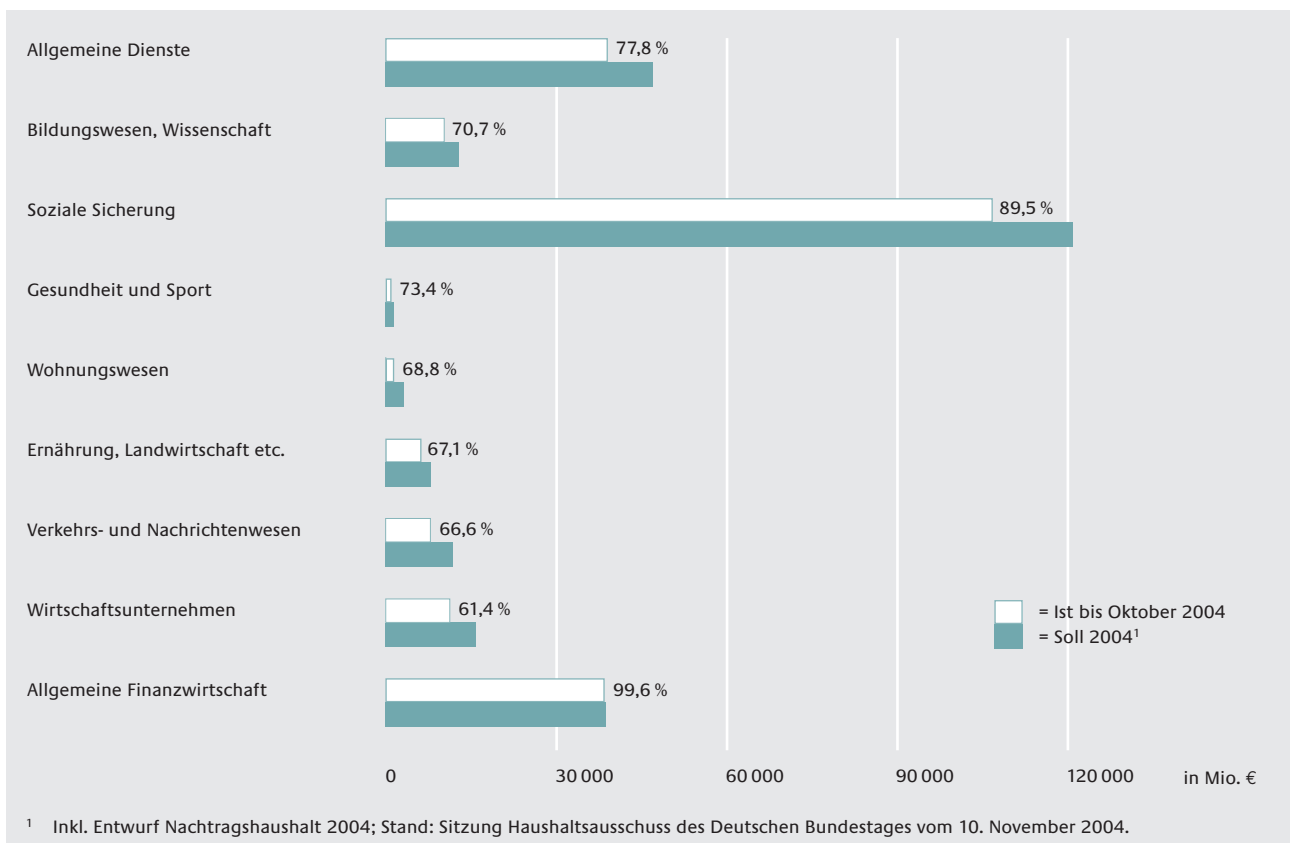
	Soll 2004 ¹	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	48 433	37 682	17,5	38 463	17,5	– 2,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 721	3 038	1,4	2 902	1,3	4,7
Verteidigung	28 121	22 080	10,2	22 735	10,3	– 2,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 289	6 347	2,9	6 656	3,0	– 4,6
Finanzverwaltung	3 308	2 508	1,2	2 458	1,1	2,0
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 887	8 399	3,9	8 781	4,0	– 4,4
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	673	0,3	817	0,4	– 17,6
BAföG	951	866	0,4	820	0,4	5,6
Forschung und Entwicklung	6 790	4 970	2,3	5 321	2,4	– 6,6
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	121 747	108 987	50,6	107 371	48,8	1,5
Sozialversicherung	75 003	67 583	31,4	67 433	30,6	0,2
Arbeitslosenversicherung	5 210	7 480	3,5	8 530	3,9	– 12,3
Arbeitslosenhilfe	18 800	15 594	7,2	13 711	6,2	13,7
Wohngeld	3 059	2 565	1,2	2 375	1,1	8,0
Erziehungsgeld	2 985	2 565	1,2	2 656	1,2	– 3,4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 367	3 000	1,4	3 245	1,5	– 7,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	917	673	0,3	775	0,4	– 13,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	1 393	0,6	1 369	0,6	1,8
Wohnungswesen	1 453	1 066	0,5	1 088	0,5	– 2,0
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 471	5 011	2,3	8 186	3,7	– 38,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	893	0,4	3 548	1,6	– 74,8
Kohlenbergbau	2 102	2 101	1,0	2 533	1,2	– 17,1
Gewährleistungen	2 000	700	0,3	783	0,4	– 10,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	7 213	3,3	7 469	3,4	– 3,4
Straßen (ohne GVFG)	5 875	4 157	1,9	4 186	1,9	– 0,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 437	9 474	4,4	11 349	5,2	– 16,5
Postbeamtenversorgungskasse	4 915	2 793	1,3	3 670	1,7	– 23,9
Bundeseisenbahnvermögen	5 700	4 276	2,0	4 304	2,0	– 0,7
Deutsche Bahn AG	3 245	1 818	0,8	2 727	1,2	– 33,3
Allgemeine Finanzwirtschaft	36 847	36 698	17,0	36 435	16,5	0,7
Fonds „Deutsche Einheit“	2 255	1 879	0,9	1 890	0,9	– 0,6
Zinsausgaben	36 791	34 251	15,9	34 146	15,5	0,3
Ausgaben zusammen	255 600	215 530	100,0	220 198	100,0	– 2,1

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.

6. Oktober 2004 vom Bundeskabinett gebilligten Entwurfs eines Nachtragshaushalts notwendig gemacht. Der Haushaltsausschuss des Deutschen

Bundestages hat diesem am 10. November 2004 zugestimmt und die Nettokreditaufnahme um 0,2 Mrd. € auf 43,5 Mrd. € abgesenkt.

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Oktober 2004



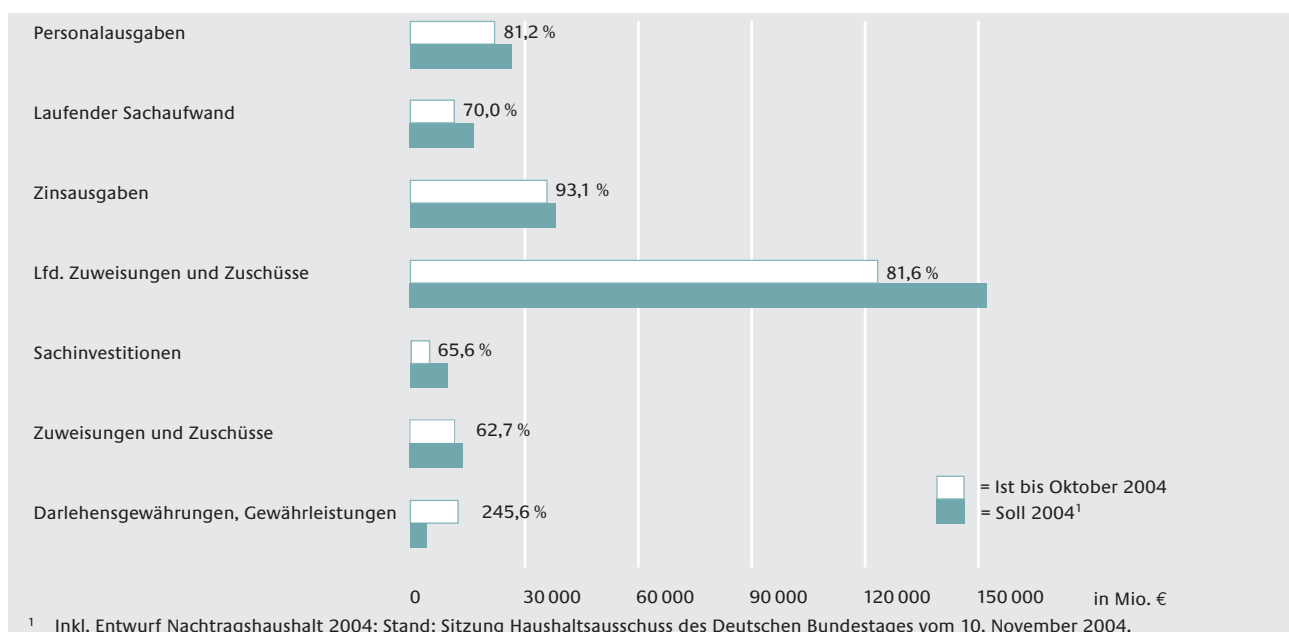
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2004 ¹	Ist 2004 Januar bis Oktober	Ist 2003 Januar bis Oktober	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	233 980	192 950	89,5	193 590	87,9	- 0,3
Personalausgaben	27 325	22 184	10,3	22 428	10,2	- 1,1
Aktivbezüge	20 615	16 686	7,7	16 855	7,7	- 1,0
Versorgung	6 711	5 498	2,6	5 573	2,5	- 1,3
Laufender Sachaufwand	17 536	12 273	5,7	12 768	5,8	- 3,9
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 547	1 063	0,5	1 147	0,5	- 7,3
Militärische Beschaffungen	8 025	5 755	2,7	5 799	2,6	- 0,8
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 964	5 455	2,5	5 822	2,6	- 6,3
Zinsausgaben	36 791	34 251	15,9	34 146	15,5	0,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	151 950	123 918	57,5	123 902	56,3	0,0
an Verwaltungen	15 007	11 994	5,6	12 520	5,7	- 4,2
an andere Bereiche	136 943	111 929	51,9	111 338	50,6	0,5
darunter:						
Unternehmen	16 122	11 336	5,3	12 569	5,7	- 9,8
Renten, Unterstützungen u. a.	25 528	21 336	9,9	19 924	9,0	7,1
Sozialversicherungen	91 593	76 347	35,4	75 861	34,5	0,6
Sonstige Vermögensübertragungen	377	323	0,1	347	0,2	- 6,9
Investive Ausgaben	24 639	22 580	10,5	26 608	12,1	- 15,1
Finanzierungshilfen	17 510	17 903	8,3	21 809	9,9	- 17,9
Zuweisungen und Zuschüsse	13 259	8 312	3,9	11 020	5,0	- 24,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 685	9 052	4,2	10 258	4,7	- 11,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	565	539	0,3	531	0,2	1,5
Sachinvestitionen	7 129	4 676	2,2	4 799	2,2	- 2,6
Baumaßnahmen	5 517	3 764	1,7	3 894	1,8	- 3,3
Erwerb von beweglichen Sachen	1 036	554	0,3	537	0,2	3,2
Grunderwerb	576	359	0,2	368	0,2	- 2,4
Globalansätze	- 3 019	0		0		
Ausgaben insgesamt	255 600	215 530	100,0	220 198	100,0	- 2,1

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Oktober 2004



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2004 ¹	Ist 2004	Ist 2003	Veränderung		
		Januar bis Oktober	Januar bis Oktober	gegenüber		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Vorjahr in %		
		Anteil	Anteil			
		in %	in %			
I. Steuern	186 606	140 791	89,1	144 800	88,7	- 2,8
Bundesanteile an:	141 340	109 954	69,6	107 902	66,1	1,9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	69 584	51 487	32,6	51 830	31,7	- 0,7
davon:						
Lohnsteuer	52 742	39 996	25,3	42 891	26,3	- 6,7
veranlagte Einkommensteuer	2 152	- 257	- 0,2	- 410	- 0,3	- 37,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 985	4 772	3,0	4 308	2,6	10,8
Zinsabschlag	2 980	2 561	1,6	2 917	1,8	- 12,2
Körperschaftsteuer	6 725	4 415	2,8	2 124	1,3	107,9
Steuern vom Umsatz	70 364	57 569	36,4	54 646	33,5	5,3
Gewerbesteuerumlage	1 392	897	0,6	1 427	0,9	- 37,1
Mineralölsteuer	41 700	28 501	18,0	29 531	18,1	- 3,5
Tabaksteuer	13 650	10 581	6,7	11 033	6,8	- 4,1
Solidaritätszuschlag	10 121	7 898	5,0	7 994	4,9	- 1,2
Versicherungsteuer	8 775	7 580	4,8	7 702	4,7	- 1,6
Stromsteuer	6 500	5 480	3,5	5 211	3,2	5,2
Branntweinsteuer	2 167	1 619	1,0	1 570	1,0	3,1
Kaffeesteuer	1 040	821	0,5	768	0,5	6,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 073	- 11 401	- 7,2	- 11 549	- 7,1	- 1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 13 800	- 12 079	- 7,6	- 9 996	- 6,1	20,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 450	- 2 834	- 1,8	-	-	-
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 810	- 5 675	- 3,6	- 5 705	- 3,5	- 0,5
II. Sonstige Einnahmen	25 224	17 212	10,9	18 488	11,3	- 6,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	941	837	0,5	4 010	2,5	- 79,1
Zinseinnahmen	951	875	0,6	1 056	0,6	- 17,1
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	12 879	8 316	5,3	4 073	2,5	104,2
Einnahmen zusammen	211 830	158 003	100,0	163 288	100,0	- 3,2

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.

Steuereinnahmen im Oktober 2004

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im Oktober 2004 um – 6,2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Sowohl die gemeinschaftlichen Steuern mit – 5,8 % als auch die Bundessteuern mit – 7,9 % und die Ländersteuern mit – 6,6 % waren deutlich rückläufig.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Oktober 2004 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt – 0,9 %. Sie nähert sich damit dem in der November-Steuerschätzung prognostizierten Wert von – 1,2 % für das Gesamtjahr 2004.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) gingen im Oktober um – 13,8 % zurück. Neben dem Rückgang von Gemeinschafts- und Bundessteuern sind hierfür vor allem die im Vorjahresvergleich doppelt so hohen EU-Abführungen verantwortlich. Im Oktober vorigen Jahres hatte es eine Erstattung von BNE-Eigenmitteln gegeben. In der kumulierten Betrachtung liegen die Steuereinnahmen des Bundes um – 2,9 %¹ unter dem Vorjahresergebnis.

¹ Abweichung zur Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fußnoten 1 und 3, Seite 18).

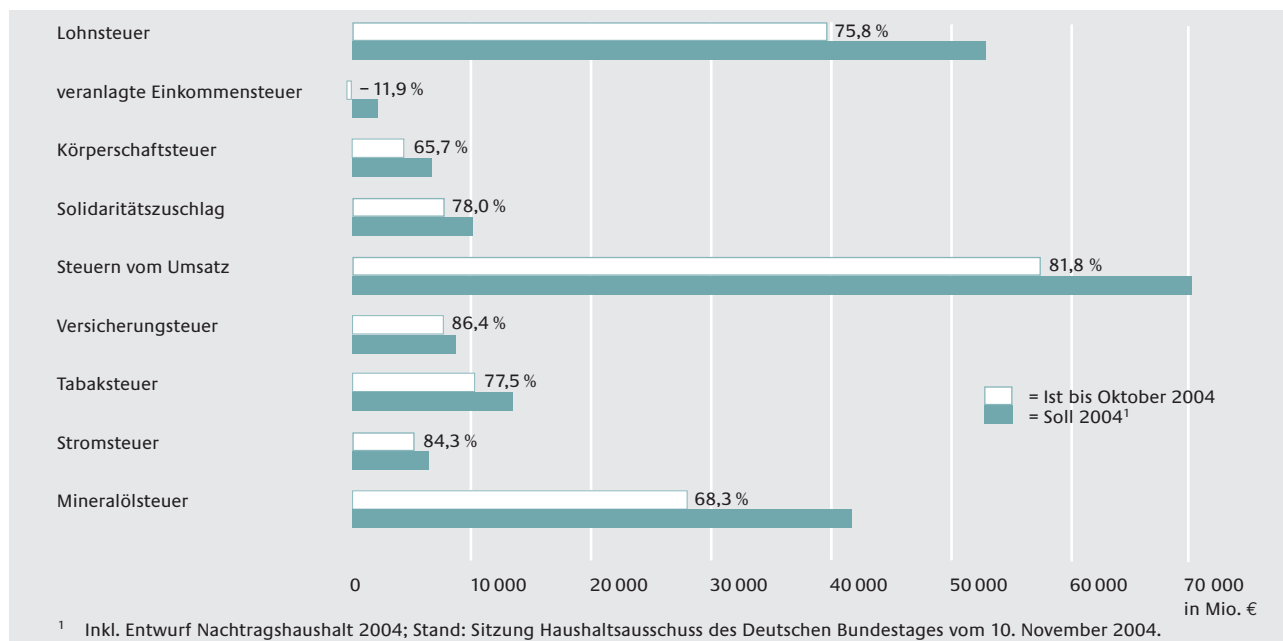
Der Rückgang der Lohnsteuereinnahmen fiel im Oktober mit – 9,1 % noch kräftiger aus als im September (– 8,7 %). Dies korrespondiert mit einem stärkeren Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vorjahresvergleich.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist gegenüber dem Vorjahr leicht um rund 80 Mio. € gestiegen. Dieser Zuwachs entspricht etwa den Einnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit in Höhe von 79,2 Mio. €.

Überraschend schwach hat sich im Oktober das Körperschaftsteueraufkommen gezeigt. Die Einnahmen lagen um rd. – 200 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Allerdings ist bei der Betrachtung der Ergebnisse in den einzelnen Bundesländern keine Abschwächung der allgemeinen Aufwärtsentwicklung zu erkennen. Vielmehr wird das Ergebnis stark geprägt durch den Aufkommensrückgang von – 350 Mio. € in einem Bundesland infolge von einmaligen Sondereffekten.

Die Aufkommensschwankungen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag setzen sich im Okto-

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Oktober 2004



ber fort. Nach einem Rückgang von – 34,5 % im September gab es nun eine Zunahme von + 34,9 %.

Die Einnahmen aus dem Zinsabschlag sind wie in jedem Monat des Jahres 2004 auch im Oktober als Folge der rückläufigen Durchschnittsverzinsung gesunken. Der Rückgang betrug diesmal – 9,4 %.

Bei den Steuern vom Umsatz erkennt man wie in den Vormonaten die Auswirkungen der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004: Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer, die nur bei Importen aus Nicht-EU-Staaten fällig wird, verminderten sich um – 16,5 %. Die Importe aus den neuen Mitgliedstaaten unterliegen nun der Umsatzsteuer, was maßgeblich zu dem Anstieg der Umsatzsteuereinnahmen um + 4,7 % beigetragen hat. Zusammengenommen ergibt dies einen Rückgang der Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz in Höhe von – 1,0 %.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern sank im Oktober um – 7,9 %, was teilweise auf kassentechnische Effekte zurückzuführen ist. Seit Jahresbeginn werden die reinen Bundessteuern periodengerecht verbucht. Aufgrund der nicht angepassten Vorjahreswerte sind damit die in diesem Jahr ausgewiesenen Veränderungsraten teilweise erheblich verzerrt.

Dies zeigt sich im Oktober in besonderem Maße bei der Tabaksteuer, die im Vorjahresvergleich um –

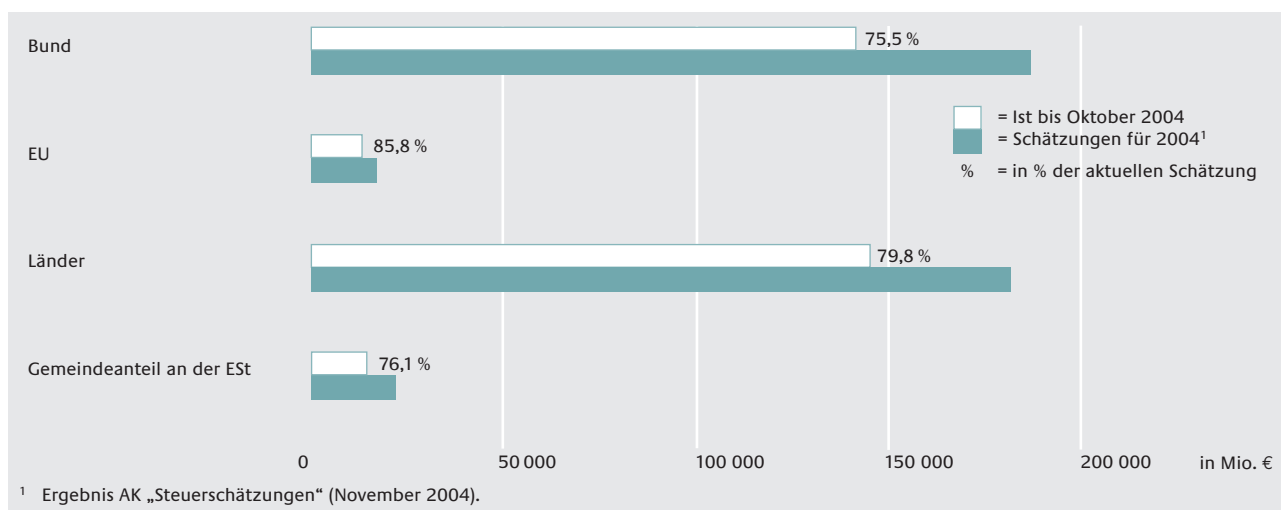
28,4 % geringer ausfiel. Im Vergleich zu der ebenfalls korrigierten Oktober-Zahl des Jahres 2003 beläuft sich der Rückgang lediglich auf – 1,3 %.

Das Mineralölsteueraufkommen nahm im Oktober im Vorjahresvergleich etwas zu (+ 0,8 %). Diese wieder etwas positivere Entwicklung des Steueraufkommens hatte sich mit leicht höheren Verbrauchszahlen in den Vormonaten bereits angedeutet.

Bis auf die Branntweinsteuer (+ 2,6 %) wiesen alle anderen Bundessteuern Rückgänge auf. Das Stromsteueraufkommen fiel um – 1,4 % geringer aus, die Versicherungsteuer sank um – 2,6 % und auch die sonstigen Bundessteuern büßten – 6,6 % ihres Vorjahresaufkommens ein. Der stärkste Rückgang ergab sich jedoch beim Solidaritätszuschlag (– 9,9 %) infolge der niedrigeren Einnahmen aus Lohn- und Körperschaftsteuer.

Einheitlich negativ war die Entwicklung bei den reinen Ländersteuern, die insgesamt um – 6,6 % zurückgingen. Die stärksten Mindereinnahmen im Vorjahresvergleich gab es bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 16,8 %) und den sonstigen Ländersteuern (– 38,7 %). Aber auch das Aufkommen von Kraftfahrzeugsteuer (– 1,6 %), Biersteuer (– 2,1 %), Erbschaftsteuer (– 11,6 %) und Grunderwerbsteuer (– 4,8 %) lag unter dem Vorjahresergebnis.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Oktober 2004



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2004	Oktober	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	8 864	- 9,1	97 304	- 6,6	124 100	- 6,8
veranlagte Einkommensteuer	- 1 013		- 618		5 065	10,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	408	34,9	9 538	10,7	9 970	10,8
Zinsabschlag	358	- 9,4	5 819	- 12,2	6 773	- 11,3
Körperschaftsteuer	- 569		8 827	96,6	13 450	62,5
Steuern vom Umsatz	10 992	- 1,0	112 880	0,5	138 000	0,7
Gewerbesteuerumlage	551	- 29,0	2 282	- 33,8	3 202	- 36,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	431	18,7	1 588	6,6	2 106	1,2
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	20 023	- 5,8	237 621	- 1,1	302 666	- 1,3
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 331	0,8	28 501	- 3,5	41 700	- 3,4
Tabaksteuer	1 242	- 28,4	10 581	- 4,1	13 650	- 3,1
Branntweinsteuer	204	2,6	1 619	3,2	2 167	- 1,7
Versicherungsteuer	375	- 2,6	7 580	- 1,6	8 775	- 1,1
Stromsteuer	598	- 1,4	5 480	5,2	6 500	- 0,5
Solidaritätszuschlag	518	- 9,9	7 898	- 1,2	10 121	- 1,5
sonstige Bundessteuern	119	- 6,6	1 166	5,3	1 486	3,1
Bundessteuern insgesamt	6 388	- 7,9	62 825	- 2,1	84 399	- 2,6
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	254	- 11,6	3 630	30,6	4 300	27,5
Grunderwerbsteuer	370	- 4,8	3 867	- 4,2	4 590	- 4,4
Kraftfahrzeugsteuer	572	- 1,6	6 621	4,5	7 720	5,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	144	- 16,8	1 534	- 1,7	1 865	0,2
Biersteuer	67	- 2,1	669	0,1	790	0,5
sonstige Ländersteuern	15	- 38,7	379	- 21,5	447	- 19,8
Ländersteuern insgesamt	1 422	- 6,6	16 700	5,3	19 712	5,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	268	2,5	2 515	6,1	3 050	6,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	218	- 55,5	2 834	- 42,2	3 450	- 33,8
BNE-Eigenmittel	874	.	12 079	20,8	13 800	7,5
EU-Eigenmittel insgesamt	1 361	98,0	17 427	0,9	20 300	- 3,0
Bund³	12 726	- 13,8	140 975	- 2,9	186 607	- 2,8
Länder³	12 566	- 2,8	143 714	1,6	180 005	1,4
EU	1 361	98,0	17 427	0,9	20 300	- 3,0
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 449	- 8,1	17 545	- 5,7	23 052	- 5,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	28 102	- 6,2	319 661	- 0,9	409 964	- 1,2

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2004.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen gingen im Oktober weiter zurück. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende September bei 3,97 % lag, notierte Ende Oktober bei 3,86 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – lagen Ende Oktober unverändert bei 2,15 %.

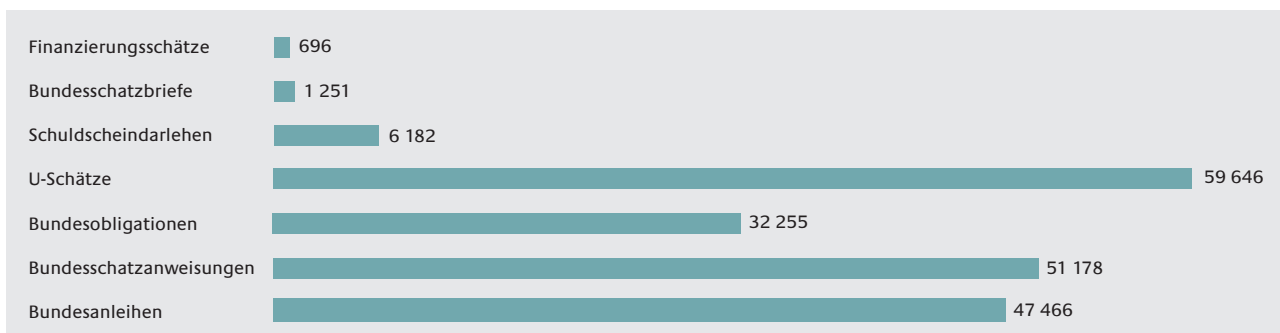
Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni letzten Jahres die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Oktober leicht zulegen. Der Deutsche Aktienindex stieg von 3893 auf 3960 Punkte (Monatsendstände). Der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 verbesserte sich von 2726 auf 2812 Punkte.

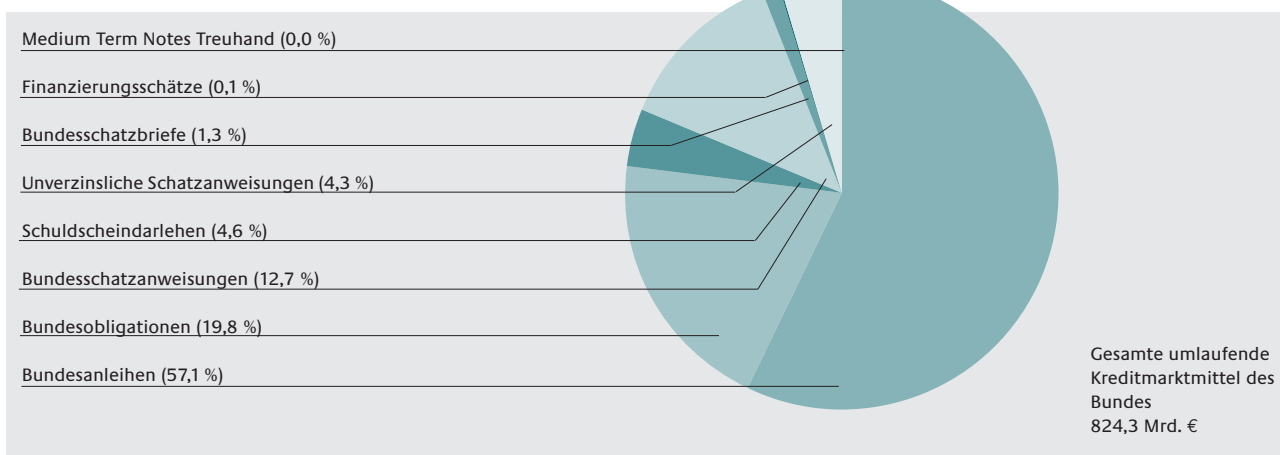
Monetäre Entwicklung

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der Geldmenge M 3 ist im Euroraum von Juli bis September 2004 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 5,7 % leicht gestiegen (Dreimonatsdurchschnitt Juni bis August 2004: 5,4 %; Referenzwert: 4,5 %). Der seit Mitte 2003 zu beobachtende Abwärtstrend des Jahreswachstums von M 3 ist im Juli zum Stillstand gekommen. Seit August ist wieder eine Beschleunigung des Geldmengenwachstums festzustellen.

Kreditaufnahme des Bundes bis einschl. Oktober 2004 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Oktober 2004



Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor belief sich im Euroraum im September auf 6,3 % (verglichen mit 6,0 % im Vormonat). Das niedrige Niveau der Zinsen einerseits und die in verschiedenen Ländern des Euroraums stark gestiegenen Preise für Wohnimmobilien andererseits dürften zum kräftigen Wachstum der Kredite im Euroraum beigetragen haben. In Deutschland sank die vorgenannte Wachstumsrate erneut; sie lag bei 0,2 % (Vormonatswert: 0,3 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis zum 31. Oktober dieses Jahres 198,4 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 198,7 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2003 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Oktober 2004 um 7,0 % auf 824,3 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2004 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2004“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 51 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Die Emissionsplanung des Bundes (Jahresvorausschau) für das Jahr 2005 sowie der detaillierte Emissionskalender für das erste Quartal 2005 werden in der dritten Dekade im Dezember 2004 veröffentlicht.

Tilgungen und Zinszahlungen im 4. Quartal 2004 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen des Bundes	–	5,1	–	5,1
Bundessobligationen	–	6,0	–	6,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	14,0	14,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,3	0	0	0,4
Finanzierungsschätze	0	0	0	0,2
Anleihen Treuhand	–	–	–	–
Fundierungsschuldverschreibungen	0	–	–	0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,3	1,1	1,1	3,4
MTN Treuhand	–	–	–	0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	7,5	18,2	21,2	47,0

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	1,9	1,1	1,1	4,1

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im 4. Quartal 2004 auf rund 47,0 Mrd. €.

Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im 4. Quartal 2004 auf rund 4,1 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2004

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE000114455 WKN 114 145	Aufstockung	6. Oktober 2004	5 Jahre fällig 9. Oktober 2009 Zinslaufbeginn: 27. August 2004 Erster Zinstermin: 9. Oktober 2005	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137073 WKN 113 707	Aufstockung	13. Oktober 2004	2 Jahre fällig 22. September 2006 Zinslaufbeginn: 22. September 2004 Erster Zinstermin: 22. September 2005	8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE000114155 WKN 114 145	Aufstockung	17. November 2004	5 Jahre fällig 9. Oktober 2009 Zinslaufbeginn: 27. August 2004 Erster Zinstermin: 9. Oktober 2005	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135267 WKN 113 526	Neuemission	24. November 2004	10 Jahre fällig 4. Januar 2015 Zinslaufbeginn: 26. November 2004 Erster Zinstermin: 4. Januar 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137081 WKN 113 708	Neuemission	8. Dezember 2004	2 Jahre fällig 15. Dezember 2006 Zinslaufbeginn: 10. Dezember 2004 Erster Zinstermin: 15. Dezember 2005	ca. 7 Mrd. €
			4. Quartal 2004 insgesamt	ca. 33 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Datum	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114726 WKN 111 472	Neuemission	18. Oktober 2004	6 Monate fällig 20. April 2005	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114734 WKN 111 473	Neuemission	15. November 2004	6 Monate fällig 11. Mai 2005	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114742 WKN 111 474	Neuemission	13. Dezember 2004	6 Monate fällig 15. Juni 2005	ca. 6 Mrd. €
			4. Quartal 2004 insgesamt	ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Im 3. Quartal hat sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland fortgesetzt, allerdings in einem spürbar geringeren Tempo als im ersten Halbjahr. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) vom zweiten zum dritten Vierteljahr preis- und saisonbereinigt um 0,1 %, nach + 0,4 % in den beiden Vorquartalen. Ausschlaggebend war, dass die hohen Rohölpreise die bisherige Dynamik der Weltkonjunktur und damit auch der deutschen Exporte abgebremst haben. Andererseits war die leichte Belebung der Binnenkonjunktur nicht stark genug, um das bisherige Wachstumstempo beizubehalten. Damit fehlten wichtige Voraussetzungen, um die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte zu entlasten.

Obwohl die Detailergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zum 3. Quartal bei Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, lassen sich die konjunkturellen Grundtendenzen aus den zur Verfügung stehenden Indikatoren annähernd bestimmen.

So war die Exporttätigkeit auch im 3. Quartal – trotz der etwas weniger dynamischen Weltkonjunktur – zwar durchaus noch als lebhaft einzustufen und bildete damit weiterhin eine wichtige Säule der inländischen Produktion (3. Quartal nominal um 8,5 % über Vorjahr). Allerdings ergab sich in der Verlaufsbeurteilung nur noch ein geringer Zuwachs gegenüber dem 2. Vierteljahr (Ausfuhrwerte saisonbereinigt + 0,5 %). Gleichzeitig sind die Importe stark angestiegen (+ 4,3 %), wobei die höheren Importpreise, insbesondere für Mineralölprodukte, den nominalen Anstieg etwas überzeichnen. In realer Rechnung dürfte sich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein negativer

Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft ergeben haben. Nach Ländergruppen waren unterschiedliche Entwicklungstendenzen zu verzeichnen: Die Ausfuhren in die traditionellen Partnerländer der EU nahmen zuletzt wieder überproportional zu. Zuvor hatten die sprunghaft angestiegenen Exporte nach China, in andere asiatische Länder und nach Russland zu einem steigenden Anteil der Ausfuhren in Drittländer beigetragen. In jüngster Zeit führte die Abkühlung der Weltkonjunktur zu einer Abschwächung des Exportbooms in diese Länder.

Die industrielle Produktion, die immer noch von der Auslandsnachfrage profitiert, wies im 3. Vierteljahr keinen Anstieg gegenüber dem Vorquartal mehr auf. Das Produktionsniveau lag um 4,5 % über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. An den Umsatzzahlen der Industrie ist erkennbar, dass die industrielle Produktion mehr und mehr im Inland verwendet wird. Auch dies könnten erste Anzeichen dafür sein, dass sich die Binnenkonjunktur zu bessern beginnt. So zeigten sich in der Verlaufsbeurteilung gegenüber dem Vorquartal merkliche Zuwächse im Inland (+ 0,8 %; Ausland: – 0,7 %). Dabei stiegen die Inlandsumsätze der Investitionsgüterproduzenten überdurchschnittlich an. Zusammen mit dem kräftigen Importanstieg deutet dies auf eine Belebung der Investitionstätigkeit bei den Ausrüstungen hin.

Die weiteren Aussichten für die Industriekonjunktur stellten sich zuletzt etwas weniger günstig dar als noch im Sommer. Der Wert der Auftragseingänge stagnierte im 3. Vierteljahr. Dabei haben vor allem die Inlandsaufträge wieder deutlich an Boden verloren, nachdem sie im 2. Quartal einen Höchststand erreicht hatten. Dagegen blieb bei den Auslandsaufträgen – ungeachtet der jüngsten Eintrübung der Weltkonjunktur – eine leichte Aufwärtstendenz erhalten. Auch beim ifo-Konjunkturtest im Oktober zeigten sich die befragten Unternehmen in Bezug auf die künftigen Exportgeschäfte wieder

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			1.Q.04	2.Q.04	3.Q.04 ¹	1.Q.04	2.Q.04	3.Q.04 ¹
Bruttoinlandsprodukt								
real	1 985	- 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,3
nominal	2 128	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	.	+ 2,5	+ 3,2	.
Einkommen								
Volkseinkommen	1 569	+ 1,1	+ 0,7	+ 2,3	.	+ 2,7	+ 5,8	.
Arbeitnehmerentgelt	1 132	+ 0,2	+ 0,5	- 0,2	.	+ 0,0	- 0,2	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	437	+ 3,5	+ 1,4	+ 8,2	.	+ 9,0	+ 20,7	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 390	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,6	.	+ 1,1	+ 1,5	.
Bruttolöhne und Gehälter	910	- 0,2	+ 0,6	- 0,2	.	+ 0,2	- 0,1	.
Sparen der privaten Haushalte	151	3,3	+ 2,2	+ 2,1	.	+ 1,5	+ 4,4	.

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Aug 04	Sep 04	3-Monats-durchschnitt	Aug 04	Sep 04	3-Monats-durchschnitt
Umsätze								
Industrie ²	100,7	- 0,0	- 2,2	- 0,5	+ 0,2	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,9
Inland ²	97,0	- 0,5	- 2,1	- 0,3	+ 0,8	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,7
Ausland ²	106,7	+ 0,7	- 2,4	- 0,6	- 0,7	+ 11,0	+ 8,1	+ 9,2
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	6,9	- 3,3	+ 0,0	.	- 0,2	- 6,0	.	- 6,1
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,8	+ 0,4	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 1,2	- 1,3
Großhandel (ohne Kfz.)	94,2	+ 1,1	+ 1,0	- 0,8	+ 1,2	+ 8,1	+ 1,8	+ 3,0
Auftragseingang								
Industrie	98,6	+ 0,8	- 1,8	- 0,2	+ 0,0	+ 11,0	+ 4,4	+ 6,3
Inland	94,3	+ 0,0	- 1,3	- 1,5	- 0,7	+ 10,0	+ 1,1	+ 3,9
Ausland	104,0	+ 1,6	- 2,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 12,4	+ 8,1	+ 9,3
Bauhauptgewerbe	79,1	- 10,7	+ 3,1	.	+ 1,1	- 2,3	.	- 6,3
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	664	+ 2,0	- 1,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 12,6	+ 5,8	+ 8,5
Waren-Importe	534	+ 2,9	- 1,0	+ 1,7	+ 4,3	+ 13,7	+ 15,8	+ 13,4

Arbeitsmarkt	2003		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Aug 04	Sep 04	Okt 04	Aug 04	Sep 04	Okt 04
Erwerbstätige, Inland	38,25	- 1,1	+ 5	.	.	+ 107	.	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA) ³	4,28	+ 7,1	+ 26	+ 28	+ 12	+ 110	+ 160	+ 187

Preise	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Aug 04	Sep 04	Okt 04	Aug 04	Sep 04	Okt 04
Importpreise	96,2	- 2,2	+ 0,9	+ 0,1	.	+ 2,5	+ 2,7	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	104,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,2	.	+ 2,2	+ 2,3	.
Preisindex der Lebenshaltung	104,5	+ 1,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussmittel-industrie)	saisonbereinigte Salden							
	Mrz 04	Apr 04	Mai 04	Jun 04	Jul 04	Aug 04	Sep 04	Okt 04
Klima	+ 4,3	+ 5,1	+ 5,4	+ 3,7	+ 7,2	+ 4,9	+ 6,2	+ 5,6
Geschäftslage	- 6,9	- 3,7	- 2,1	- 3,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 2,4	+ 2,8
Geschäftserwartungen	+ 16,3	+ 14,2	+ 13,3	+ 11,1	+ 13,5	+ 9,3	+ 10,0	+ 8,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut

¹ Vorläufige Ergebnisse.

² Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

³ Ab Januar 2004 werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr zu den Arbeitslosen gerechnet.

zuversichtlicher als zuvor. Insgesamt beurteilten die Industrieunternehmen ihre aktuelle Geschäftslage besser als im Vormonat. Gleichzeitig schraubten sie ihren Optimismus bei den Erwartungen für die gesamte Geschäftsentwicklung erneut etwas zurück.

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Talfahrt der Produktion zwar verlangsamt und die Auftragslage auf niedrigem Niveau stabilisiert. Aber eine Trendumkehr zum Besseren ist noch nicht in Sicht.

Beim privaten Konsum dürften die Stagnationstendenzen angehalten haben. Die Einzelhandelsumsätze (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen) verharrten im 3. Vierteljahr auf dem vergleichsweise niedrigen Niveau des Vorquartals. Jedoch blickten die Einzelhändler – den Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests zufolge – deutlich weniger pessimistisch in die Zukunft als noch im Vormonat. Die Stimmung bei den Verbrauchern zeigte sich eher verhalten. Der vom GfK-Institut ermittelte Konsumklimaindex blieb im Oktober unverändert.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Situation aus konjunktureller Sicht noch nicht verbessert. Allerdings haben die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik zu einer Begrenzung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl geführt.

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im Oktober um 12 000. Der Anstieg fiel damit geringer aus als im Monatsdurchschnitt des 3. Quartals (+ 22 000). Ausschlaggebend dafür war die seit September laufende Maßnahme zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit – Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“. Durch Konzentration dieser „Zusatzjobs“ auf den Osten Deutschlands ging dort die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl zurück (– 2 000); dagegen stieg sie in den alten Bundesländern um 14 000 an. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote für Deutschland und die EU-weit standardisierte Quote blieben unverändert bei 10,7 % und 9,9 %.

Nach Ursprungszahlen waren im Oktober 4,21 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 187 000 mehr als vor Jahresfrist (basisbereinigt). Im Osten Deutschlands ist die Arbeitslosenquote immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Westen (neue Länder 17,5 % und alte Länder 8,2 %).

Auch bei der Beschäftigung zeigten sich die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen. So stieg die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen im August erneut etwas an (+ 5 000 nach + 9 000 im Juli). Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine Zunahme um 107 000. Damit hat sich der im April 2004 einsetzende Anstieg der Erwerbstätigenzahl im Vorjahresvergleich weiter fortgesetzt. Dies ist hauptsächlich auf eine Ausweitung der geringfügig entlohten Beschäftigung (Minijobs) und die Förderung von Existenzgründungen zurückzuführen, die deutlich stärker wog als die gleichzeitig gesunkene voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (– 335 000 nach – 487 000 im Vormonat).

Die Preisentwicklung in Deutschland verläuft in diesem Jahr alles in allem in ruhigen Bahnen. Auf der einen Seite hinterlassen zwar die hohen Weltmarktpreise für Rohstoffe ihre Spuren. Andererseits stehen dieser Tendenz aber der weiterhin starke Euro und die engen Preisüberwälzungsspielräume aufgrund der gedämpften Entwicklung der Binnennachfrage entgegen.

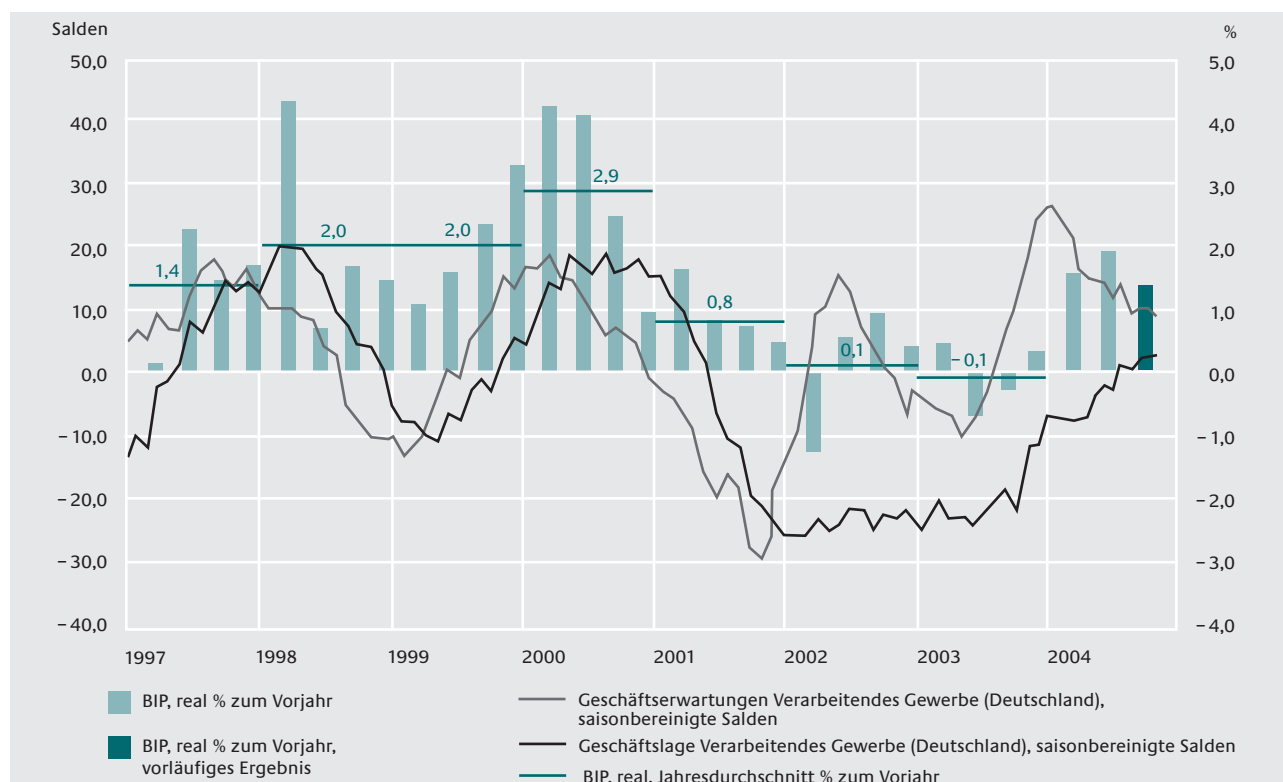
So beliefen sich im Durchschnitt der Monate Januar bis September die Preisanhebungen gegenüber dem Vorjahr bei den Importpreisen auf 0,4 %, bei den Erzeugerpreisen auf 1,2 % und beim Verbraucherpreisindex (Januar bis Oktober) auf 1,6 %. Am aktuellen Rand sind aber die Auswirkungen der hohen Weltmarktpreise für Rohstoffpreise deutlich erkennbar. So sind die Importpreise im September gegenüber dem Vorjahr erheblich, nämlich um 2,7 %, angestiegen, u. a. wegen Preissteigerungen um 28 % binnen Jahresfrist bei den energetischen Rohstoffen. Ohne Erdöl- und Mineralölzeugnisse hätte der Preis nur um 0,3 % über dem Vorjahr gelegen. Die Importpreise für andere Rohstoffe (ohne Energie

und Nahrung) sind seit August weniger stark angestiegen. Die Einfuhrpreise für Fertigerzeugnisse und Maschinen waren sogar rückläufig. Hier konnten die hohen Rohstoffpreise anscheinend nicht überwältzt werden.

Auch die Erzeugerpreise lagen im September mit + 2,3 % deutlich über ihrem Vorjahresniveau. Ohne Einrechnung der Energieprodukte wären sie allerdings noch höher ausgefallen (+ 2,7 %). Dahinter steht, dass auch die Erzeugerpreise für nichtenergetische Rohstoffe in die Höhe geschellt sind (Rohstahl, Stahl 31,4 % ggü. September 2003). Dagegen kam es bei Erzeugerpreisen für Investitionsgüter kaum zu höheren Preisen.

Auf der Verbraucherstufe werden die Ölpreiserhöhungen erstaunlich zeitnah überwältzt, wobei der günstige Wechselkurs immer noch dämpfend wirkt. So führte der Rekordölpreis von Oktober mit 49,8 Dollar/Barrel (68 % über Vorjahr) bzw. 39,9 Euro/Barrel (58 % über Vorjahr) zu enormen Preissteigerungen für Heizöl und flüssige Brennstoffe in dem gleichen Monat (40,5 % ggü. Vorjahr und 16,6 % ggü. Vormonat); Kraftstoffe kosteten zuletzt 11,5 % mehr als vor einem Jahr. Dem Preisauftrieb wirkten moderate Preisentwicklungen bei anderen Produkten (z. B. Nahrungsmittel und Informationsverarbeitungsgeräte) entgegen, die die jährliche Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen auf 2,0 % abmilderten.

BIP-Wachstum und Geschäftsklima



Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2004

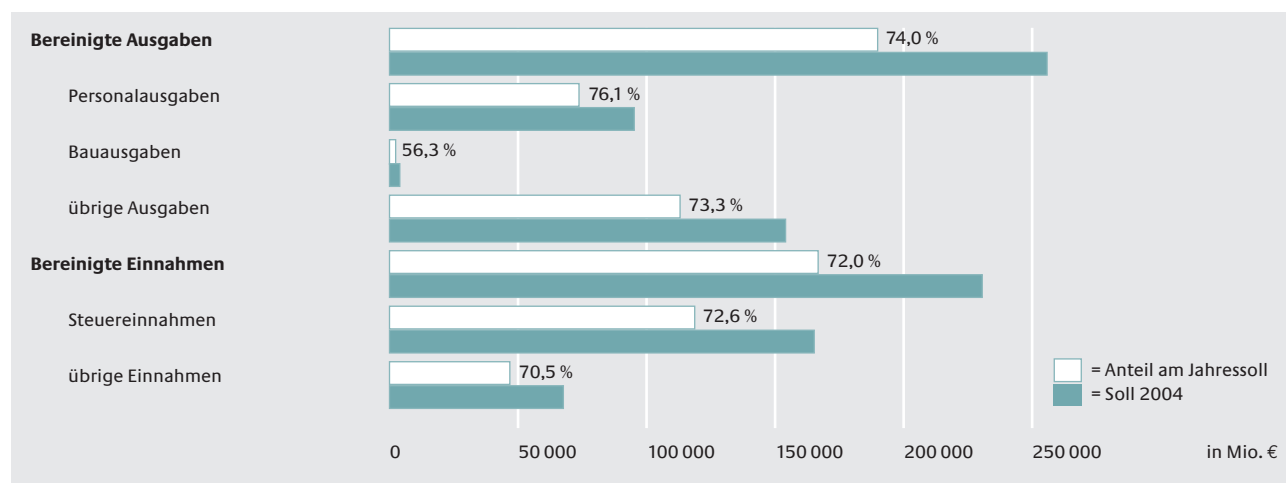
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung der Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich September 2004 vor.

Während die bereinigten Einnahmen der Länder insgesamt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,7 % anstiegen, erreichten die berei-

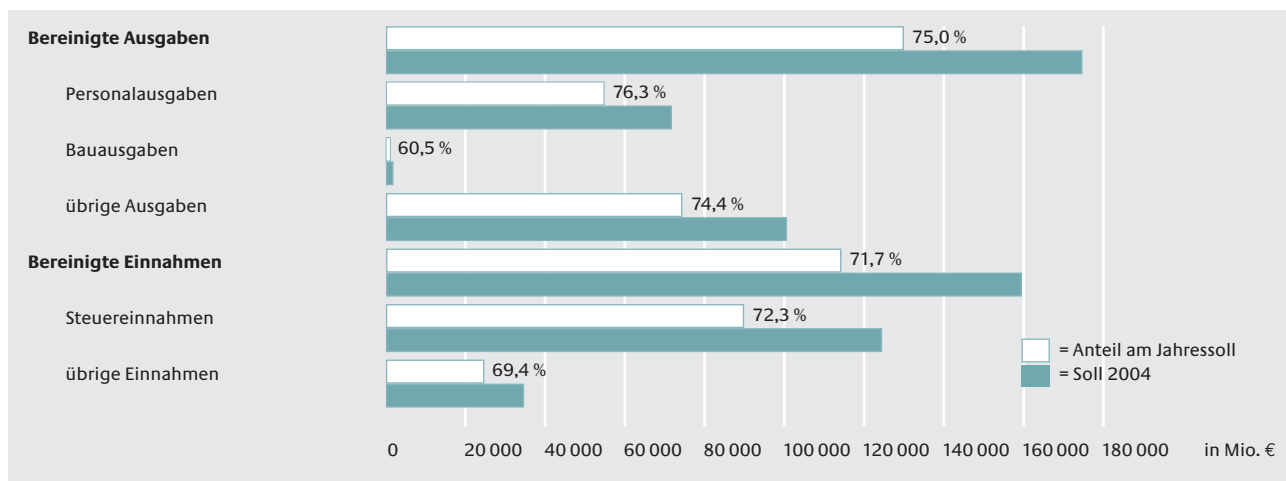
nigten Ausgaben mit -0,1 % nahezu das Niveau des Vorjahres. Das in den Haushaltsplanungen angesetzte Ausgabenvolumen wurde zu rund 74,0 % ausgeschöpft, die bereinigten Einnahmen bis einschließlich September entsprachen rund 72,0 % der Soll-Ansätze.

Auch im September ist eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen bei den Ländern insgesamt mit +2,6 % im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen. Die ostdeutschen Flächenländer konnten einen Zuwachs von +3,0 % und die westdeutschen Flächenländer einen Anstieg von +2,6 % verzeichnen, während bei den Stadtstaaten die

Länder insgesamt



Flächenländer West

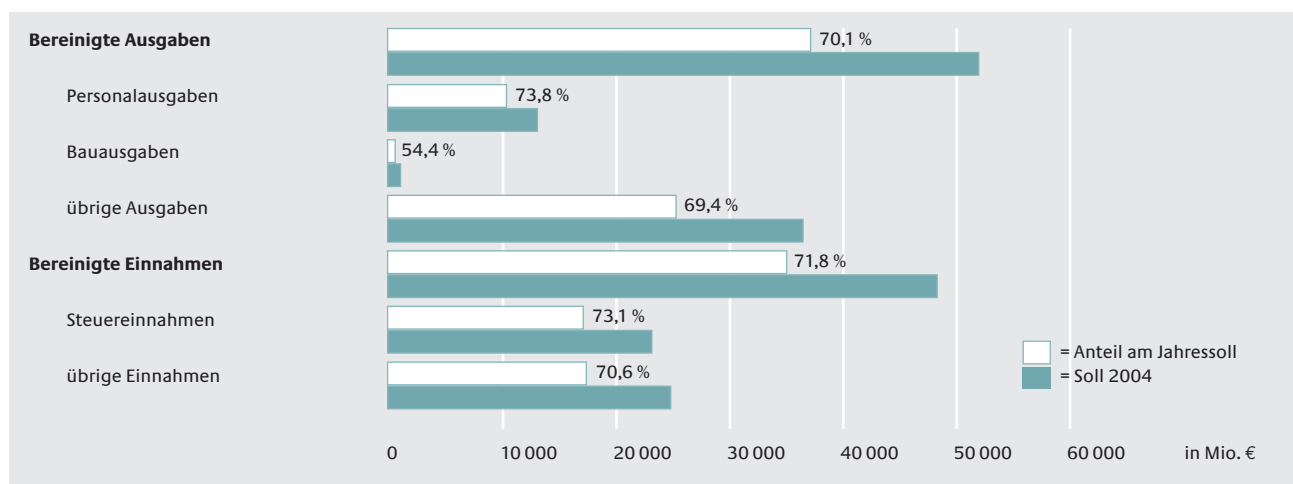


Entwicklung der Steuereinnahmen mit + 1,9 % leicht unter dem Durchschnitt lag.

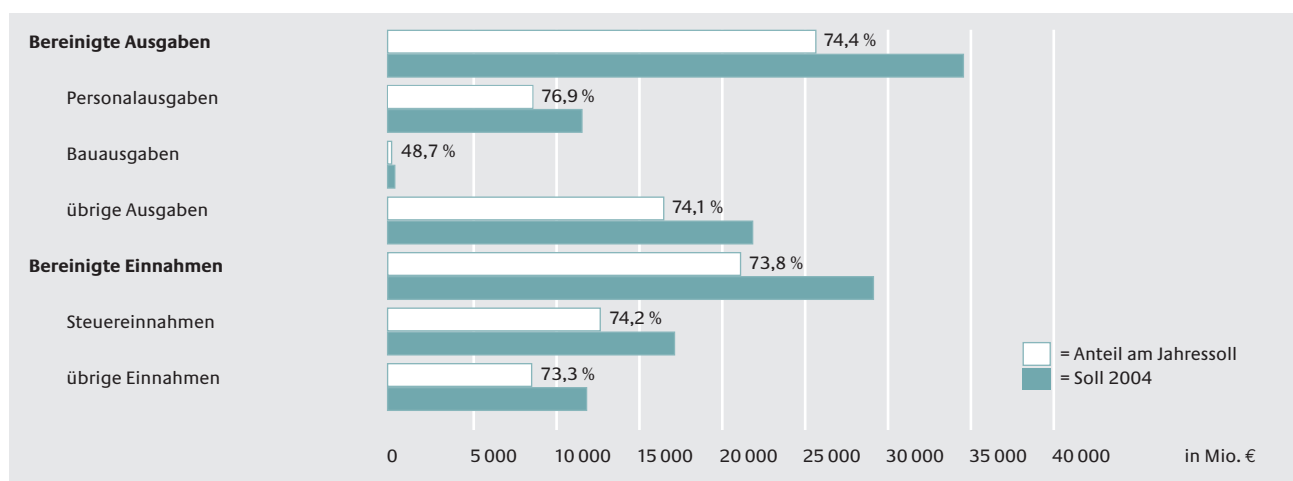
Das Defizit der Länder insgesamt betrug Ende September 22,9 Mrd. € und fiel damit rund 3,0 Mrd. € niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2004 zurzeit von einem Gesamtdefizit in Höhe von 24,6 Mrd. € aus.

Aus den Angaben für die ersten neun Monate des Haushaltsjahres können noch keine gesicherten Schlussfolgerungen auf das voraussichtliche Jahresergebnis gezogen werden. Sollte sich allerdings die positive Entwicklung der Länderhaushalte fortsetzen, kann davon ausgegangen werden, dass das Finanzierungsdefizit des Vorjahres in diesem Jahr unterschritten werden dürfte.

Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 21. Oktober 2004 in Luxemburg

Stabilitäts- und Wachstumspakt

– Verfahren bei einem übermäßigen Defizit: Niederlande

Der ECOFIN-Rat hat sich bereits am 2. Juni 2004 mit der Frage befasst, ob ein übermäßiges Defizit in den Niederlanden vorliegt. Vorausgegangen war die Meldung von niederländischer Seite an die Kommission, wonach sich das Staatsdefizit im Jahr 2003 auf 3,2 % des BIP belief und damit der im EG-Vertrag festgelegte Referenzwert von 3 % überschritten wurde. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass es sich – nach Prüfung der Gesamtlage – um ein übermäßiges Defizit handelte. Der ECOFIN-Rat teilte diese Einschätzung und forderte die niederländischen Behörden in seiner Empfehlung auf, das Defizit spätestens bis zum Jahr 2005 zu beheben. Für die Umsetzung von Korrekturmaßnahmen wurde der niederländischen Regierung eine Frist bis zum 2. Oktober 2004 gesetzt.

Auf der Grundlage eines Berichts durch Kommissar Joaquín Almunia überprüfte der ECOFIN-Rat nunmehr bei seinem Treffen am 21. Oktober 2004 die von niederländischer Seite ergriffenen Maßnahmen. Der Rat kam dabei zu dem Schluss, dass die Maßnahmen geeignet erscheinen, um das übermäßige Defizit im Jahr 2005 unter den 3%-Referenzwert zu führen. Die strukturellen Reformmaßnahmen mit defizitreduzierender Wirkung sind z.B. höhere Beiträge für die Krankenversicherung, niedrigere Ausgaben im Gesundheitswesen sowie die Einstellung der Subventionen für gering qualifizierte Arbeitnehmer.

Daher beschloss der ECOFIN-Rat, das eingeleitete Defizitverfahren gegen die Niederlande ruhen zu lassen. Formell kann es erst im Jahr 2006 beendet werden, wenn die endgültigen Zahlen für den öffentlichen Haushalt für das Jahr 2005 vorliegen.

– Haushaltsmitteilungen der Mitgliedstaaten und Haushaltsdaten von Griechenland

Der ECOFIN-Rat wurde von der Kommission über die Haushaltsmitteilungen der Mitgliedstaaten unterrichtet, die im vergangenen Monat eingegangen sind. Anhand der gemeldeten Daten für 2003 und 2004 wurde deutlich, welche tiefen Spuren die wirtschaftliche Abschwächung in Europa in den öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten hinterlassen hat. Es wurde auch deutlich, dass Deutschland mit seiner schwierigen finanzpolitischen Lage keinesfalls allein dasteht.

Insoweit wird die weitere konjunkturelle Entwicklung für die öffentlichen Haushalte von großer Bedeutung sein.

Im Weiteren wurde die griechische Haushaltslage erörtert, nachdem Griechenland seine Daten für das Jahr 2003 bzgl. des öffentlichen Defizits (3,2 % des BIP) sowie der Staatsverschuldung (103 % des BIP) revidieren musste. Daraufhin hat die Kommission im Mai 2004 entschieden, ein Defizitverfahren einzuleiten, und einen entsprechenden Bericht erstellt. In seiner Empfehlung vom 2. Juni 2004 forderte der ECOFIN-Rat die griechische Regierung dazu auf, das übermäßige öffentliche Defizit spätestens bis zum Jahr 2005 zu korrigieren. Vor dem Hintergrund der griechischen Haushaltsmitteilung sieht die Kommission auch für das Jahr 2004 die Gefahr eines übermäßigen Defizits aufgrund der ausgabenseitigen Belastungen (Olympische Spiele), des hohen Niveaus der Staatsverschuldung sowie der weiter bestehenden gravierenden Mängel bei der Erstellung und Verarbeitung der Daten über die öffentlichen Finanzen.

Verwaltungsaufwand von Unternehmen

Die niederländische EU-Präsidenschaft hat sich zur Aufgabe gesetzt, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen, der aus Gemeinschaftsrecht entsteht, abzubauen. Zur Überprüfung des bestehenden Rechtsrahmens der Gemeinschaft wird derzeit an einer einheitlichen Methode zur Bürokratiekostenmessung gearbeitet. Die Messung des Verwaltungsaufwands

soll als Instrument zur Bewertung spezifischer neuer Initiativen, zur Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften sowie zur verbesserten Evaluierung von politischen Entscheidungen und Ergebnissen dienen.

Im Wege von Pilotprojekten, z. B. in den Bereichen Landwirtschaft, Strukturfonds und Finanzdienstleistungen, soll eine gemeinsame Methode zur Messung von administrativen Belastungen entwickelt werden, um so Kosten für Informations- und Berichtspflichten aus europäischer Gesetzgebung zu quantifizieren.

Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft

Die EU-Kommissarin Schreyer berichtete im ECOFIN-Rat über den Jahresbericht 2003 zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und Betrugsbekämpfung. Des Weiteren stellte sie ihre Vorschläge für einen Betrugsbekämpfungs-Aktionsplan für 2004 und 2005 sowie für eine Verordnung über die gegenseitige Amtshilfe zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft vor.

Der Betrugsbekämpfungsbericht 2003 beinhaltet Daten zur Zahl der Unregelmäßigkeitsfälle sowie zum Schadensvolumen, bewertet die Umsetzung des Aktionsplans 2001–2003 und bietet einen Überblick über die ergriffenen Betrugsbekämpfungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten. Dabei wurde deutlich, dass insgesamt Fortschritte erzielt wurden: Für 2003 sind Zahl und Schadensvolumen in den Sektoren Zolleinnahmen, Agrar- und Strukturausgaben gegenüber dem Vorjahr gesunken. In Deutschland ist eine rückläufige Tendenz bei den Betrugsfällen erkennbar, sowohl was die Fallzahl als auch was das Finanzvolumen betrifft.

Der Jahresbericht 2003 hebt darüber hinaus Fortschritte bei der Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes der finanziellen Interessen der Gemeinschaft hervor sowie die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Betrugsbekämpfung und zur Vermeidung von Unregelmäßigkeiten.

Mit dem Betrugsbekämpfungs-Aktionsplan soll eine umfassende Gesetzgebungspolitik in den Berei-

chen der Betrugsbekämpfung für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und der Stärkung der strafrechtlichen Dimension entwickelt werden. Dazu gehört u. a. die Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission sowie der Ausbau des strafrechtlichen Schutzes der finanziellen Interessen der Gemeinschaft. Die Kommission erläuterte, dass der Aktionsplan 2004 bis 2005 durch die Kommission bereits weitestgehend abgearbeitet worden ist.

Der Verordnungsvorschlag sieht eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Amtes zur Betrugsbekämpfung (OLAF – Office Européen de Lutte Anti-Fraud) im Bereich der Amtshilfe sowie der Informationsbeschaffung im Vorfeld und bei Begleitung von OLAF-Untersuchungen vor. Betroffen sind insbesondere die Mehrwertsteuererhebung, sonstige Zollvergehen und eine Verbesserung der Geldwäschebekämpfung. Dabei soll die vorgeschlagene Verordnung sicherstellen, dass sich die Mitgliedstaaten und die Kommission gegenseitig unterstützen und Informationen über die Verwendung der Erträge und andere gegen die finanziellen Interessen der Gemeinschaft gerichtete rechtswidrige Handlungen austauschen.

EU-Finanzrahmen für 2007 bis 2013

Zum Finanzrahmen der EU für 2007 bis 2013 führten die Minister eine erste Orientierungsdebatte. Im Mittelpunkt stand die Erneuerung der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens. Dabei ging es insbesondere um zusätzliche Flexibilität zwischen Ausgabenrubriken (Änderung der Gliederung des Haushaltsplans) und der Einrichtung eines Wachstumsanpassungsfonds.

Bundesminister Eichel wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass der Abschluss einer neuen Interinstitutionellen Vereinbarung insbesondere von der Begrenzung des Finanzrahmens auf 1 % des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) abhängig gemacht werden muss.

Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 6./7. Dezember 2004 – Eurogruppe und Ecofin in Brüssel
- 17. Dezember 2004 – Europäischer Rat in Brüssel
- 17./18. Januar 2005 – Eurogruppe und Ecofin in Brüssel

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten** – Das Bundesministerium der Finanzen (engl. Fassung)
- Innenansichten** – Das Bundesministerium der Finanzen (franz. Fassung)
- Klarsicht** – Ihre Brücke in die Steuerehrlichkeit
- Fachblick** – Datensammlung zur Steuerpolitik

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 01 80 / 5 22 19 96 (0,12 €/Min.)
per Telefax: 01 80 / 5 22 19 97 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2005

- 19. Januar 2004 – Aufstellungs Rundschreiben
- Mitte März bis Mitte Juni 2004 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 11. bis 13. Mai 2004 – Steuerschätzung
- 9. Juni 2004 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
- 16. Juni 2004 – Finanzplanungsrat
- 18. Juni 2004 – Zuleitung an Kabinett
- 23. Juni 2004 – Kabinettsbeschluss
- 13. August 2004 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 7. bis 10. September 2004 – 1. Lesung Bundestag
- 24. September 2004 – 1. Beratung Bundesrat
- September/November 2004 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 23. bis 26. November 2004 – 2./3. Lesung im Bundestag
- 17. Dezember 2004 – 2. Beratung im Bundesrat

Terminplan für die Aufstellung und Beratung eines Nachtrags zum Haushalt 2004

- 6. Oktober 2004 – Kabinettsbeschluss
- 15. Oktober 2004 – Zuleitung an Bundestag/Bundesrat
- 21. Oktober 2004 – Finanzausschuss Bundesrat
- 21. Oktober 2004 – 1. Lesung Bundestag
- 2. bis 4. November 2004 – Steuerschätzung
- 5. November 2004 – 1. Beratung Bundesrat
- 10. November 2004 – Gegenäußerung Bundesregierung zur Stellungnahme Bundesrat
- 10. November 2004 – Beratung Nachtrag und Stellungnahme Bundesrat im
Haushaltsausschuss
- 23. bis 26. November 2004 – 2./3. Lesung Bundestag
- 17. Dezember 2004 – 2. Beratung Bundestag
- Ende Dezember 2004 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2004	Dezember	November 2004	20. Dezember 2004
2005	Januar	Dezember 2004	31. Januar 2005
	Februar	Januar 2005	21. Februar 2005
	März	Februar 2005	21. März 2005
	April	März 2005	21. April 2005
	Mai	April 2005	20. Mai 2005
	Juni	Mai 2005	20. Juni 2005
	Juli	Juni 2005	21. Juli 2005
	August	Juli 2005	19. August 2005
	September	August 2005	21. September 2005
	Oktober	September 2005	20. Oktober 2005
	November	Oktober 2005	21. November 2005
	Dezember	November 2005	22. Dezember 2005



Analysen und Berichte

Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 3. Quartal 2004	35
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2004	45
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2004	49
Stellungnahme zu den diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	53
Wachstum und Beschäftigung für die Jahre bis 2010 – Halbzeitbilanz und Perspektiven für die Lissabon-Strategie	59
Regionale wirtschaftliche Integration im Zeichen der Globalisierung	69

Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 3. Quartal 2004

1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2004	35
2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	41
3 Die Entwicklung der Einnahmen	43

1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2004

Finanzpolitische Ausgangslage

Das Bundeskabinett hat am 6. Oktober den Regierungsentwurf für einen Nachtragshaushalt 2004 beschlossen. Dieser Nachtragshaushalt 2004 ist notwendig, da die benötigten Finanzmittel insgesamt nicht durch Einsparungen im laufenden Haushalt hätten erwirtschaftet werden können. Dies hätte die wirtschaftliche Erholung in Deutschland beeinträchtigt. Dem Entwurf der Bundesregierung lag eine sehr vorsichtige Schätzung von 13 Mrd. € Steuermindereinnahmen zugrunde. Die November-Steuerschätzung ergab eine begrenzte Entlastung, weswegen die ursprünglich für 2004 angesetzten Privatisierungen zum Teil im nächsten Jahr eingesetzt werden können und der Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 10. November 2004 die Verringerung der Nettokreditaufnahme in 2004 um 0,2 Mrd. € gegenüber dem Regierungsentwurf auf 43,5 Mrd. € beschlossen hat.

Gegenüber dem ursprünglichen Soll des Bundeshaushalts 2004 ist mit Steuerausfällen in Höhe von 11,1 Mrd. € zu rechnen. Hinzu kommen Mindereinnahmen beim Bundesbankgewinn, Ansatzveränderungen durch die Verschiebung der „Hartz-IV-Reformen“ auf den 1. Januar 2005 und die noch unbefriedigende Lage auf dem Arbeitsmarkt. Durch Entlastungen bei den Zinsausgaben und Mehreinnahmen aus Privatisierungen, die

bereits im Rahmen des Vermittlungsausschusses im letzten Winter verabredet wurden, können die Mehrbelastungen des Haushaltes zwar teilweise aufgefangen werden. Trotzdem ist es unvermeidlich, die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr um 14,2 Mrd. € auf nunmehr 43,5 Mrd. € zu erhöhen.

Die ungewöhnlich lange konjunkturelle Stagnationsphase der vergangenen drei Jahre hinterlässt auch in diesem Jahr noch ihre Spuren im Bundeshaushalt. So hatten wir bereits im Halbjahresbericht darauf hingewiesen, dass die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die noch zu schwache binnenwirtschaftliche Entwicklung, die in der Konsequenz zu erheblichen Steuermindereinnahmen führt.

Gerade mit Blick auf die Binnenkonjunktur wäre es in der gegenwärtigen Situation kontraproduktiv, die Mindereinnahmen durch massive zusätzliche Sparanstrengungen auszugleichen. Vielmehr lassen wir ganz bewusst die automatischen Stabilisatoren wirken. Dies ist ein wichtiger finanzpolitischer Beitrag zur weiteren Stützung des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Die nachfolgenden Ausführungen beruhen, soweit sie sich auf die Sollzahlen 2004 beziehen, auf den Ansätzen der Beschlussfassung des Haushaltsausschusses zum Nachtragshaushalt 2004 vom 10. November 2004. Das Nachtragshaushaltsgesetz 2004 befindet sich zurzeit noch in den parlamentarischen Beratungen.

Ausgaben. Die Ausgaben des Bundes addieren sich in den ersten neun Monaten des Jahres auf 196,6 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr fielen die Ausgaben des Bundes um 4,0 Mrd. €. Dies entspricht einem Ausgabenrückgang von 2,0 %. Damit hat sich der Trend des bisherigen Jahresverlaufs, wonach das Vorjahresergebnis trotz weiterhin hoher Belastungen des Bundeshaushalts, insbesondere bei den Ausgaben für den Arbeitsmarkt, unterschritten wird, auch im 3. Quartal fortgesetzt.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Bezeichnung	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Die Entstehung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	255,6	196,6	200,6	- 4,0	- 2,0
2. Einnahmen	211,8	142,9	146,6	- 3,7	- 2,5
Steuereinnahmen	186,6	126,9	129,2	- 2,3	- 1,8
Verwaltungseinnahmen	25,2	16,0	17,4	- 1,4	- 8,0
Einnahmen -/- Ausgaben					
= Finanzierungssaldo	- 43,8	- 53,7	- 54,0	+ 0,3	- 0,6
Die Finanzierung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo zzgl. Kassenmittel	43,5	53,5	53,6	+ 0,1	- 0,1
Münzeinnahmen	0,3	0,2	0,4	- 0,2	- 61,9
nachrichtlich:					
Investitionen	24,6	20,6	24,0 ²	- 3,4	- 14,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive einmaliger investiver Zuschüsse an den Fonds „Aufbauhilfe“.

Die investiven Ausgaben des Bundes summieren sich bis zum Ende des 3. Quartals 2004 auf 20,6 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreswert von 24,0 Mrd. € entspricht dies einer Abnahme um 3,4 Mrd. € oder 14,2 %. Zurückzuführen ist diese Entwicklung zum größten Teil auf das Auslaufen der einmaligen investiven Ausgaben für die Hochwasserhilfe in 2003 (1,9 Mrd. € bis zum 3. Quartal 2003). Ohne Berücksichtigung dieser Ausgaben liegen die investiven Ausgaben des Bundes bis zum 3. Quartal 2004 lediglich um 1,5 Mrd. € oder 6,8 % unter dem Vorjahresniveau.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) summieren sich bis zum Ende des 3. Quartals 2004 auf 142,9 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr – mit Einnahmen in Höhe von 146,6 Mrd. € – entspricht dies einem Einnahmerückgang von 3,7 Mrd. € oder 2,5 %.

Die Steuereinnahmen beliefen sich in den ersten neun Monaten des Jahres auf 126,9 Mrd. € und verringerten sich somit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,3 Mrd. € oder 1,8 % (2003: 129,2 Mrd. €). Ebenso verringerten sich die Verwaltungseinnahmen um 1,4 Mrd. € auf 16,0 Mrd. € (Vorjahreszeitraum: 17,4 Mrd. €). Grund für den Rückgang der Verwaltungseinnahmen ist insbesondere der geringere Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank. Während die Deutsche Bundesbank in 2003 noch 3,5 Mrd. € an den Bund überwiesen hatte, waren es in diesem Jahr lediglich 0,25 Mrd. € (Einzelheiten zur Entwicklung der Steuereinnahmen für Bund und Länder in den ersten drei Quartalen 2004 siehe S. 49 ff.).

Defizit. Für die ersten drei Quartale des Jahres 2004 ergibt sich ein Finanzierungssaldo von - 53,7 Mrd. €. Bei der Bewertung dieses Betrages ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Aufgabenbereich	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Arbeitsmarktpolitik	25,7	22,4	21,0	+ 1,3	+ 6,4
Wohngeld	3,1	2,3	2,2	+ 0,2	+ 7,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,7	2,8	2,6	+ 0,2	+ 6,5
Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen	1,0	0,1	0,01	+ 0,1	.
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,2	0,1	+ 0,1	+ 38,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	0,8	3,4	- 2,7	- 77,7
Zuschuss an die Postunterstützungskasse	4,9	2,3	3,1	- 0,9	- 27,2
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,0	16,7	17,4	- 0,7	- 4,2
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG –	4,0	1,6	2,3	- 0,7	- 32,0
nachrichtlich: Bundesbankgewinn	3,5	0,2	3,5	- 3,3	- 92,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Der Finanzierungssaldo entspricht zum 30. September 2004 in der Tendenz der Entwicklung der Vorjahre. In der Regel steigt er im Jahresverlauf bis Ende November stetig an, bevor dann mit den erfahrungsgemäß höheren Steuereinnahmen im Dezember eine Reduzierung von deutlich über 10 Mrd. € eintreten wird; zum Vergleich: im Vorjahr hat sich der Finanzierungssaldo im Monat Dezember um rd. 18 Mrd. € verringert.

Nachfolgend wurden die Differenzen aller Ausgabenpositionen in den ersten neun Monaten des Jahres 2004 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ermittelt. Tabelle 2 gibt die wesentlichen positiven und negativen Abweichungen wieder.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabenänderungen

Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktausgaben

entwickeln sich wegen saisonaler Einflüsse auf dem Arbeitsmarkt im Jahresverlauf nicht gleichmäßig. Der Bereich Arbeitsmarktpolitik befindet sich zudem in einer starken Umstrukturierungsphase. Insofern sind insbesondere unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten wenig aussagekräftig. Beim Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit erscheint die Einhaltung des Sollansatzes von 5,2 Mrd. € nach der bisherigen Finanzentwicklung möglich. Bei der Arbeitslosenhilfe zeigen sich steigende Belastungen aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit. Dieser Entwicklung Rechnung tragend, sind im Entwurf zum Nachtragshaushalt 2004 für die Arbeitslosenhilfe 18,8 Mrd. € veranschlagt.

Wohngeld. Die bisherige Ausgabenentwicklung liegt nahezu auf dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem ursprünglichen Soll 2004 werden bis Jahresende Mehrausgaben bis zu einer Höhe von 1,2 Mrd. € erwartet, die im Entwurf zum

Nachtragshaushalt 2004 berücksichtigt sind. Die Ursache liegt im Wesentlichen an der Verschiebung der „Hartz-IV-Reformen“ auf den 1. Januar 2005.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die rechtsverbindlich zu leistenden Zahlungen an den „Europäischen Entwicklungsfonds“ wurden in erhöhtem Umfang fällig. Der erhöhte Mittelabfluss im sonstigen Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist insbesondere auf die rechtsverbindliche Zusage der ersten Zahlung für IDA 13 (Wiederauffüllungsrunde der Internationalen Entwicklungsorganisation) zurückzuführen. Ferner hat sich der Mittelabfluss im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit aufgrund der Projektfortschritte gegenüber dem Vorjahr beschleunigt.

Investitionsprogramm Ganztagschulen. Das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Ganztagschulen ist ein großer Erfolg. Bereits am 28. Juni 2004 eröffnete die tausendste mit Mitteln des Bundes geförderte Ganztagschule. Ein Jahr nach Unterzeichnung der Vereinbarung zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ zwischen Bund und Ländern ist der Ausbau der Ganztagschulen zu einem gelungenen Gemeinschaftsprojekt geworden.

Förderung erneuerbarer Energien. Energiepolitisches Ziel der Bundesregierung ist eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung. Dabei nehmen die erneuerbaren Energien einen wichtigen Platz ein. So wurde die Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgeweitet.

Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten. Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung wird per Gesetz jährlich fortgeschrieben. Dabei folgt die Entwicklung des Bundeszuschusses der Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer und der Veränderung des Beitragssatzes.

Regionale Förderungsmaßnahmen. Der erhebliche Ausgabenrückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus der vollständigen Leistung des Beitrages des Bundes zum Fonds „Aufbauhilfe“ in Höhe von 3,5 Mrd. € in 2003. Gemeinsam mit den Zahlungen der Länder, die bis Ende 2003 ebenfalls vollständig geleistet wurden, ist der Fonds mit den gesetzlich vorgesehenen Mitteln ausgestattet.

Verteidigung ohne Versorgungsausgaben. Der Mittelabfluss im Bereich Verteidigung entwickelt sich unterjährig nicht gleichmäßig. Abweichungen im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Vorjahres entstehen u. a. durch jährlich unterschiedliche Zahlungsfälligkeiten.

Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG. Der Rückgang bei den Ausgaben für die Bundesbahnen gegenüber den ersten neun Monaten im Jahr 2003 ist im Wesentlichen auf die Synchronisierung der mittelfristigen Finanzplanungen von Bund und Deutscher Bahn AG zurückzuführen. Ein Rückschluss auf das Jahresergebnis kann hieraus noch nicht gezogen werden.

Bundesbankgewinn. Der Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank für das Geschäftsjahr 2003 betrug 248 Mio. € und wurde gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz an den Bund abgeführt. Die Verringerung des Bundesbankgewinns bedeutet für den Bundeshaushalt 2004 gegenüber dem Soll-Ansatz einen unmittelbaren Einnahmeausfall in Höhe von rd. 3,25 Mrd. €.

Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2004

Arbeitsmarktreformen. Mit den vier Gesetzen für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I bis IV) sowie dem Gesetz für Reformen am Arbeitsmarkt sind umfangreiche Reformen eingeleitet worden.

Kern dieser Reformen ist der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem wettbewerbsori-

entierten modernen Dienstleister, die Stärkung des präventiven Ansatzes der Arbeitsmarktpolitik insbesondere durch eine schnellere und passgenauere Arbeitsvermittlung, die stärker wirkungsorientierte Neujustierung verschiedener Instrumente der aktiven Arbeitsförderung, die Vereinfachung des Leistungsrechts sowie die Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende. Teile der Hartz-Reformen (insbesondere die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) werden allerdings erst im Jahr 2005 haushaltsrelevant.

Gesetzliche Rentenversicherung. Ziel war es, den Beitragssatz für 2004 bei 19,5 % zu halten. Dazu wurden folgende Maßnahmen ergriffen: Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 wurde ausgesetzt und der Auszahlungstermin für Neurentner ab dem 1. April 2004 auf das Monatsende verschoben. Die Mindestschwankungsreserve wurde von 50 % auf 20 % einer Monatsausgabe abgesenkt. Zudem übernehmen seit April Rentnerinnen und Rentner den vollen Pflegeversicherungsbeitrag. Beitragssatzänderungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung werden zeitnah an die Rentner weitergegeben.



Einsparungen im öffentlichen Dienst. Bei Beamten, Richtern und Soldaten wurde das Urlaubsgeld abgeschafft und die Sonderzuwendung (sog. Weihnachtsgeld) abgesenkt. Die Sonderzuwendung der Versorgungsempfänger wurde ebenfalls abgesenkt. Die Einsparungen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung wurden wirkungsgleich auf den Beihilfebereich übertragen.

Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform. Durch das teilweise Vorziehen der dritten

Stufe der Steuerreform steigt zum 1. Januar 2004 der Grundfreibetrag auf 7664 €. Gleichzeitig sinken der Eingangssteuersatz auf 16 % und der Spitzensteuersatz auf 45 %.

Abbau von Steuervergünstigungen. Die Entfernungspauschale wurde zum 1. Januar 2004 auf einen einheitlichen Satz von 30 Cent je Entfernungskilometer abgesenkt.

Der Pauschbetrag für Werbungskosten von Arbeitnehmern vermindert sich auf 920 €, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden.

Die Eigenheimzulage wurde zum 1. Januar 2004 gekürzt. Zukünftig wird nicht mehr zwischen Neubauten und bereits bestehenden Gebäuden unterschieden. Ausbauten und Erweiterungen werden nicht mehr gefördert. Der Fördergrundbetrag wird auf einheitlich 1250 € herabgesetzt. Die Kinderzulage wird auf 800 € erhöht. Die Einkunftsgrenze für die Geltendmachung der Eigenheimzulage verringert sich auf 70 000 € für Alleinstehende und 140 000 € für Verheiratete; für jedes berücksichtigungsfähige Kind erhöht sich der Betrag um 30 000 €.

Der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende wurde zum 1. Januar 2004 endgültig abgeschmolzen. Für „echte“ Alleinerziehende wird ein steuerlicher Entlastungsbetrag von 1308 € eingeführt.

Die Wohnungsbauprämie wird ab dem Sparjahr 2004 von 10 % auf 8,8 % der Aufwendungen herabgesetzt.

Erziehungsgeld. Beim Erziehungsgeld wurden die Einkommensgrenzen verändert, so dass dieses nur noch für Bezieher von unterdurchschnittlichen bis durchschnittlichen Einkommen gewährt wird.

Tabaksteuer. Die Tabaksteuer wird in drei Stufen zum 1. März 2004, 1. Dezember 2004 und 1. September 2005 angehoben.

Gewerbsteuer. Die Gewerbesteuerumlage wird zur Verbesserung der Einnahmen der Kommunen bereits im Jahr 2004 abgesenkt.

Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit. Mit einer zeitlich befristeten „Brücke in die Steuerehrlichkeit“ wird bisher steuerunehrlichen Bürgern die Möglichkeit gegeben, durch Abgabe einer Erklärung bis spätestens 31. März 2005 und Entrichtung einer pauschalen Abgabe eine Befreiung von Geldbußen oder Strafen zu erlangen.

Ausblick

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2005

und des Finanzplans des Bundes 2004 bis 2008 wurde am 23. Juni 2004 vom Bundeskabinett beschlossen. Die parlamentarischen Beratungen fanden in erster Lesung in der Zeit vom 7. bis 10. September 2004 im Deutschen Bundestag statt. Für das Jahr 2005 ist ein Ausgabenvolumen von 258,3 Mrd. € geplant. Mit 253,6 Mrd. € in 2006, 257,1 Mrd. € in 2007 und 260,0 Mrd. € in 2008 wird über den Finanzplanungszeitraum ein moderates Ausgabenwachstum angestrebt. Nicht zuletzt die bereits umgesetzten Strukturreformen sollen helfen, diese Ausgabenziele zu erreichen.

Die 2./3. Lesung findet in der Zeit vom 23. bis 26. November 2004 statt.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	77,9	63,4	63,3	+ 0,03	+ 0,1
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	37,1	30,9	30,5	+ 0,4	+ 1,3
– zusätzlicher Zuschuss	17,3	14,4	14,4	– 0,01	– 0,1
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,8	8,9	8,9	– 0,02	– 0,3
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,6	0,5	0,6	– 0,1	– 14,2
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,2	5,8	6,0	– 0,1	– 2,2
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,8	2,0	2,1	– 0,1	– 5,4
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondersversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	1,3	1,3	+ 0,02	+ 1,4
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	2,9	3,0	– 0,1	– 3,0
darunter:					
– Alterssicherung	2,3	1,8	1,8	+ 0,004	+ 0,2
– Krankenversicherung	1,0	0,9	0,9	– 0,04	– 4,9
– Unfallversicherung	0,3	0,2	0,2	– 0,01	– 5,8
Arbeitsmarktpolitik	25,7	22,4	21,0	+ 1,3	+ 6,4
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit	5,2	7,4 ²	8,1 ²	– 0,7	– 8,9
– Arbeitslosenhilfe	18,8	14,0	12,3	+ 1,7	+ 14,1
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,7	0,7	0,4	+ 0,2	+ 56,6
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	0,6	0,03	–	–	–
Erziehungsgeld	3,0	2,3	2,4	– 0,1	– 2,6
Wohngeld	3,1	2,3	2,2	+ 0,2	+ 7,8
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,4	0,5	– 0,1	– 10,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3,4	2,8	3,0	– 0,2	– 6,4

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Betriebsmitteldarlehen; kein Rückschluss auf Zuschussbedarf möglich.

2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

Die Tabelle 3 (s. S. 40) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung sind im Jahr 2004 mit 121,7 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 47,6 % an den Gesamtausgaben.

Allgemeine Dienste

Die Tabelle 4 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Jahr 2004 mit

48,4 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 18,9 % an den Gesamtausgaben.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 5 (s. S. 42) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen, der Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Jahr 2004 mit 10,8 Mrd. € veranschlagt worden, was einem Anteil von 4,2 % an den Gesamtausgaben entspricht.

Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 6 (s. S. 42) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Jahr 2004 mit 7,5 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 2,9 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹		in %	
Versorgung	6,7	5,0	4,9	+ 0,04	+ 0,8
– Ziviler Bereich	2,6	1,8	1,9	– 0,03	– 1,9
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,1	3,1	3,1	+ 0,1	+ 2,4
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,0	16,7	17,4	– 0,7	– 4,2
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,0	5,2	5,3	– 0,1	– 1,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,7	2,8	2,6	+ 0,2	+ 6,5
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	1,1	1,0	+ 0,1	+ 8,4
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,3	0,3	+ 0,05	+ 15,3
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,5	0,4	+ 0,05	+ 11,4
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,5	2,9	3,1	– 0,2	– 6,3
– Zivildienst	0,8	0,5	0,7	– 0,2	– 29,4
Finanzverwaltung	2,5	1,7	1,6	+ 0,0	+ 2,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,7	1,8	1,8	+ 0,1	+ 4,5

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 5: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis September 2004 in Mrd. € ¹	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,9	3,6	3,6	+ 0,001	+ 0,01
– Bundesautobahnen	4,1	2,4	2,1	+ 0,3	+ 15,7
– Bundesstraßen	1,6	1,2	1,4	– 0,3	– 23,9
Wasserstraßen und Häfen	1,3	0,8	0,8	– 0,01	– 1,4
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	1,7	0,9	0,9	+ 0,002	+ 0,2
nachrichtlich: Beteiligung des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	4,0	1,6	2,3	– 0,7	– 32,0
Bundeseisenbahnvermögen	5,7	3,9	3,9	– 0,01	– 0,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kultur

Die Tabelle 7 (s. S. 43) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Jahr 2004 Mittel in Höhe von 11,9 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 4,7 % an den Gesamtausgaben.

Übrige Ausgaben

Die Tabelle 8 (s. S. 43) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes aus den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und Allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

Tabelle 6: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004 in Mrd. € ¹	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	0,8	3,4	– 2,7	– 77,7
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ einschließlich EFRE-Mittel	0,9	0,6	0,7	– 0,1	– 11,5
Förderung des Kohlenbergbaus	2,2	2,2	2,4	– 0,2	– 9,0
Mittelstandsförderung	0,8	0,5	0,5	– 0,1	– 10,7
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,2	0,1	+ 0,1	+ 38,1
Gewährleistungen	2,0	0,7	0,7	– 0,1	– 8,5
Landwirtschaft	1,1	0,4	0,5	– 0,05	– 10,3
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,2	0,3	– 0,04	– 14,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 7: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹		in %	
Investitionsprogramm Ganztagschulen	1,0	0,1	0,01	+ 0,1	.
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6,8	4,5	4,8	- 0,3	- 5,8
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,6	1,5	1,6	- 0,1	- 6,0
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,8	0,4	0,4	- 0,1	- 17,9
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,9	1,0	- 0,02	- 2,3
– Weltraumforschung	0,7	0,5	0,6	- 0,04	- 6,8
Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)	1,0	0,8	0,7	+ 0,04	+ 5,1
Hochschulen	1,9	1,2	1,5	- 0,3	- 18,9
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,6	0,8	- 0,1	- 19,6
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,7	0,5	0,5	- 0,002	- 0,3
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	- 0,03	- 23,3
Kunst- und Kulturpflege	1,5	1,2	1,2	- 0,005	- 0,4

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

3 Die Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 9 (s. S. 44) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 186,6 Mrd. € oder 73,0 % auf der Einnahmenseite den weitaus größten Anteil am Gesamtvolumen des Bundeshaushalts mit 255,6 Mrd. €. Die Verwaltungsein-

nahmen bilden mit 26,9 Mrd. € oder 10,5 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigen entsprechend der Soll-Planung gemäß dem Entwurf zum Nachtragshaushalt 2004 mit 43,8 Mrd. € oder 17,1 % das zur Finanzierung der Ausgaben benötigte Einnahmenvolumen.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹		in %	
Zinsen	36,8	32,5	32,6	- 0,1	- 0,2
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	2,3	1,7	1,7	- 0,01	- 0,6
Wohnungswesen	1,5	1,0	1,0	- 0,001	- 0,1
– Sozialer Wohnungsbau	0,5	0,3	0,4	- 0,1	- 14,5
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,8	0,6	0,6	- 0,01	- 1,4
Städtebauförderung	0,5	0,2	0,2	+ 0,04	+ 19,6
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,6	0,7	- 0,1	- 13,0
Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse	4,9	2,3	3,1	- 0,9	- 27,2
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,4	0,2	0,3	- 0,04	- 14,6

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2004 inklusive Nachtrag	Januar bis September 2004	Januar bis September 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹		in %	
Einnahmen	211,8	142,9	146,6	- 3,7	- 2,5
darunter:					
Steuern	186,6	126,9	129,2	- 2,3	- 1,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	141,3	100,8	98,7	+ 2,1	+ 2,1
- Lohnsteuer	52,7	36,2	38,8	- 2,5	- 6,5
- Veranlagte Einkommensteuer	2,2	0,2	0,1	+ 0,1	.
- Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,0	4,6	4,2	+ 0,4	+ 9,9
- Zinsabschlag	3,0	2,4	2,7	- 0,3	- 12,4
- Körperschaftsteuer	6,7	4,7	2,4	+ 2,3	+ 94,0
- Steuern vom Umsatz	70,4	52,0	49,2	+ 2,7	+ 5,5
- Gewerbesteuerumlage	1,4	0,8	1,3	- 0,6	- 42,8
Bundessteuern	84,4	56,4	57,2	- 0,8	- 1,4
- Mineralölsteuer	41,7	25,2	26,2	- 1,1	- 4,0
- Tabaksteuer	13,7	9,3	9,3	+ 0,04	+ 0,4
- Solidaritätszuschlag	10,1	7,4	7,4	- 0,04	- 0,5
- Versicherungsteuer	8,8	7,2	7,3	- 0,1	- 1,5
- Stromsteuer	6,5	4,9	4,6	+ 0,3	+ 6,0
- Branntweinsteuer	2,2	1,4	1,4	+ 0,04	+ 3,2
- Kaffeesteuer	1,0	0,7	0,7	+ 0,05	+ 6,6
- Schaumweinsteuer	0,4	0,3	0,3	+ 0,02	+ 5,9
- Sonstige Bundessteuern	0,01	0,005	0,0003	0,004	.
Abzugsbeträge	- 39,1	- 30,3	- 26,7	- 3,6	+ 13,4
- Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15,1	- 11,4	- 11,5	+ 0,1	- 1,3
- Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 6,8	- 5,1	- 5,1	+ 0,03	- 0,5
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3,5	- 2,6	-	- 2,6	-
- Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	- 13,8	- 11,2	- 10,1	- 1,1	+ 11,4
Sonstige Einnahmen	25,2	16,0	17,4	- 1,4	- 8,0
- Ablieferung Bundesbank	0,2	0,2	3,5	- 3,3	- 92,9
- Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	12,9	8,0	4,0	+ 4,0	+ 101,6

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ergebnisse der Steuer- schätzung vom 2. bis 4. November 2004

1	Vorbemerkungen	45
2	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	45
2.1	Ergebnis insgesamt	45
2.2	Abweichungen von der Mai-Schätzung	45
2.3	Entwicklung wichtiger Einzelsteuern	46
3	Fazit	47

1 Vorbemerkungen

In seiner 124. Sitzung, die auf Einladung des Senators für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen vom 2. bis 4. November 2004 in Bremen stattfand, schätzte der Arbeitskreis die Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005. Wie immer erfolgte die Schätzung auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts. Gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 2005 waren die nachstehenden Rechtsänderungen erstmals zu berücksichtigen:

- Alterseinkünftegesetz,
- Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und anderer Gesetze,
- Gesetz zur Förderung von Wagniskapital,
- Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums,
- Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

2 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

2.1 Ergebnis insgesamt

Insgesamt rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ für das Jahr 2004 mit Steuereinnahmen in Höhe von 442,4 Mrd. €. Damit würden die Steuereinnahmen im dritten Jahr nacheinander fast unverändert bleiben: Im Jahre 2002 betrugen sie 441,7 Mrd. €, im Jahre 2003 beliefen sie sich

auf 442,2 Mrd. €. Für das Jahr 2005 wird ein Aufkommenszuwachs von 1,7 % bzw. 7,7 Mrd. € erwartet.

Während für die Jahre 2004 und 2005 ein nominales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,6 % bzw. 2,7 % angenommen wird, steigen die Steuereinnahmen somit in 2004 überhaupt nicht und in 2005 deutlich unterproportional. Dies wiederum hat zur Folge, dass die kassenmäßige Steuerquote als Quotient dieser beiden Größen von 20,78 % im Jahr 2003 auf 20,25 % im Jahr 2004 und 20,07 % im Jahr 2005 zurückgeht.

Das Ergebnis für die einzelnen Gebietskörperschaften gestaltet sich sehr unterschiedlich: Im Jahr 2004 wird der Bund voraussichtlich 2,8 % weniger Steuern einnehmen als im Vorjahr. Bei den Ländern wird es einen Zuwachs von 1,4 % geben und die Kommunen können gar mit zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 7,1 % rechnen. Im Jahr 2005 stagniert das Aufkommen bei den Ländern, während Bund (+ 2,2 %) und Gemeinden (+ 1,1 %) Mehreinnahmen einplanen können.

2.2 Abweichungen von der Mai-Schätzung

Gegenüber dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2004 kommt es in diesem Jahr zu Mindereinnahmen von 1,4 Mrd. €. Diese Mindereinnahmen werden ausschließlich durch eine schwächere konjunkturelle Entwicklung und unerwartete Verhaltensreaktionen der Steuerpflichtigen hervorgerufen. Zusätzliche Steuerrechtsänderungen sind für 2004 nicht zu berücksichtigen und auch die Schätzung der EU-Abführungen musste gegenüber der Mai-Schätzung nicht angepasst werden.

Der Bund ist mit einer Einbuße von 2,3 Mrd. € im Jahr 2004 deutlich stärker betroffen als die Länder (– 0,8 Mrd. €). Allerdings waren im Entwurf des Nachtragshaushalts 2004 des Bundes Steuermindereinnahmen von 4 ¼ Mrd. € im

Vergleich zur letzten Steuerschätzung eingeplant. Insofern bringt die November-Schätzung eine Verbesserung von 2 Mrd. €. Die Kommunen werden voraussichtlich 1,5 Mrd. € mehr einnehmen als im Mai erwartet und auch die EU hat einen Einnahmewachstum von 0,2 Mrd. € infolge höherer Zolleinnahmen.

Für das Jahr 2005 liegt die Schätzabweichung (Konjunktur und Verhaltensreaktionen) mit – 1,7 Mrd. € etwa auf dem Niveau des laufenden Jahres. Hinzu treten jedoch Steuerausfälle infolge der oben genannten Steuerrechtsänderungen in Höhe von ebenfalls 1,7 Mrd. €. Da die EU-Abführungen auch in 2005 konstant bleiben, ergibt sich eine Gesamtabweichung von – 3,4 Mrd. €. In der Wirkung auf die Ebenen zeigt sich die gleiche Struktur wie im Jahr 2004: Der Bund verliert mit – 3,5 Mrd. € am stärksten, die Länder büßen 1 Mrd. € ein und Gemeinden (+ 0,8 Mrd. €) und die EU (+ 0,2 Mrd. €) verzeichnen Zuwächse.

2.3 Entwicklung wichtiger Einzelsteuern

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland ist bisher weitgehend vom Export getragen. Da Ausfuhren nicht der Umsatzbesteuerung unterliegen, führt der Exportboom nicht zu steigenden Einnahmen bei der Umsatzsteuer. Die private Inlandsnachfrage ist nach wie vor schwach, was im Vergleich zur Mai-Schätzung zu Mindereinnahmen bei den Steuern vom Umsatz in Höhe von 900 Mio. € in diesem und 1,7 Mrd. € im nächsten Jahr führt.

Da der Aufschwung zudem den Arbeitsmarkt noch nicht erreicht hat, bleiben auch die Lohnsteuereinnahmen hinter den Erwartungen vom Mai zurück, und zwar um 1,3 Mrd. € in diesem und 2 ½ Mrd. € im nächsten Jahr. Die zu beobachtende Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung führt zwar zu steigenden Erwerbstätigenzahlen, nicht aber zu mehr Lohnsteueraufkommen. Die der Lohnsteuerschätzung zugrunde liegenden Bruttolöhne und -gehälter liegen für 2004

um 5,4 Mrd. € (– 0,6 Prozentpunkte) und für 2005 um 9,6 Mrd. € (– 0,4 Prozentpunkte) unter den Annahmen der Mai-Schätzung.

Wenn die verbesserte Konjunktursituation sich somit bei den Steuern vom Umsatz und der Lohnsteuer noch nicht positiv auswirkt, so gibt es doch erste Erfolge bei den Unternehmensteuern. Hier führen die stark steigenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen bereits zu höherem Aufkommen. Die Körperschaftsteuer wird nach der Schätzung des Arbeitskreises in diesem Jahr 1 Mrd. € und im kommenden Jahr rd. 600 Mio. € mehr erbringen als noch im Mai unterstellt. Neben der günstigeren Gewinnsituation greifen bei der Körperschaftsteuer auch die beschlossenen Rechtsänderungen (insb. das dreijährige Moratorium für die Auszahlung von Guthaben aus Altkapital und die Beschränkung der Verlustverrechnung).

Gewinnzunahmen und Steuerrechtsänderungen bewirken auch den außergewöhnlich starken Zuwachs bei der Gewerbesteuer. Im Jahr 2004 wird ein um 2 ¼ Mrd. € und im Jahr 2005 ein um 1 ½ Mrd. € höheres Aufkommen im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung erwartet.

Bei der veranlagten Einkommensteuer wurde der Ansatz für die Einnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit vom Arbeitskreis nochmals nach unten revidiert. Nachdem er im Mai noch von einem Aufkommen aus der Amnestieregelung in Höhe von 1,5 Mrd. € ausgegangen war, erwartet er nun nur noch Einnahmen von 800 Mio. €.

Schließlich ergeben sich bei der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer starke Aufkommensverluste infolge von Verbrauchsrückgängen, die durch höhere Steuern bzw. massiv gestiegene Kraftstoffpreise induziert wurden. Bei der Tabaksteuer fehlen in diesem Jahr 850 Mio. € und im kommenden Jahr gut 1 Mrd. €. Die Mineralölsteuereinnahmen fallen in 2004 um 600 Mio. € und in 2005 um 900 Mio. € niedriger aus.

3 Fazit

Insgesamt bestätigt die November-Steuerschätzung im Grundsatz die Mai-Schätzung. Die Schätzabweichung beträgt lediglich 0,3 % des im Mai geschätzten Gesamtaufkommens für 2004 und 0,4 % für 2005.

Betrachtet man die Ergebnisse bei den großen Einzelsteuern, so erklärt sich das unterschiedliche Schätzergebnis für Bund, Länder und

Gemeinden: Bei Bund und Ländern können die starken Einbußen bei Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz nur zum Teil durch höhere Körperschaftsteuereinnahmen kompensiert werden. Beim Bund kommen die Ausfälle bei Tabak- und Mineralölsteuer hinzu. Die Kommunen hingegen haben zwar auch Einbußen bei Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz zu verkraften, die aber angesichts des starken Zuwachses bei der Gewerbesteuer kaum ins Gewicht fallen.

Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ 2.– 4. November 2004

	Ist	Schätzung	
	2003	2004	2005
1. Bund (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	191,9 – 0,1	186,6 – 2,8	190,7 2,2
2. Länder (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	177,6 – 0,5	180,0 1,4	180,1 0,1
3. Gemeinden (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	51,8 – 1,4	55,5 7,1	56,1 1,1
4. EU (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	20,9 12,7	20,3 – 3,0	23,2 14,3
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	442,2 0,1	442,4 0,0	450,1 1,7
Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich. Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten. Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.			

Abweichung des Ergebnisses AK November 2004 vom Ergebnis AK Mai 2004 (Beträge in Mrd. €)

2004	Ergebnis AK Mai 2004	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis AK Nov. 2004
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	
Bund ³	188,9	- 2,3	0,0	0,0	- 2,3	186,6
Länder ³	180,8	- 0,8	0,0		- 0,8	180,0
Gemeinden ³	54,0	1,5	0,0		1,5	55,5
EU	20,1	0,2		0,0	0,2	20,3
Steuereinnahmen insgesamt	443,8	- 1,4	0,0	0,0	- 1,4	442,4

2005	Ergebnis AK Mai 2004	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis AK Nov. 2004
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	
Bund ³	194,2	- 3,5	- 0,8	0,0	- 2,7	190,7
Länder ³	181,1	- 1,0	- 0,7		- 0,3	180,1
Gemeinden ³	55,2	0,8	- 0,2		1,1	56,1
EU	23,0	0,2		0,0	0,2	23,2
Steuereinnahmen insgesamt	453,5	- 3,4	- 1,7	0,0	- 1,7	450,1

¹ Alterseinkünftegesetz; Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und anderer Gesetze; Gesetz zur Förderung von Wagniskapital; Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich; Verschiebungen zwischen Bund/Ländern und Gemeinden durch Absenkung der Gewerbesteuerumlage.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. bis 3. Quartal 2004

(endgültige Ergebnisse)

- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2004 49
- 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2004 51
- 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen 51

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2004

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im Zeitraum Januar bis September 2004 nach endgültigen Ergebnissen 291 559 Mio. €, das sind – 1 049 Mio. € bzw. – 0,4 % weniger als im Vorjahr.

Die Steuereinnahmen in den ersten drei Quartalen 2004 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar (s. Tabelle):

Die Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern war in den ersten drei Quartalen des Jahres 2004 von einem Auf und Ab geprägt. Nach einem schwachen Ergebnis im 1. Quartal (– 1,7 %) zeichnete sich im 2. Quartal mit + 2,3 % eine leichte Verbesserung ab. Diese Tendenz kehrte sich allerdings im 3. Quartal mit einem Einnahmerückgang um – 2,6 % wieder um. Insgesamt blieben die gemeinschaftlichen Steuern in den ersten drei Quartalen um – 0,6 % unter dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer gingen in den Monaten Januar bis September 2004 um – 6,3 % zurück. Ursächlich hierfür war in erster Linie die seit Jahresbeginn geltende Tarifsenkung. Darüber hinaus haben die Kürzung der Urlaubsgeldzahlungen und die nach wie vor ungünstige Arbeitsmarktlage ihre Spuren im Aufkommen hinterlassen. Im 3. Quartal betrug der Rückgang – 8,6 %. Er hat sich damit im Vergleich zum 2. Quartal (– 6,7 %) nochmals deutlich beschleunigt. Der Rückgang im 1. Quartal von – 3,5 % war durch die verzögerte Kassenwirkung der Tarifsenkung (erstmalig im Februar 2004) und die verstärkte Verlagerung flexibler Lohnbestandteile vom Jahr 2003 ins Jahr 2004 unterzeichnet.

Bei der veranlagten Einkommensteuer waren nach den ersten drei Quartalen rd. 265 Mio. € höhere Kasseneinnahmen zu verzeichnen als im Vorjahr. Dies entspricht in der Bruttodarstellung,

¹ Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

	1. bis 3. Quartal – Mio. € –		Änderungen ggü. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	217 597	218 947	– 1 350	– 0,6
Reine Bundessteuern	56 437	57 215	– 778	– 1,4
Reine Ländersteuern	15 278	14 337	941	6,6
Zölle	2 247	2 109	138	6,5
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	291 559	292 608	– 1 049	– 0,4

d. h. unter Berücksichtigung der aus dem Kassenaufkommen gezahlten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, Investitionszulage und Eigenheimzulage, einer Aufkommensverbesserung von 364 Mio. € bzw. + 1,3 %. Quartalsweise betrachtet stieg das Bruttoaufkommen in den ersten beiden Quartalen – trotz der seit Jahresbeginn geltenden Senkung der Einkommensteuersätze – um beachtliche + 3,4 % bzw. + 3,6 %. Erst im 3. Quartal wurden nun die aufkommensmindernden Wirkungen der Tarifsenkung sichtbar. Das Bruttoaufkommen ging um – 3,4 % zurück, wobei gut 80 % dieses Rückgangs auf den Vorauszahlungsmonat September entfielen. Aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit waren in den ersten drei Quartalen Einnahmen in Höhe von 378 Mio. € zu verzeichnen.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer waren in den ersten neun Monaten um gut 4 1/2 Mrd. € höher als im Vorjahr und haben sich damit binnen Jahresfrist nahezu verdoppelt. Knapp 2/3 dieser höheren Einnahmen sind den kräftig gestiegenen Vorauszahlungen für das Veranlagungsjahr 2004 zuzurechnen. Die verbesserte Gewinnentwicklung und das Moratorium, wonach Steuerguthaben der Unternehmen für einen Zeitraum von drei Jahren nicht ausgezahlt werden, entfalten hier offensichtlich ihre Wirkung.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stiegen in den ersten neun Monaten um + 9,8 %. Aufgrund von Sondereinflüssen waren die Einnahmen sowohl im 1. Quartal (+ 23,4 %) als auch im 2. Quartal (+ 9,1 %) deutlich nach oben verzerrt. Im 3. Quartal erfolgte nun mit einem Rückgang um – 7,9 % eine Normalisierung.

Die in den ersten beiden Quartalen zu beobachtende negative Aufkommensentwicklung beim Zinsabschlag (1. Quartal: – 12,3 %, 2. Quartal: – 16,0 %) setzte sich, wenngleich leicht verlangsamt, mit – 9,1 % auch im 3. Quartal fort. Insgesamt blieben die Einnahmen aus dem Zinsabschlag – infolge der weiterhin rückläufigen Durchschnittsverzinsung der Geldanlagen – in den ersten drei Quartalen um – 12,4 % unter dem Vorjahresergebnis.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz enttäuschten im 3. Quartal mit einem Rückgang um – 0,7 %. Die inländische Verbrauchsnachfrage war in den Sommermonaten offenbar deutlich schwächer als in den ersten beiden Quartalen, in denen die Steuern vom Umsatz mit Veränderungsraten von + 1,6 % bzw. + 1,1 % stiegen. Nach neun Monaten ergibt sich damit eine Zunahme im Vorjahresvergleich von + 0,7 %.

Nach einem Anstieg in den ersten beiden Quartalen um + 2,4 % und + 0,9 % verzeichneten die reinen Bundessteuern im 3. Quartal mit – 6,3 % einen kräftigen Rückgang. In der Summe lagen die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern nach neun Monaten um – 1,4 % unter dem Vorjahresergebnis. Die Aussagekraft dieser Veränderungsraten ist allerdings begrenzt, da seit Januar 2004 die Zahlungseingänge durchgängig periodengerecht verbucht werden, während die Vorjahresbasis nicht bereinigt ist. Die daraus resultierenden Verzerrungen in den Veränderungsraten werden bis zum Jahresende fort dauern, ab dem kommenden Jahr aber vollständig entfallen.

Im 3. Quartal waren sämtliche Bundessteuern mit Ausnahme der Versicherungssteuer (+ 1,1 %) rückläufig. Bei der Mineralölsteuer, deren Aufkommen um – 6,1 % sank, machte sich der hohe Ölpreis bemerkbar. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer gingen trotz Steuererhöhung aufgrund des Konsumverzichts und der Ausweichreaktionen um – 7,2 % zurück. Der Solidaritätszuschlag war, bedingt durch die Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen (insbesondere Lohnsteuer), mit – 3,0 % rückläufig.

In der Gesamtbetrachtung der drei Quartale reichten die Zuwächse bei Stromsteuer (+ 6,0 %), Kaffeesteuer (+ 6,6 %), Branntweinsteuer (+ 3,2 %) und Tabaksteuer (+ 0,4 %) nicht aus, um die Rückgänge insbesondere bei der Mineralölsteuer (– 4,0 %) und Versicherungssteuer (– 1,5 %) auszugleichen.

Die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern erhöhten sich in den ersten neun Monaten im Vorjahresvergleich um + 6,6 %. Allerdings konnte das

3. Quartal mit einer Zunahme um +2,8 % nicht ganz an die Dynamik der ersten beiden Quartale (+9,3 % und +7,2 %) anknüpfen. Ursächlich für die insgesamt positive Entwicklung war in erster Linie die Erbschaftsteuer, deren Aufkommen sich um +35,4 % erhöhte. Aber auch Kraftfahrzeugsteuer (+5,2 %) und Feuerschutzsteuer (+10,8 %) konnten kräftig zulegen. Dagegen stagnierten die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (+0,2 %) und Biersteuer (+0,3 %) nahezu, die Grunderwerbsteuer ging um -4,1 % zurück.

2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2004

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) gingen im Juli 2004 gegenüber dem Vorjahresmonat um -9,3 % zurück. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Rückgang um -6,9 %. Dabei blieb die Lohnsteuer infolge der Tarifsenkung um -9,2 % unter dem Vorjahreswert, die Steuern vom Umsatz enttäuschten mit einem Rückgang um -5,6 %. Aufkommensverbesserungen wiesen nur die Veranlagungssteuern (rd. 1/2 Mrd. €) auf. Die reinen Bundessteuern unterschritten das Vorjahresergebnis um -19,2 % - allerdings unter der Einschränkung der begrenzten Aussagefähigkeit der Veränderungsraten. Die reinen Ländersteuern nahmen um +1,0 % zu.

Im August 2004 stiegen die Steuereinnahmen um +0,7 %. Dabei wurde der Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern (-1,8 %) durch einen

kassentechnisch bedingten Anstieg der reinen Bundessteuern (+7,3 %) und eine Zunahme der reinen Ländersteuern um +6,1 % knapp überkompensiert. Nach dem schlechten Juli-Ergebnis schnitten die Steuern vom Umsatz mit einem Plus von 1,4 % im August deutlich besser ab, konnten aber den tarifbedingten Rückgang bei der Lohnsteuer (-7,9 %) nicht auffangen. Die Dynamik der reinen Ländersteuern beruhte im Wesentlichen auf der positiven Entwicklung der Erbschaftsteuer (+14,5 %).

Im September 2004 waren die Steuereinnahmen um -0,5 % rückläufig. Die reinen Bundessteuern verzeichneten einen Rückgang um -4,4 %, während sowohl die gemeinschaftlichen Steuern (+0,4 %) als auch die reinen Ländersteuern (+1,4 %) zunahmen. Der Rückgang bei den reinen Bundessteuern beruhte auf deutlich geringeren Einnahmen bei der Stromsteuer (-17,4 %) und der Mineralölsteuer (-7,0 %). Die gesunkenen Einnahmen insbesondere bei der Lohnsteuer (-8,7 %) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (-34,5 %) wurden durch die kräftige Aufkommenssteigerung der Körperschaftsteuer (+32,1 %) und die positive Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz (+2,1 %) mehr als ausgeglichen.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen in den ersten drei Quartalen 2004 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden² und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

² Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

	1. bis 3. Quartal - Mio. € -		Änderungen ggü. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio. €	in %
Bund	128 249	130 480	- 2 231	- 1,7
EU	16 066	16 583	- 517	- 3,1
Länder	131 148	128 515	2 633	2,0
Gemeinden	16 096	17 030	- 934	- 5,5
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	291 559	292 608	- 1 049	- 0,4

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2004 und in den einzelnen Monaten finden

sich im Internetangebot des Bundesministeriums der Finanzen unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuern-und-Zoelle/Steueraufkommen.459.htm>.

Stellungnahme zu den diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

In Übereinstimmung mit Artikel IV des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (IWF) führt der Internationale Währungsfonds (IWF) mit seinen Mitgliedstaaten jährliche wirtschaftspolitische Konsultationen durch. Ziel der Konsultationen ist festzustellen, ob die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik eines Mitgliedstaates nachhaltiges Wachstum begünstigt und die innere und äußere Stabilität gewährleistet. Die IWF-Artikel-IV-Konsultationen basieren auf einem mehrstufigen Verfahren. Zunächst besucht ein Team des IWF-Stabes das jeweilige Land, um Informationen über die Wirtschafts- und Finanzlage einzuholen und insbesondere mit der nationalen Regierung die politische Ausrichtung zu besprechen. Basierend auf diesem Informations- und Meinungsaustausch wird ein Artikel-IV-Bericht verfasst, der die gewonnenen Informationen zusammenfassend darstellt und beurteilt und die Grundlage für weitere Erörterungen im Exekutivdirektorium des IWF bildet. Im Anschluss an die Beratungen fasst der Geschäftsführende Direktor des IWF in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Direktoriums die Erörterungen zusammen. Die Artikel-IV-Konsultationen enden mit der Übermittlung der Zusammenfassung an den jeweiligen Mitgliedstaat. In diesem Jahr schloss das Exekutivdirektorium die Konsultation mit Deutschland am 25. Oktober 2004 ab.

In seinem Bericht bestätigt der IWF die positiven Wachstumsaussichten für Deutschland in diesem und im kommenden Jahr. Hinsichtlich der aktuellen Konjunktorentwicklung erwartet der IWF für 2004 ein Wachstum des Bruttoinlands-

produktes von 1,9 % und für 2005 von 1,5 %. Dies deckt sich weitgehend mit den Erwartungen der Bundesregierung, die nach aktueller Prognose für das kommende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 % rechnet. Ebenso wie die Bundesregierung weist der IWF darauf hin, dass der wirtschaftliche Aufschwung sich noch nicht in vollem Umfang in der Binnennachfrage niedergeschlagen habe und dass mögliche Risiken für eine weiterhin positive Entwicklung in anhaltend hohen Ölpreisen liegen könnten.

Nachdrücklich unterstützt und besonders positiv hervorgehoben werden die eingeleiteten Reformmaßnahmen der Bundesregierung im Bereich der sozialen Sicherungssysteme. In diesen Bereichen seien wesentliche Fortschritte erzielt worden. Strukturreformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme leisten nach Ansicht des IWF einen wesentlichen Beitrag für gesunde Staatsfinanzen und eine nachhaltige Entwicklung. Daher ermutigt der IWF die Bundesregierung, den Reformkurs entschlossen fortzusetzen und weitere Maßnahmen zu ergreifen. Der IWF spricht sich u. a. für die Erhöhung des effektiven und gesetzlichen Renteneintrittsalters, weitere Effizienzverbesserungen im Gesundheitssektor, bessere Arbeitsanreize, mehr Arbeitsmarktflexibilität, eine weitergehende Marktöffnung bei Handwerk und Dienstleistungen sowie für mehr Wettbewerb in der föderalen Finanzverfassung und im Bankensektor aus.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des IWF, dass weitere strukturelle Reformen notwendig sind, auch als Vorsorge für die Bewältigung der langfristigen Herausforderungen des demografischen Wandels. Zunächst geht es darum, die eingeleiteten Reformen vollständig umzusetzen und das Vertrauen der Bürger zu stärken.

In Übereinstimmung mit vorangegangenen Konsultationen empfiehlt der IWF im Bereich der Finanzpolitik einen weiteren Abbau des strukturellen Defizits in den kommenden Jahren. Dies entspricht den Zielen der Bundesregierung.

Sie wird ihren Kurs einer verantwortungsvollen Finanzpolitik mit dem finanzpolitischen Dreiklang aus Strukturreformen, Konsolidierungspolitik und Wachstumsimpulsen fortsetzen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend berücksichtigen.

Die Bundesregierung wird – in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des IWF – ihren Konsolidierungskurs auch in Zukunft auf die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte konzentrieren, nicht zuletzt durch den Abbau überkommener Subventionen. Bis zum Jahre 2008 werden die Finanzhilfen weiter um fast 11 % abgebaut. Bereits im Jahre 2005 wird das Volumen der Finanzhilfen des Bundes gegenüber 1998 nahezu halbiert. Die im Haushalt 2004 nicht realisierten Maßnahmen zum Subventionsabbau in der Landwirtschaft werden wieder aufgegriffen. Ebenso wie der IWF sieht die Bundesregierung aber zusätzlichen Handlungsbedarf bei der Reduktion der Steuervergünstigungen. Die aktuelle Diskussion um die Abschaffung der Eigenheimzulage zeigt, dass hierbei Bund und Länder in gemeinsamer Verantwortung stehen.

Um das staatliche Haushaltsdefizit 2005 unter den 3%-Referenzwert des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zu senken, sind nach Ansicht des IWF zusätzliche Maßnahmen in Höhe von mindestens 1/3 % des BIP erforderlich,

für 2006 zusätzliche 2/3 % des BIP. Diese Einschätzung des IWF begründet sich in den Erwartungen über die Entwicklung der arbeitsmarktabhängigen Sozialausgaben sowie über die Wirkungen der Reformen im Gesundheitssektor. Die Bundesregierung hat anlässlich der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2005 nochmals bekräftigt, dass sie alles daransetzen wird, die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingegangenen Selbstverpflichtungen für das nächste Jahr zu erfüllen. Für den Erfolg der Konsolidierungspolitik ist es von zentraler Bedeutung, dass die Länder mit dem Bund zusammen an einem Strang ziehen und sich ihrer Verantwortung im Rahmen der europäischen Vorgaben stellen. Dies beinhaltet auch die Unterstützung des Subventionsabbaus durch den Bundesrat.

Insgesamt unterstützt der IWF den eingeschlagenen Reformkurs der Bundesregierung. Wichtige Maßnahmen seien auf den Weg gebracht worden, um die gesellschaftspolitischen und globalen Herausforderungen zu meistern. Der IWF bestärkt die Bundesregierung in ihrer Absicht, diesen Weg auch in Zukunft konsequent fortzusetzen.

Der Stabsbericht des IWF für die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland kann als PDF-Dokument von der Homepage des IWF (www.imf.org) heruntergeladen werden.

Pressemitteilung des IWF über den Abschluss der Artikel-IV-Konsultationen 2004 mit Deutschland¹

Am 25. Oktober 2004 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

Hintergrund

Nach drei Jahren Stagnation festigt sich eine von einer starken Auslandsnachfrage getragene Konjunkturerholung. Die Ertragskraft von Unternehmen außerhalb des Finanzsektors hat sich gesteigert und die Unternehmen haben ihre Bilanzen konsolidiert. Sie zeigen jedoch weiterhin Zurückhaltung bei ihren Ausgabenplänen, gleichzeitig dämpft der schwache Arbeitsmarkt die Verbrauchernachfrage, während bereits erste Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf der Angebotsseite sichtbar werden. Außerdem schlägt sich der Anstieg der Ölpreise negativ nieder. Die Prognosen für das Gesamtwachstum liegen per saldo bei 1,9 % für 2004 und 1,5 % für 2005, was kalenderbereinigt wegen der höheren Zahl an Arbeitstagen in 2004 dennoch einen moderaten

¹ Deutsche Übersetzung durch das Bundesministerium der Finanzen.

Anstieg des zugrunde liegenden Wachstums bedeutet.

Auf politischer Ebene hat Deutschland im letzten Jahr bedeutende Fortschritte bei der Bewältigung seiner tief greifenden Strukturprobleme erzielt. Die Umsetzung der Strukturreformen im Rahmen der Agenda 2010 schreitet trotz großen Widerstands in der Bevölkerung voran. In Kombination mit einer höheren Lohnflexibilität machen die Reformen zur Kürzung der Lohnersatzleistungen und Verbesserung der Arbeitsplatzvermittlung den Arbeitsmarkt wettbewerbsfähiger. Bei der Renten- und Gesundheitsreform wurden ebenfalls wichtige Fortschritte erzielt. Es besteht indes weiterer Reformbedarf zur Erhöhung des Wachstumspotenzials und zur Vorsorge angesichts der Bevölkerungsalterung.

Das Staatsdefizit 2004 wird im dritten Jahr in Folge deutlich über dem Maastricht-Referenzwert liegen. Die Steuersenkungen in Höhe von insgesamt etwa 1 % des BIP 2004–2005 wurden nur teilweise mit dauerhaften Sparmaßnahmen gegenfinanziert. Für 2005 wird ein Rückgang des Haushaltsdefizits von seinem derzeit hohen Stand erwartet, zum einen aufgrund von bereits im Zusammenhang mit dem Haushalt 2004 verabschiedeten Maßnahmen, zum anderen aufgrund einer Normalisierung des 2004 ungewöhnlich niedrigen Bundesbankgewinns. Angesichts der noch immer schwachen Erholung und ohne zusätzliche Maßnahmen wird das Haushaltsdefizit 2005 jedoch voraussichtlich weiterhin 3 % des BIP überschreiten.

Im Finanzsektor zeichnet sich eine Erholung ab, aktualisierte Stresstests bestätigen die Widerstandsfähigkeit des Systems; jedoch schreitet die marktorientierte Umstrukturierung nur langsam voran. Dennoch ist das Bankenwesen nun besser gerüstet, um den Wirtschaftsaufschwung unterstützen zu können.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren lobten die Bundesregierung für ihre entschlossene Umsetzung der Reformen im Rahmen der Agenda 2010 und die Fortschritte bei der Überwindung struktureller Fehlentwicklungen. Vor allem bei der Renten- und Gesundheitsreform sowie der Umgestaltung der Arbeitslosenunterstützung wurden bedeutende Fortschritte erzielt. Bei der Finanzpolitik fielen die Fortschritte geringer aus, da die beträchtlichen Steuersenkungen noch nicht durch entsprechende Ausgabenkürzungen vollständig gegenfinanziert wurden. Daher stehen die öffentlichen Finanzen weiterhin vor großen Herausforderungen, zumal die alternde Bevölkerung eine erhebliche Belastung für die sozialen Sicherungssysteme darstellen wird. So müssen die Reformen angesichts des demografischen Wandels noch verstärkt werden, damit die verbesserte Konjunkturlage in Deutschland langfristig zu höherem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum führen kann. Einige Direktoren stellten fest, dass ein höheres Potenzialwachstum und eine stärkere Binnennachfrage zu einem geordneten Abbau der weltweiten Leistungsbilanzungleichgewichte beitragen würden.

Die Direktoren begrüßten die Rückkehr zu einem – von der starken Exportnachfrage gestützten – Wirtschaftswachstum nach drei Jahren Stagnation. Sie waren sich darüber einig, dass sich der Aufschwung noch nicht ausreichend gefestigt hat, da zu wenig Impulse von der Binnennachfrage kommen. Dennoch wird für 2005 kalenderbereinigt eine Beschleunigung des Wachstums prognostiziert, wenngleich der Zuwachs aufgrund der Ölpreisentwicklung moderat sein dürfte. Nach dieser vorsichtigen Prognose erscheinen die Risiken im Großen und Ganzen ausgewogen. Viele Direktoren beurteilten Deutschlands außenwirtschaftliche Wettbewerbsposition als stark und würdigten die Anstrengungen der Regierung und Sozialpartner zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, da dies dem Übertragungseffekt der externen Wachstumsimpulse auf die Beschäftigung und Binnenkonjunktur förderlich sei.

Die meisten Direktoren forderten die Regierung auf, den Aufschwung für weitere Konsolidierungsschritte zu nutzen. Angesichts der wachsenden Staatsverschuldung und demografischen Herausforderungen vertraten sie die Auffassung, dass die Regierung 2005 einen Abbau des strukturellen Defizits um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte des BIP anstreben sollte. Einige Direktoren warnten jedoch vor der Bremswirkung, die eine weitere Konsolidierung zum jetzigen Zeitpunkt kurzfristig für den Aufschwung haben könnte. Eine Reihe von Direktoren wies ausdrücklich darauf hin, dass ein erneuter Aufschub der Anpassung in 2005 eine Verlagerung der fiskalischen Anstrengungen in die Zukunft bedeuten würde und damit die öffentlichen Finanzen im Wahljahr 2006 unter beträchtlichen Druck kämen. Des Weiteren unterstützen die Direktoren das mittelfristige Ziel der Regierung einer Rückführung des strukturellen Haushaltssaldos von 2004 bis 2006 um insgesamt $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte des BIP und forderten eine anschließende Fortsetzung der strukturellen Konsolidierung solange, bis ein geringer Überschuss erreicht ist. Die Direktoren stellten fest, dass im Hinblick auf dauerhafte Kürzungen bei den Steuervergünstigungen und Subventionen weiterer Handlungsbedarf besteht und diese Aspekte auch in Zukunft im Mittelpunkt der Konsolidierungsanstrengungen stehen sollten.

Die Direktoren würdigten die Bemühungen der Regierung um eine Umgestaltung der Sozialleistungen und sahen in diesem Bereich die Möglichkeit für erhebliche Synergieeffekte aus einer Wachstumsstärkung und Verbesserung der öffentlichen Finanzen. Sie begrüßten die Maßnahmen zur Zukunftssicherung angesichts der aufgrund der Bevölkerungsalterung zu erwartenden wirtschaftlichen Belastungen, u. a. die Erhöhung des effektiven Rentenalters und Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors im Rentensystem sowie die Einführung von Zuzahlungen im Gesundheitswesen. Einige Direktoren forderten jedoch weitere Maßnahmen zur weitergehenden Umgestaltung der Sozialleistungen sowie Senkung der Sozialabgaben und sonstiger Lohnnebenkosten, um somit stärkere Anreize für eine bessere Auslastung des Faktors Arbeit zu schaffen. In diesem Zusammenhang unterstrichen die Direktoren die Notwendigkeit einer Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und einer weiteren Wettbewerbsstärkung der Angebotsseite des Gesundheitssektors.

Die Direktoren begrüßten die Bemühungen der Regierung zur Verbesserung der Haushaltsinstitutionen und innerstaatlichen Beziehungen, die einer soliden Finanzwirtschaft förderlich sein dürfte. Mehrere Direktoren waren sich darin einig, dass ein geeignetes Maß an Wettbewerb zwischen den Bundesländern, einschließlich einer größeren Ertragshöhe und einer stärker am örtlichen Bedarf ausgerichteten Mittelverwendung, die Effizienz steigern und die Rechenschaftspflicht und Haushaltsdisziplin fördern würde. Die Direktoren begrüßten die Absicht der Regierung, ab 2006 regelmäßig Berichte über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gestützt auf Berechnungen unabhängiger Sachverständiger zu veröffentlichen. Dies dürfte die Transparenz erhöhen, Ansätze zur Förderung der langfristigen Tragfähigkeit aufzeigen und das öffentliche Bewusstsein für die Notwendigkeit der Reformen stärken.

Die Direktoren würdigten die beträchtlichen Anstrengungen der Regierung bei der Arbeitsmarktreform, insbesondere beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und bei der Erhöhung der Erwerbsquote. Diese Aspekte der Agenda 2010 seien für eine Steigerung des Potenzialwachstums wesentlich und müssten mit zusätzlichen Maßnahmen zur Kostensenkung beim Kündigungsschutz und zur Förderung des Flexibilisierungstrends bei den Tarifverträgen flankiert werden. Die Direktoren stellten fest, dass nun der Erfolg der Arbeitsmarktreformen und insbesondere der Hartz-IV-Reformen letztendlich von einer konsequenten und mit den anderen staatlichen Ebenen koordinierten Umsetzung abhängt.

Die Direktoren stellten fest, dass Deutschland bei der Liberalisierung von Netzwerkindustrien und Produktmärkten gut vorangekommen ist, forderten die Regierung jedoch auf, die Flexibilisierung der Beschäftigung im Handwerks- und Dienstleistungssektor entschlossener voranzutreiben – auch über verbesserte Möglichkeiten zur Aufnahme und Beendigung einer Tätigkeit in diesen Sektoren.

Die Direktoren begrüßten die jüngsten Verbesserungen bei der Ertragslage im Finanzsektor, der von der konjunkturellen Erholung und dem Preisanstieg bei Vermögenswerten profitiert hat. Sie nahmen ferner die anhaltenden und erfolgreichen Bemühungen um eine Kostenreduzierung im Finanzsektor zur Kenntnis, stellten jedoch im Hinblick auf eine stärkere Einnahmenmobilisierung und einen Abbau Not leidender Kredite weiteren Verbesserungsbedarf fest. Die Direktoren ermutigten die Regierung zur weiteren Umsetzung der FSAP-Empfehlungen und begrüßten ihre Absicht, im Einklang mit den einschlägigen IWF-Arbeiten ein breiteres Spektrum an Indikatoren für die Finanzmarktstabilität zu veröffentlichen. Die Direktoren begrüßten die eingeleiteten Schritte zur Umstrukturierung des öffentlichen Bankensektors in Reaktion auf die bevorstehende Abschaffung der Staatsgarantien, z. B. durch Zusammenarbeit im Back-Office-Bereich und durch Konsolidierungsansätze. Wenngleich der Finanzsektor nun besser gerüstet ist, um das Wirtschaftswachstum zu unterstützen, stellte eine Reihe von Direktoren fest, dass die bisherigen Maßnahmen bescheiden waren und weiterhin grundlegender Reformbedarf besteht. Die Direktoren bekräftigten ihre Unterstützung für die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen zum Abbau der Umstrukturierungshindernisse sowohl innerhalb der einzelnen öffentlichen bzw. privaten Säulen als auch säulenübergreifend. Dies würde eine bessere Bündelung von Marktsignalen ermöglichen und das System schockresistenter machen. Mit Blick auf den Versicherungssektor begrüßten die Direktoren die Erweiterung der Aufsicht auf die Rückversicherungsgesellschaften und forderten die Regierung auf, im Vorgriff auf die bevorstehende EU-weite, risikogestützte Versicherungsaufsicht das aufsichtsrechtliche Blickfeld über Solvabilitätsspannen hinauszurichten. Die Direktoren lobten Deutschlands Einhaltung der internationalen Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Die Direktoren begrüßten Deutschlands starken Einsatz für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde, v. a. durch eine umfassende Liberalisierung der Agrarmärkte und einseitiger Zugeständnisse der Industrieländer zu Gunsten der ärmsten Mitglieder der Welthandelsorganisation. Außerdem begrüßten sie Deutschlands Absicht, seine Entwicklungshilfe zu erhöhen.

Deutschland: Ausgewählte Konjunkturindikatoren

	2000	2001	2002	2003	2004 ¹
Gesamtwirtschaft	(Veränderung in %, falls nicht anders angegeben)				
– Reales BIP	2,9	0,8	0,1	– 0,1	1,9
– Nettoexporte ²	1,0	1,6	1,9	– 0,6	1,9
– Inländische Endnachfrage	2,0	0,2	– 1,5	– 0,4	– 0,2
– Private Verbrauchsnachfrage	2,0	1,7	– 0,7	0,0	0,0
– Bruttoanlageinvestitionen	2,7	– 4,2	– 6,4	– 2,2	– 1,1
– Bauinvestitionen	– 2,6	– 4,8	– 5,8	– 3,2	– 1,9
– Bruttoinlandsersparnis (% des BIP)	20,3	19,4	19,5	19,7	21,1
– Bruttoinlandsinvestitionen (% des BIP)	21,7	20,3	18,6	17,8	17,3
– Erwerbsbevölkerung ³	41,8	42,0	42,1	42,2	41,9
– Beschäftigung ³	38,7	38,9	38,7	38,3	38,1
– Standardisierte Arbeitslosenquote (%)	7,8	7,8	8,7	9,6	9,7
– Lohnstückkosten (Wirtschaft insgesamt)	0,1	3,3	– 0,4	– 1,2	– 0,8
– BIP-Deflator	– 0,3	1,3	1,5	1,1	1,1
– Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,4	1,9	1,3	1,1	1,8
Öffentliche Finanzen	(in % des BIP)				
Saldo der öffentlichen Haushalte ^{4,5}	1,3	– 2,8	– 3,7	– 3,8	– 3,9
Struktureller Budgetsaldo	– 1,6	– 2,9	– 2,9	– 2,2	– 2,4
Bruttoverschuldung der öffentlichen Haushalte ⁵	60,2	59,4	60,9	63,8	65,7
Geld- und Kreditvolumen	(12-monatige prozentuale Veränderung)				
– Kredite an Haushalte und Unternehmen ⁶	5,8	3,2	0,9	0,0	0,2
– M 3-Geldmenge ⁶	– 1,0	6,1	...	3,5	1,7
Zinssätze	(in %)				
– Dreimonatiger Geldmarktsatz ⁷	4,4	4,3	3,3	2,3	2,1
– Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen ⁷	5,3	4,8	4,8	4,1	4,0
Zahlungsbilanz	(in Mrd. €, falls nicht anders angegeben)				
Exporte ⁸	690,2	739,3	763,7	772,4	839,8
Importe ⁸	680,1	694,1	667,4	677,5	703,8
Handelsbilanz (% des BIP)	2,9	4,6	6,3	6,1	7,8
Leistungsbilanzsaldo	– 27,9	1,7	45,7	48,1	97,4
Leistungsbilanz (% des BIP)	– 1,4	0,1	2,2	2,3	4,4
Wechselkurs	(Durchschnitt im Zeitraum)				
Euro je US-Dollar ⁷	1,08	1,12	1,06	0,88	0,82
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) ⁹	97,8	98,5	99,5	103,5	104,3
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) ^{9,10}	100,8	100,0	100,1	103,1	102,6

¹ IWF-Stabsprognosen, falls nicht anders angegeben.

² Beitrag zum BIP-Wachstum.

³ Nationale Definition nach Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gemäß dem neuen integrierten System der VGR (ESVG 1995).

⁴ Nach VGR gemäß dem neuen integrierten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

⁵ Für 2000 sind die Erlöse aus dem Verkauf von Mobilfunk-Lizenzen (UMTS) i. H. v. ca. 2,5 % des BIP enthalten. Die Erlöse werden, schrittweise über die Jahre 2000 und 2001, zum Abbau der Staatsschulden verwendet.

⁶ Ab 1999 geben die Daten Deutschlands Beitrag zur M 3 im Euroraum an. Die Daten für 2003 beziehen sich auf Mai.

⁷ Die Daten für 2004 beziehen sich auf 15. September 2004.

⁸ Einschließlich zusätzlicher Handelsposten.

⁹ Die Daten für 2004 beziehen sich auf August.

¹⁰ Gestützt auf die relativen normierten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe.

Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF, International Financial Statistics, IWF, World Economic Outlook und IWF-Stabsprognosen.

Wachstum und Beschäftigung für die Jahre bis 2010 – Halbzeitbilanz und Perspektiven für die Lissabon-Strategie

1	Lissabon – Eine Zwischenbilanz	59
1.1	Erzielte Erfolge	60
1.2	Bisherige Defizite und neue Herausforderungen	60
1.3	Die Lissabon-Strategie an geänderte Verhältnisse anpassen	61
2	Prioritäten für Wachstum und Beschäftigung	61
2.1	Sieben Chancen für den Binnenmarkt	61
2.2	Die zentrale Rolle von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz	65
3	Lissabon schneller zum Erfolg führen	67
3.1	Erfolg richtig messen und sinnvoll bewerten	67
3.2	Strategische Akteure besser einbinden	68

Die Staats- und Regierungschefs der EU werden auf ihrer Frühjahrstagung im März 2005 die politischen Orientierungen für die zweite Halbzeit der Lissabon-Strategie beschließen. Die Bundesregierung hat ihre eigenen Vorstellungen für die zweite Halbzeit der Lissabon-Strategie im nachfolgenden Positionspapier formuliert:

Positionspapier der Bundesregierung

Europas Staats- und Regierungschefs haben sich ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Bis zum Jahr 2010 soll die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, verbunden mit einem hohen Maß

an sozialem Zusammenhalt und Umweltschutz. Inspiriert ist dieses Ziel insbesondere von den Chancen der Wissensgesellschaft sowie den neuen Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels.

Die Strategie zur Erreichung dieses Ziels („Lissabon-Strategie“) hat seit dem Jahr 2000 viele richtungsweisende Entscheidungen für die Zukunftsfähigkeit Europas auf den Weg gebracht. In Deutschland spielt die Agenda 2010 eine vergleichbare Rolle und gibt entscheidende Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung. Mit dem Fortschreiten der Lissabon-Strategie wurde aber auch zunehmend klar, dass zum Erreichen der Kernziele auf europäischer und nationaler Ebene eine Neuausrichtung und Konzentration der Reformbemühungen unerlässlich sein würden. Aus diesem Grund wird eine Expertengruppe (unter Vorsitz von Wim Kok) bis zum 1. November 2004 eine Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie vorlegen und Vorschläge für ihre weitere Entwicklung unterbreiten. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden auf ihrer Frühjahrstagung im März 2005 auf Grundlage dieses Berichts die notwendigen politischen Schritte für die weitere Entwicklung der Strategie beschließen.

1 Lissabon – Eine Zwischenbilanz

Die Lissabon-Strategie wurde in einer Phase der Euphorie geboren und war getragen von dem Vertrauen in solide Wachstumsaussichten und in die New Economy. Aus heutiger Sicht war die erste Halbzeit der Lissabon-Strategie jedoch geprägt von einem sich rasch verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfeld sowie einer Reihe externer Schocks. Auf das Platzen der spekulativen Blase an den Börsen folgten die Terroranschläge des 11. September, eine Serie von Bilanzskandalen, der Krieg im Irak und der Anstieg der Preise für Öl und andere Rohstoffe. In Deutschland schlug sich dies in einer dreijährigen Phase der wirtschaftlichen Stagnation nieder.

1.1 Erzielte Erfolge

Trotz dieses eher schwierigen Umfelds konnte im Rahmen der Lissabon-Strategie einiges erreicht werden:

- Schlüsselmärkte wie die Telekommunikation wurden vollständig für den Wettbewerb geöffnet. Dies führte im Ergebnis zu erheblich gesteigerter Innovationsdynamik, neuen Beschäftigungsimpulsen und niedrigeren Tarifen für Geschäfts- und Privatkunden. Auch die Integration der Finanzmärkte hat große Fortschritte gemacht. Den drei strategischen Zielen des EU-Aktionsplans für Finanzdienstleistungen (einheitlicher Firmenkundenmarkt, offene und sichere Privatkundenmärkte und Modernisierung der Aufsichtsregeln) sind wir erheblich näher gekommen. Der Umsetzungsstand der beschlossenen Maßnahmen beträgt bereits 93 %.
- Erneuerbare Energien leisten einen zunehmenden Beitrag für Umweltschutz und Wirtschaftswachstum. Ihr Anteil an der Stromproduktion in Deutschland stieg von 4,6 % in 1998 auf rd. 10 % in 2004. Allein in Deutschland wurden in diesem Sektor im Jahr 2003 Umsatzerlöse von 10 Mrd. € erzielt (+ 40 % 2000) und 120 000 Menschen beschäftigt.
- In Forschung und Entwicklung (FuE) wird verstärkt investiert. In Deutschland werden trotz der schwierigen Haushaltslage aktuell Bundesmittel in Höhe von rd. 8,9 Mrd. € für FuE bereitgestellt. Schwerpunkte bilden dabei Bereiche mit besonders hohem Innovationspotenzial wie Bio-, Nano- und IK-Technologie. Auch die Rahmenbedingungen für Wagniskapital wurden spürbar verbessert. Gleichzeitig hat auch die Wirtschaft mehr Mittel für FuE mobilisiert, so dass der Anteil der gesamten FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 2,3 % (1998) auf 2,5 % (2003) gestiegen ist.
- Die wissensbasierte Gesellschaft wird Realität. Die Nutzung von Internet in Unternehmen, Schulen, Verwaltung und Privathaushalten hat sich zu einer Selbstverständlichkeit entwickelt. Ende 2003 nutzten 98 % der deutschen Unter-

nehmen und mehr als die Hälfte der Privatpersonen (55 %) das Internet. Beim E-Commerce ist Deutschland in absoluten Zahlen Marktführer in Europa. Der deutsche E-Commerce-Umsatz betrug im Jahr 2003 gut 138 Mrd. € (in 2001 rd. 20 Mrd. €). Die Zahl der Breitband-Internetanschlüsse nimmt kontinuierlich zu (rd. 5 Mio. Ende 2003).



1.2 Bisherige Defizite und neue Herausforderungen

Gleichzeitig dürfen diese Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Europa noch viel zu tun gibt, um die ambitionierten Lissabon-Ziele zu erreichen. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben dabei die Herausforderungen sehr deutlich gemacht:

- Der internationale Standortwettbewerb hat sich nochmals erheblich verschärft. Die EU-Erweiterung und der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und Indiens bieten große Chancen für das Wachstum von Handel und Weltwirtschaft, stellen uns allerdings auch vor große Herausforderungen. Deutschland ist hierfür wegen seiner hervorragenden Infrastruktur, des hohen Qualifikationsniveaus seiner Arbeitskräfte und seiner vergleichsweise hohen Produktivität gut gewappnet. Allerdings muss weiter nach Wegen zur Steigerung der Innovationsfähigkeit und zur Senkung der hohen Lohnnebenkosten gesucht werden.
- Der demografische Wandel hat alle Länder Europas erfasst. Ab dem Jahr 2010 – dem Zeitpunkt der Lissabon-Strategie – werden die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach aus dem Erwerbsleben ausscheiden und die Folgen des demografischen Wandels, z. B. für Renten-

und Krankenversicherungen, deutlich verschärfen.

- Der weltweite Wettbewerb um die „besten Köpfe“ gewinnt an Dynamik. Deutschland muss seine internationale Attraktivität für qualifiziertes Humankapital weiter ausbauen. Das Werben für den Studien- und Forschungsstandort Europa wird daher, auch im Kontext des Europäischen Hochschulraumes, zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Die Bundesregierung geht diese Herausforderungen im Rahmen der Agenda 2010 energisch an. Dabei sieht sie ein angemessenes soziales Sicherungsnetz als wichtigen und produktiven Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft an und räumt daher den notwendigen Reformen in diesem Kontext hohe Priorität ein. Gleichzeitig setzt die Bundesregierung die Reform des Arbeitsmarktes entschlossen um und greift damit wesentliche Forderungen der Task Force Beschäftigung auf. Durch diese Maßnahmen werden niedrigere Sozialbeiträge möglich. Diese entlasten Arbeitnehmer und Unternehmen und tragen so entscheidend zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei.

1.3 Die Lissabon-Strategie an geänderte Verhältnisse anpassen

Die Betrachtung dieser Zwischenbilanz zeigt, dass eine Neuausrichtung der Lissabon-Strategie unerlässlich geworden ist. Insbesondere vor dem Hintergrund des verhaltenen Konjunkturverlaufs unterstützt die Bundesregierung deshalb die Bestrebungen anderer EU-Mitgliedstaaten, die Strategie stärker auf die Ziele nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu fokussieren.

Diese Refokussierung muss ihren Niederschlag auch in den öffentlichen Finanzen auf europäischer wie nationaler Ebene finden. Zum einen ist es hier wichtig, dass sich jede Neuausrichtung der Lissabon-Strategie strikt im Kontext der Vorgaben für den EU-Haushaltsrahmen für 2007–2013 bewegen muss. Deutschland und fünf weitere Mitgliedstaaten der EU fordern, diesen Haushaltsrahmen

auf 1 % des EU-Bruttonationaleinkommens zu begrenzen. Zum anderen sind vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in den öffentlichen Haushalten der EU-Mitgliedstaaten auch die Maßgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu beachten. Die Bundesregierung wird daher die gegenwärtigen Gespräche über den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit dem Ziel führen, dass der Pakt in Zukunft deutliche Anreize für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie für Strukturreformen zur nachhaltigen Ausrichtung der öffentlichen Finanzen setzt. Aus diesen Gründen misst die Bundesregierung – gerade angesichts enger Budgetrestriktionen – der Umschichtung der öffentlichen Haushalte auf wachstumswirksame Ausgaben im Bereich Sach- und Humankapital sowie zur Stärkung der wissensbasierten Gesellschaft große Bedeutung bei. Dieser Prozess sollte auf EU-Ebene auf gemeinsamen Analysen zu den Wachstums- und Beschäftigungswirkungen einzelner Politikmaßnahmen aufbauen und durch einen intensiven Austausch von länderspezifischen Erfahrungen unterstützt werden.

Schließlich müssen die Zielsetzungen der Lissabon-Strategie und des längerfristigen strategischen Reformprozesses der Europäischen Strategie für nachhaltige Entwicklung in ihren unterschiedlichen Zeithorizonten weiterentwickelt werden und dürfen sich nicht widersprechen.

2 Prioritäten für Wachstum und Beschäftigung

Große Chancen für Wachstum und Beschäftigung in Europa sieht die Bundesregierung in der Vollendung des Binnenmarktes sowie in einem wachstumsorientierten Verständnis von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz.

2.1 Sieben Chancen für den Binnenmarkt

Der Binnenmarkt ist das zentrale Instrument zur Erreichung des Lissabon-Ziels. Die vier Grund-

freiheiten, Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr, stehen für die Chancen eines Gemeinsamen Marktes.

Gerade der Binnenmarkt muss in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation seine Aufgabe als einer der gemeinsamen Werte der Mitgliedstaaten entfalten. Er kann die nationalen Anstrengungen für Wachstum und Arbeitsplätze europapolitisch flankieren und ihnen eine gemeinsame Richtung und Dynamik geben. Es sollte daher im Interesse aller sein, die notwendige Dynamik des Binnenmarktes zu stärken.

Für die Bundesregierung steht die Stärkung des Binnenmarktes im Zentrum ihrer Lissabon-Politik. Dies kommt den Unternehmen ebenso wie den Beschäftigten zugute. Die Bundesregierung tritt daher für eine Binnenmarkt-Initiative ein, die beim nächsten Europäischen Rat beschlossen werden soll. Schwerpunkte dieser Initiative sind Maßnahmen in den Bereichen Energie, Finanzmärkte, Zahlungsverkehr, Dienstleistungen, Rüstung, Vertragsrecht und Unternehmensbesteuerung.



Energie: Vollendung der Binnenmärkte für Strom und Gas

Die Liberalisierung der Energiemärkte hat für Unternehmen und Verbraucher viele Vorteile gebracht. Die Bundesregierung ist bestrebt, weitere Verbesserungen für alle Marktteilnehmer zu erreichen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die anstehende Umsetzung der sog. Beschleunigungs-Richtlinien für Elektrizität und Gas in nationales Recht und die Anwendung der EG-Verordnung für

grenzüberschreitenden Stromhandel. Durch die Umsetzung der Beschleunigungs-Richtlinien werden alle Kundengruppen in der EU bis Mitte 2007 – wie in Deutschland bereits seit 1998 – ihre Strom- und Gaslieferanten frei wählen können. Dies wird zu einer Angleichung der Ausgangschancen von Unternehmen aus allen Mitgliedstaaten im grenzüberschreitenden Wettbewerb führen. Das schafft Raum für die Ausweitung grenzüberschreitenden Wettbewerbs.

Die Bundesregierung wird sich an weiteren Beratungen auf EU-Ebene insbesondere zu Fragen der Versorgungssicherheit aktiv beteiligen. Dabei unterstützt sie marktkonforme und investitionsfreundliche Vorgaben, nicht aber mehr Bürokratie und Dirigismus.

Finanzmärkte: Europäische Finanzaufsicht

Die Bundesregierung misst den Finanzmärkten als Teil des gemeinsamen Binnenmarktes zentrale Bedeutung bei. Die Stabilität und Krisenresistenz dieser Märkte ist für Europa von elementarer Bedeutung. Die Herausforderungen an die Stabilität des Finanzsystems werden durch zunehmende Verflechtungen im Interbankenmarkt sowie durch Terrorismusrisiken noch verstärkt. Wir müssen uns dieser Aufgabe rechtzeitig stellen, bevor die Entwicklung der Märkte uns zu improvisiertem und damit wenig Erfolg versprechendem Handeln zwingt. Praktikable und kosteneffiziente Lösungen für die Aufsicht über transeuropäisch tätige Unternehmen sind insbesondere auch mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Marktteilnehmer gegenüber Konkurrenten aus Nicht-EU-Staaten nötig.

Ein integrierter Finanzmarkt erfordert auch eine integrierte Finanzaufsicht. Bisher weisen die 25 Mitgliedstaaten etwa 70 Aufsichtsinstitutionen mit unterschiedlichen Vorschriften und Verfahrensweisen auf. In Zukunft muss die Reichweite der Aufsicht der Reichweite der Tätigkeit der Unternehmen entsprechen. Daher setzt sich die Bundesregierung nachdrücklich für die

Schaffung eines europäischen Systems der Finanzaufsicht ein. Die Aufsicht über rein national agierende Finanzdienstleister könnte dabei bei den nationalen Behörden innerhalb des europäischen Aufsichtssystems verbleiben.

Zahlungsverkehr: Einheitlicher Raum für den Zahlungsverkehr

Die Spaltung zwischen dem Inlands- und Auslandszahlungsverkehr ist im europäischen Binnenmarkt noch längst nicht überwunden. Soll der Zahlungsverkehr effizienter und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs für den Kunden schneller und kostengünstiger werden, ist eine einheitliche Infrastruktur durch die Harmonisierung nationaler Regelungen nötig. Dabei müssen für den Überweisungsverkehr, das Kreditkartengeschäft und das Lastschriftverfahren aufgrund eines alle Zahlungsverkehrssysteme umfassenden Rechtsrahmens einheitliche europäische Standards gelten und diese Zahlungsverkehrssysteme, z. B. das in Deutschland bewährte Lastschriftverfahren, europaweit eingeführt werden.

Das zwischen den Ländern der Europäischen Union bestehende Aufsichts- und Regulierungsgefälle ist unter Berücksichtigung der aus dem Zahlungsverkehr resultierenden operationellen Risiken nicht mehr zeitgemäß. Die Sicherheit der Zahlungsverkehrssysteme ist angesichts der Zunahme der Zahlungen im Binnenmarkt ein immer wichtiger werdender Faktor für die technische Sicherheit der Zahlungsverkehrssysteme und die Integrität ihrer Anbieter. Auch in diesem Bereich müssen zukünftig einheitliche Standards gelten. Die Bundesregierung bittet die Kommission, auf dieser Basis bis zum Jahresanfang 2005 einen Richtlinienvorschlag für den Zahlungsverkehr vorzulegen.

Dienstleistungen: Ambitionierte Dienstleistungsrichtlinie

Die Dienstleistungsrichtlinie zielt darauf ab, es Unternehmen und Freiberuflern zu erleichtern,

ihre Dienstleistung gemeinschaftsweit anzubieten. Hiervon würden allein in Deutschland mehr als 3 Mio. Unternehmen profitieren. In der EU sind über 70 % der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor angesiedelt, und die Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze ist vor allem in diesem Bereich zu erwarten. Jede Erleichterung ist damit auch ein Schritt hin zu mehr wirtschaftlicher Dynamik. Es wäre ebenfalls ein wichtiger Fortschritt für die Dienstleistungsmärkte in der EU allgemein.

Der Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt ist der logisch richtige und konsequente Schritt, dieses Ziel zu erreichen. Die drei tragenden Säulen des Richtlinien-Vorschlages sind dazu die grundsätzlich geeigneten Instrumente. Diese umfassen die Anwendung des Herkunftslandprinzips für den innergemeinschaftlichen Dienstleistungsverkehr, die grundlegende Vereinfachung der Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren (u. a. durch die Schaffung von einheitlichen Ansprechpartnern (One-stop-shops) sowie durch die Einführung elektronischer Verwaltungsprozeduren) und schließlich die Aufhebung aller vom EuGH als unzulässig beanstandeter Anforderungen an Dienstleister. Die Dienstleistungs-Richtlinie schafft für EU-Unternehmen einen Ordnungsrahmen, der ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt und zu mehr Arbeitsplätzen führen soll. Allerdings müssen die grundlegenden Ziele der Dienstleistungsrichtlinie unter Wahrung berechtigter Schutzbelange der Mitgliedstaaten erreicht werden. Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich eine zügige und konstruktive Behandlung in den EU-Gremien.

Verteidigung: Binnenmarkt für Rüstung

Der EU-Vertrag erkennt die Besonderheiten des Rüstungsmarktes an und gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, aus sicherheitspolitischen Gründen einen eigenen (nationalen) Rahmen außerhalb der Regelungen des Gemeinsamen Marktes für den Bereich der Rüstung zu schaffen. Von dieser Möglichkeit machen die EU-Mitgliedstaaten gegenwärtig – wenn auch in

unterschiedlichem Maß – Gebrauch. Die Folge ist ein fragmentierter europäischer Rüstungsmarkt, der durch eingeschränkten Wettbewerb, selektive Auftragsvergabe sowie strukturelle Wettbewerbsverzerrungen gekennzeichnet ist.

Zur Unterstützung einer weiteren Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie und zur Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik will die Europäische Kommission die europäische Rüstungsindustrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Ihr Grundgedanke ist dabei, unter Beachtung der besonderen Bedingungen auf dem Rüstungsmarkt einheitliche Regeln für alle Mitgliedstaaten vorzuschlagen bzw. zu schaffen.

Wichtige Voraussetzungen zur Schaffung eines gemeinsamen Rüstungsbinnenmarktes sind die Standardisierung von Rüstungsgütern, die Erleichterung der innergemeinschaftlichen Verbringung von Rüstungsgütern, die Anwendung der EU-Wettbewerbsvorschriften, die Optimierung der Beschaffung, die Koordinierung der Forschungsaktivitäten sowie die gemeinsame Exportkontrolle der Mitgliedstaaten. Die im Juli 2004 gegründete europäische Rüstungsagentur verleiht dem Thema „Europäischer Rüstungsmarkt“ neue Dynamik.

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich den Prozess der Konsolidierung der europäischen wehrtechnischen Industrie, um die Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen und die Chancen und Möglichkeiten zur Rüstungskooperation in Europa zu verbessern. Die Europäische Kommission hat deshalb in diesem Bereich ihre volle Unterstützung. Die Bundesregierung sieht in EU-weiten Regelungen für einen einheitlichen Rüstungsmarkt einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der derzeitigen Fragmentierung der Teilmärkte.

EU-Vertragsrecht: Gemeinsamer Referenzrahmen für europäische Gesetzgebung

Europaweit tätige Unternehmen müssen sich gegenwärtig mit 25 verschiedenen Rechts-

ordnungen auseinander setzen. Ein kohärenter rechtlicher Rahmen für grenzüberschreitende Geschäfte ist wichtige Voraussetzung für das reibungslose und effiziente Funktionieren des Binnenmarkts. Der Aktionsplan der Kommission für „ein kohärenteres europäisches Vertragsrecht“ von 2003 setzt hier an. Er will in einem ersten Schritt ein Muster für europäische Gesetzgebung im Vertragsrecht schaffen („gemeinsamer Referenzrahmen“), in einem zweiten Schritt zielt er auf die Erarbeitung eines einheitlichen europäischen Vertragsrechts, das Unternehmen bei grenzüberschreitenden Vertragsbeziehungen zu Grunde legen können. Die Bundesregierung begrüßt diese Initiative mit Nachdruck und wird die weiteren Arbeiten unterstützen und aktiv begleiten. Auch Rat und Europäisches Parlament werden dazu aufgerufen, den zu erarbeitenden Referenzrahmen bei künftiger Gesetzgebung zu beachten. Die Bundesregierung wird für die langfristige Perspektive eines optionalen europäischen Vertragsrechts werben.

Unternehmensbesteuerung: Einheitliche Bemessungsgrundlage

In der Europäischen Union gibt es trotz des Gemeinsamen Binnenmarktes 25 verschiedene Steuersysteme. Dies führt notwendigerweise zu steuerbedingten Ineffizienzen und Hindernissen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen und behindert deren Wettbewerbsfähigkeit. Um einen wettbewerbsfähigen und attraktiven Standort Europa zu fördern, ist es deshalb wichtig, dass ein steuerlich weitestgehend unbeeinflusster Binnenmarkt in der EU erreicht wird. Als zukunftsweisender Impuls sollte der Angleichungsprozess im Bereich der Unternehmensbesteuerung aktiv betrieben werden.

Ein erster wichtiger Schritt dahin ist die Einführung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung. Auf ihrer Tagung am 10. und 11. September 2004 haben die EU-Finanzminister deshalb der Kommission das Mandat erteilt, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe

mit den Mitgliedstaaten die notwendigen Regeln für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage zu erarbeiten. Die Mitgliedstaaten der EU sollten diese Arbeitsgruppe intensiv unterstützen und aktiv in ihr mitarbeiten. Gemeinsames Ziel sollte es sein, den Entwurf einer Regelung für eine einheitliche Bemessungsgrundlage Anfang 2006 vorzulegen.



2.2 Die zentrale Rolle von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz

Innovation, Forschung und Technologie als Keimzellen des Wachstums

Innovation und Technologie sind die Grundlagen unseres Wohlstandes. Sie sind notwendig, um unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu erhalten und weiter auszubauen. Eine Sicherung und Steigerung unseres Wohlstandes wird insbesondere dann zustande kommen, wenn es uns gelingt, auch das Verbrauchervertrauen und damit die Binnennachfrage und das Wachstum zu stärken. Ein gestiegenes Verbrauchervertrauen wird sich auch positiv auf die Innovationen auswirken, welche die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren ein breites Spektrum nationaler Maßnahmen ergriffen. Die Initiative „Partner für Innovation“ nimmt dabei eine Schlüsselstellung ein. Diese gemeinsame Initiative von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften bildet einen integralen Bestandteil der Agenda 2010.

Diese Anstrengungen müssen auch europapolitisch flankiert werden. Das 7. Forschungsrahmenprogramm muss dabei klar auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen

Wissenschaft und Industrie ausgerichtet werden. Bei Förderentscheidungen soll die Exzellenz der Vorhaben entscheidendes Kriterium sein. Die thematischen Schwerpunkte müssen auf zukunftsorientierte Forschungsfelder mit hohem Innovationspotenzial fokussiert sein. Die Bürokratie muss weiter abgebaut werden und dadurch die Effizienz der europäischen Forschungsförderung weiter gesteigert werden. Schließlich müssen die Finanzmittel für das Rahmenprogramm im Rahmen der geforderten Beschränkung des EU-Budgets auf 1 % des Bruttonationaleinkommens durch Umschichtung nachhaltig erhöht werden.

Darüber hinaus sieht die Bundesregierung in folgenden Bereichen weitere Chancen für europäische Innovationsimpulse:

- Die Grundlagenforschung spielt eine zentrale Rolle als Ideengeber für spätere Innovationen. Wir sollten hier in der EU einen neuen Weg gehen. Dieser muss gekennzeichnet sein durch die Vergabe der Mittel im europaweiten Wettbewerb, die Exzellenz der Forschungsvorhaben als alleiniges Auswahlkriterium sowie schnelle und flexible, forschungsfreundliche Entscheidungsabläufe in weitgehender Eigenverantwortung der Wissenschaft.
- Das Beihilferecht muss forschungs- und innovationsfreundlich ausgerichtet werden. Es sollte Raum bieten für eine angemessene und flexible staatliche Forschungsförderung. Gleichzeitig sollte es öffentlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen erlauben, weiterhin eine zentrale Rolle im Forschungsprozess zu spielen.
- Projekte im Rahmen der Europäischen Wachstumsinitiative sollten schwerpunktmäßig in wachstumsträchtigen Schlüsseltechnologien bzw. in forschungs- und entwicklungsnahen Bereichen verfolgt werden.

Wettbewerbsfähigkeit für unsere industrielle Basis

Die Industrie ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und dient als wichtiger Technologiegeber

auch für andere Wirtschaftsbereiche. Gerade die besonders dynamisch wachsenden wissensbasierten und hochwertigen Dienstleistungen hängen weiterhin stark von der Nachfrage der Industrie ab. Um die Wertschöpfungskette in Deutschland und Europa zu erhalten und weiter auszubauen und gleichzeitig mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, muss deshalb unsere gemeinsame industrielle Wettbewerbsfähigkeit weiter gestärkt werden. Auf EU-Ebene sind hier drei konkrete Schritte vorrangig, um die industrielle Produktion von kostenintensiven Regulierungen zu entlasten.

- Bevor neue Maßnahmen ergriffen werden, müssen zwei Fragen gestellt werden: 1. Ist eine gemeinschaftliche Regelung in dem fraglichen Bereich überhaupt erforderlich? 2. Müssen alle Bestandteile gemeinschaftlich vorgegeben werden? Diese „doppelte Subsidiaritätsprüfung“ würde dazu beitragen, dass Unternehmen und Beschäftigte nur mit solchen Vorgaben zu rechnen hätten, die unabweisbar erforderlich sind.
- Wenn neue Maßnahmen erforderlich sind, muss eine umfassende Gesetzesfolgenabschätzung (GfA) durchgeführt werden. Dabei sind neue Verordnungen und Richtlinien auf ihre ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen zu untersuchen. Dazu bedarf es einer ausgewogenen und transparenten Durchführung von Gesetzesfolgenabschätzungen. Dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit kommt besondere Bedeutung zu.
- Schließlich muss auch der bestehende Regelungsrahmen auf unnötige und übertriebene Belastungen der Unternehmen hin überprüft werden. Dabei geht es zum einen um Rechtsvereinfachung, d. h. wie gegebene Ziele mit möglichst geringem bürokratischen Aufwand erreicht werden können. Zum anderen geht es auch um eine Neuausrichtung unserer Politikziele selbst. Ausgangspunkt sollten die Sektoruntersuchungen der Kommission sein, mit denen die kumulativen Belastungen einzelner Branchen und Widersprüche zwischen einzelnen Regulierungen aufgezeigt werden sollen. Zur Textilindustrie hat die Kommission bereits

eine Analyse vorgelegt und zum Automobilbau sowie Maschinenbau entsprechende Untersuchungen angekündigt. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse ist ein Aktionsplan aufzustellen, der einen konkreten Zeitplan zum Durchforsten des bestehenden EU-Regelwerkes vorgibt.

Bei diesen Aufgaben fällt dem Rat für Wettbewerbsfähigkeit eine Schlüsselrolle zu. Er hat auf eine konsistente, die Wettbewerbsfähigkeit fördernde Politik hinzuwirken.

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang die Initiative ergriffen und gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien vorgeschlagen, in der neuen Kommission einen Vizepräsidenten für Wirtschaftsreform zu berufen. Die Bundesregierung begrüßt sehr, dass der designierte Kommissionspräsident Barroso diesen Gedanken aufgegriffen hat. Vizepräsident Verheugen soll die Kommissar-Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit leiten und innerhalb der Kommission bei der Koordinierung der Lissabon-Strategie eine zentrale Rolle spielen.

Umweltschutz als Motor für Wachstum und Beschäftigung

Umweltschutz ist eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und kann bei richtiger Wahl der Instrumente und der Anpassungszeiträume Wachstum und Beschäftigung stärken. Umweltschutz kann darüber hinaus dazu beitragen, mittel- und langfristige Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft zu vermeiden und knappe Ressourcen effizient zu nutzen. Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, ist weiterhin entschlossenes Handeln im Umweltbereich notwendig. Vor dem Hintergrund des gegenwärtig verhaltenen Wachstums sind die Synergieeffekte zwischen Umweltschutz, Wachstum und Beschäftigung von besonderer Bedeutung.

Im Bereich der Umwelttechnologien wird der Beitrag, den Umweltschutz zu Wachstum und

Beschäftigung leisten kann, besonders deutlich. Die Bundesregierung misst daher dem von der Kommission erbetenen Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans Umwelttechnologie besondere Bedeutung bei. Vordringlich sind für uns gegenwärtig insbesondere:

- ein anspruchsvoller Grenzwert für Partikelemission von Diesel-Pkw als Beitrag zu mehr Gesundheitsschutz und Innovation;
- konkrete Schritte für eine Reform bei Subventionen, die erhebliche Umweltschäden verursachen und mit einer nachhaltigen Entwicklung unvereinbar sind, mit dem Ziel ihrer allmählichen Abschaffung unter Berücksichtigung der energiepolitischen Ziele der Bundesregierung;
- eine konsistente Konzeption für den Einsatz alternativer Kraftstoffe mit vielversprechenden Potenzialen und von innovativen Antriebstechnologien;
- eine vorfristige Überarbeitung des Umweltbeihilferahmens;
- die Berücksichtigung des Potenzials von Gebäuden für Energieeffizienz und Beschäftigung bei der Förderung von Umwelttechnologien durch die EIB.

Die Bedrohung des Weltklimas ist eine globale Herausforderung mit gravierenden langfristigen Folgen. Konsequenter Klimaschutz kann neben den ökologischen Effekten durch effiziente Nutzung knapper Ressourcen, die Vermeidung von Kosten und die Stimulierung ökoeffizienter Innovationen zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen. Die Klimaschutzpolitik kann ihrerseits auch von den Erträgen eines verstärkten Wachstums profitieren.

Synergieeffekte lassen sich insbesondere durch Verbesserung der Energieeffizienz und im Bereich der erneuerbaren Energien realisieren. Energieeffizienz und erneuerbare Energien leisten einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz und können Wachstum und Beschäftigung erhöhen. Der geringere Energieverbrauch führt zu Kosteneinsparungen bei Unternehmen und Privat-

haushalten. Besondere Potenziale für die Energieeffizienz bietet die Sanierung von Gebäudehüllen und Haustechnik. Die Sanierungsarbeiten führen zu Wachstum und Beschäftigung insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die Bundesregierung befürwortet daher Vorgaben für die Steigerung der Energieeffizienz auf der Bedarfsseite und eine Perspektive für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen für den Zeitraum nach 2010.

3 Lissabon schneller zum Erfolg führen

Die Stoßrichtung der Lissabon-Strategie ist klar. Auch die jetzt erforderliche Refokussierung auf die Ziele Wachstum und Beschäftigung sollte im Kern unter den Mitgliedstaaten unstrittig sein. Jetzt ist es von entscheidender Bedeutung, die Umsetzung der Lissabon-Strategie entschlossen anzugehen. Im Kern kommt es auf zwei Dinge an: Eine sinnvolle Messung und Bewertung des Erfolgs sowie eine überzeugende Einbindung aller strategisch wichtigen Akteure.



3.1 Erfolg richtig messen und sinnvoll bewerten

Eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie ist eine sachgerechte Bewertung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Reform-Agenda. Die vergleichende Analyse der Mitgliedstaaten und der daraus resultierende Druck auf die beteiligten Akteure („Peer Pressure“) hat sich hierbei als reformfördernder Ansatz auf europäischer Ebene grundsätzlich bewährt. Dieser muss jedoch so angewandt werden, dass die im Rahmen der

Lissabon-Strategie intendierten längerfristigen Reformprozesse gefördert und beschleunigt werden, ohne das Subsidiaritätsprinzip zu verletzen.

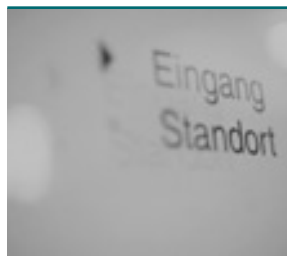
Die Messung und Bewertung des Reformersfolgs sollte sich auf Grundlage existierender Berichte und Berichtspflichten vollziehen. Die gegenwärtige Berichtssystematik (insbesondere Frühjahrsbericht, nationale Umsetzungsberichte sowie die Implementierungsberichte zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den Beschäftigungsleitlinien) bieten ausreichend Raum für angemessene und differenzierte Darstellung des Reformersfolgs. Weitere Berichte sind darüber hinaus nicht erforderlich.

Bei der Bewertung von Reformersfolgen ist insbesondere zu beachten, dass strukturelle Reformen ihre volle Wirkung oft erst nach einigen Jahren entfalten (und sich entsprechend in statistischen Indikatoren wie z. B. den sog. Strukturindikatoren niederschlagen). Die Bundesregierung setzt sich daher mit Nachdruck für eine Mischung aus quantitativen und qualitativen Elementen bei der Bewertung der Lissabon-Fortschritte einzelner Mitgliedstaaten ein. Qualitative Bewertung heißt vor allem eine Analyse der durchgeführten Reformmaßnahmen im Hinblick auf die inhaltlichen Ziele der Lissabon-Agenda. Insbesondere schlägt sie vor, dass die Auswertung der Strukturindikatoren vor dem Hintergrund einschlägiger Berichte zum Reformgeschehen in den Mitgliedstaaten erfolgt (z. B. dem Umsetzungsbericht der Kommission zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik) und auch nur in einem solchen Kontext dargestellt wird. Des Weiteren gilt es, die Qualität der Strukturindikatoren mit dem Ziel fortzuentwickeln, sowohl Reformfortschritte als auch Ergebnisse besser als bisher abzubilden.

3.2 Strategische Akteure besser einbinden

Peer Pressure und der damit verbundene Diskussionsprozess in den einzelnen Mitgliedstaaten werden es erleichtern, alle relevanten strategischen

Akteure in den Reformprozess besser einzubinden. Nationale Parlamente, Europäisches Parlament sowie Sozialpartner, Zivilgesellschaft und auch unsere Bürger im Allgemeinen müssen die Lissabon-Strategie als eines der zentralen gesellschaftlichen Reformprojekte in Europa erkennen und sich zu Eigen machen („ownership“). Die Bundesregierung will die Transparenz dieses Reformprozesses deutlich verbessern. Sie wird deshalb ihre Position zur Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie breitflächig kommunizieren und in angemessener Form mit allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen diskutieren.



Teil ihrer Kommunikationsstrategie wird auch der verstärkte Verweis auf „Erfolgsgeschichten“ sowie die Darstellung der unmittelbaren Auswirkungen der Lissabon-Strategie auf die Bürger sein. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass sich die Bürger ihre Reformpolitik nur dann zu Eigen machen werden, wenn der Begriff Reform für sie positiv mit Inhalt gefüllt ist.

Die Bundesregierung ist weiter überzeugt, dass diese Vorgehensweise den Implementationsprozess der Lissabon-Strategie beschleunigen und damit auch die Glaubwürdigkeit der Strategie deutlich erhöhen wird. Sie erwartet von diesen Maßnahmen eine Bereicherung und Stärkung des Lissabon-Reformprozesses insgesamt und wird in Zukunft ihre jeweilige Position im Lichte dieses Konsultationsprozesses festlegen. Vor diesem Hintergrund ruft die Bundesregierung Kommission, Europäisches Parlament sowie die anderen europäischen Institutionen auf, einen vergleichbaren Diskussionsprozess auf europäischer Ebene zu fördern.

Regionale wirtschaftliche Integration im Zeichen der Globalisierung

1	Hintergrund	69
2	Motive und Voraussetzungen regionaler wirtschaftlicher Kooperation	70
3	Die Bedeutung von Institutionen für den Prozess der regionalen Integration	71
4	Regionale Integration in Ostasien im Vergleich zu Europa: marktbestimmte versus politisch-institutionelle Integration	72
5	Die Beziehung zwischen Multilateralismus und Regionalismus	76
6	Schlussfolgerungen – Die Rolle der G 20	77

Im Rahmen der deutschen G 20-Präsidenschaft veranstaltete die Europäische Zentralbank gemeinsam mit der People's Bank of China vom 22. bis 23. September 2004 in Peking einen Workshop zum Thema „Regional Economic Integration in a Global Framework“. Dabei wurden im ersten Teil die Bedingungen und die treibenden Faktoren regionaler Integration beleuchtet. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen in den G 20-Staaten, insbesondere in Asien und Europa, wurde im zweiten Teil die Beziehung zwischen regionaler und globaler Integration diskutiert, die in Literatur und Politik oft mit der Frage „stepping stones or stumbling blocks“ verbunden wird. Die G 20 als globales Dialogforum aus Industrie- und Schwellenländern, die alle mindestens einem Regionalabkommen angehören, will einen Beitrag zum besseren Verständnis der Beziehung zwischen fortschreitender Globalisierung und regionaler wirtschaftlicher Integrationsabkommen leisten. Dieser Artikel nimmt daher Teile der Diskussion auf und beleuchtet die aktuellen Entwicklungen der regionalen wirtschaftlichen Integration aus der

Perspektive globaler Kooperationsformen wie der G 20.

1 Hintergrund

In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts haben sich neue und vielfältige Formen regionaler Integration und Kooperation unter der Bezeichnung „New Regionalism“ herausgebildet. Sie beruhen auf einer stärker marktorientierten Wirtschaftspolitik und einer größeren Öffnung der Volkswirtschaften für internationalen Handel und Investitionen. Dabei ist die Orientierung an multilateralen Vereinbarungen von großer Bedeutung. Das multilaterale Regelwerk der WTO sieht z. B. vor, dass durch die Meistbegünstigungsklausel eine Diskriminierung von Drittländern verhindert wird. Regionale Integrationsabkommen (RIA) müssen grundsätzlich mit dieser Regel vereinbar sein. Nur in Ausnahmefällen darf von dem Prinzip der Gleichbehandlung abgewichen werden.¹ Außerdem ist in neueren RIA – sog. Nord-Süd-Integrationsinitiativen – das Prinzip der Gegenseitigkeit von Handelsvereinbarungen (reciprocity) weniger stark ausgeprägt als in traditionellen Nord-Nord-Initiativen. Wirtschaftlich aufholenden Ländern werden einseitig Handelserleichterungen gewährt, ohne dass sie ihrerseits ihre Märkte für Waren aus den fortgeschrittenen Ländern im gleichen Umfang öffnen müssen. Im Gegenzug werden nicht-wirtschaftliche Bereiche wie die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, Bildung und Kultur etc., die aus Sicht der fortgeschrittenen Länder einen besonderen Stellenwert besitzen, in die Integrationsabkommen einbezogen.

Die neueren Ansätze zur regionalen wirtschaftlichen Kooperation zeichnen sich schließlich durch größere Flexibilität aus, d. h. ohne Festlegung einer bestimmten Abfolge von Integrationsstufen. Regionale Initiativen in Asien (ASEAN+ 3-Zusammenarbeit, Asian-Bond-Fund-Initiative oder die Chiang-Mai-Initiative) konzentrieren sich jeweils auf

¹ Siehe www.wto.org: Basic Principles of WTO/GATT.

bestimmte Integrationsbereiche wie auf die Errichtung von Freihandelszonen zur Förderung von Handel und Dienstleistungen sowie auf die Stärkung der Finanzmarkt- und Währungs Kooperation, die zum Aufbau stabiler Finanzmärkte beitragen sollen. Sie beruhen aber nicht auf einem politisch-institutionellen Integrationsprozess, der die Integration der Märkte Schritt für Schritt in einer vorab festgelegten Reihenfolge vorantreibt. Diese regionalen Bündnisse sind daher nicht mit dem langfristig gewachsenen Integrationsmodell Europas zu vergleichen.



Insgesamt lassen sich drei aktuelle Trends bei RIA festhalten:

- RIA zielen im Kern auf die Stärkung des internationalen Handels und der Marktkräfte und weniger auf staatliche Steuerung als in der Vergangenheit. Viele von ihnen sehen auch Regeln für die Beseitigung von Handelshemmnissen gegenüber Drittländern vor, um den Effekt der Handelsumlenkung abzumildern.
- RIA gehen über Zölle und Quoten hinaus. Die Beseitigung nicht-tarifärer Hemmnisse und die Einbeziehung anderer Bereiche wie Investitions- bzw. Rechtsschutz, Standards für Regulierungen und Faktormobilität sowie Infrastrukturfragen haben für eine vertiefte regionale Integration eine größere Bedeutung erlangt. Prominentes Beispiel ist das Projekt des Gemeinsamen Binnenmarktes der EU.
- Das Phänomen von RIA zwischen eher ungleichen Partnern im Entwicklungsstand, des Pro-Kopf-Einkommens etc. wird zunehmend konkreter (z. B. EU-Erweiterung, NAFTA), d. h., RIA

werden nicht nur als Kooperations-, sondern auch als Entwicklungsinstrument vor dem Hintergrund eines sich intensivierenden globalen Wettbewerbs angesehen.

2 Motive und Voraussetzungen regionaler wirtschaftlicher Kooperation

Im Zuge der zunehmenden Globalisierung haben sich die Formen regionaler Kooperation und die wirtschaftliche Integration von Regionen weltweit intensiviert.² Den Angaben der Weltbank zufolge wird heute mehr als ein Drittel des Welthandels innerhalb RIA abgewickelt. Sie alle verfolgen das Ziel, Hemmnisse zwischen den Partnerländern abzubauen und durch steigenden Handel und Kostensenkungen Wachstums- und Entwicklungspotenziale auszuschöpfen. Dabei stellt der dauerhaft gesicherte Zugang zu größeren Märkten mit hoher Kaufkraft und Absorptionskapazität ein wesentliches Motiv für den Beitritt zu einem RIA dar. Allerdings setzt dies gleichzeitig voraus, dass große Länder nicht nur Verantwortung und zusätzliche Kosten zu übernehmen bereit sind, sondern ihrerseits Nutzen (ggf. auch nicht wirtschaftlicher Art) aus dem RIA erwarten können.

Handel kann auf zwei Wegen vorteilhaft sein. Im klassischen Sinne durch komparative Kostenvorteile, die durch unterschiedliche Faktorausstattungen und Produktivitäten bei der Herstellung von Gütern zu Wettbewerbsvorteilen für einen der Partner führen. Handel kann aber auch durch Produktdifferenzierung und zunehmende Skalenerträge, d. h. durch Produktionswachstum aufgrund langfristig sinkender Kosten, befördert werden. Wenn jedoch der kostengünstigere Handel mit Drittstaaten aufgrund von Zöllen und Schranken für diese Länder nun teurer geworden ist, entsteht ein gegenläufiger Effekt. Der Handel wird nicht ausgeweitet, sondern lediglich umgelenkt. Der begünstigte intraregionale Handel

² Seit 1995 – der Gründung der Welthandelsorganisation – hat sich die Anzahl der Integrationsabkommen auf etwa 250 verdoppelt.

verdrängt den ursprünglich effizienteren Handel mit Drittländern. Wohlfahrtsverluste in Form sinkenden Wettbewerbs, geringerer Produktion sowie höherer Konsumentenpreise können daher die Wohlfahrtsgewinne durch RIA teilweise wieder neutralisieren.

Die Motive für RIA beschränken sich jedoch nicht auf Handelsaspekte, sie gehen oft darüber hinaus. Die Einbindung in ein etabliertes und erfolgreiches RIA kann die Glaubwürdigkeit der nationalen Politik verbessern, indem sich Regierungen im Rahmen eines RIA gegenüber den inländischen und ausländischen Investoren zu einer guten Politik verpflichten. Das Bündeln von gemeinsamen Interessen und die Stärkung der Verhandlungsmacht gegenüber anderen Gruppen oder in internationalen Foren werden ebenso als Motive für RIA genannt. Auch lassen sich möglicherweise neue Initiativen einer vertieften Integration auf regionaler Ebene schneller umsetzen als auf der multilateralen, da die Komplexität des Verhandlungsprozesses geringer ist. Nicht zuletzt kann die Entscheidung für ein RIA schlicht dadurch beeinflusst werden, dass man anderen Ländern möglichst schnell folgen und nicht ausgeschlossen sein möchte.

3 Die Bedeutung von Institutionen für den Prozess der regionalen Integration

Der Begriff Institutionen umfasst die Gesamtheit von impliziten und expliziten Normen, Regeln sowie formellen und informellen Verfahren und Organisationen, die die Interessen, Erwartungen sowie das Verhalten von Menschen beeinflussen bzw. zusammenbringen.

Der Prozess der regionalen wirtschaftlichen Integration verläuft ebenso wenig wie die Globalisierung entlang einer stetigen Entwicklungslinie. Er ist vielmehr durch Schübe, Stillstand oder gar Rückschläge gekennzeichnet. Eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg

und die Weiterentwicklung von RIA. So sind die weitere Liberalisierung des intraregionalen Handels in den MERCOSUR-Staaten insbesondere durch starke Wechselkursverzerrungen erheblich erschwert und die Vertiefung der regionalen Integration blockiert worden.

Die Entwicklung einer Freihandelszone zu einer Zollunion bedeutet eine erhebliche Vertiefung der Integration, insbesondere weil für die Verhandlungen über den einheitlichen Außenzoll und die Koordinierung der gemeinsamen Außenhandelspolitik der Aufbau von Institutionen notwendig wird. Ein einheitlicher Außenzoll vermeidet die komplizierte und oft protektionistisch wirkende Einführung von Herkunftsregeln (rules of origin), die in reinen Freihandelszonen von nationalen Regierungen eingeführt werden, um dem negativen Anreiz unterschiedlicher Zollstrukturen in den Mitgliedsländern zu begegnen. Sie sollen verhindern, dass Güter über das Land mit dem geringsten Zoll eingeführt und anschließend zollfrei in andere Mitgliedsländer exportiert werden. Rules of origin stellen also sicher, dass nur innerhalb der Freihandelszone hergestellte Güter zollbefreit sind.

Durch den Übergang in eine Zollunion ändert sich das Umfeld für die weitere Integration der Region, da nun eine wichtige Dimension, nämlich die der institutionellen Integration, hinzugekommen ist. Von einer Vertiefung regionaler Integration sollte daher erst gesprochen werden, wenn über die bloße Liberalisierung durch Freihandelsabkommen hinaus ein ganzes Bündel von Maßnahmen einschließlich institutioneller Aspekte in den Integrationsprozess einbezogen wird. Je ambitionierter das Ziel der Integrationsvertiefung (z. B. Wirtschaftsunion mit supranationalen Institutionen der Legislative, Exekutive und Judikative), umso mehr wird es erforderlich, Fragen der wirtschaftlichen Integration mit der politisch-institutionellen Integration zu verbinden. Der europäische Integrationsprozess liefert hierfür mit der Agrar-, Wettbewerbs- und nicht zuletzt der Währungspolitik ein anschauliches Beispiel.

Ohne Zweifel hängen Fort- und Rückschritte im Integrationsprozess ungeachtet des politischen Willens der beteiligten Regierungen aber auch von weltwirtschaftlichen Tendenzen und unerwarteten Ereignissen ab. Umgekehrt lässt sich fragen, welchen Einfluss eine sich intensivierende Verflechtung regionaler Wirtschaftsräume auf die Globalisierung und die internationale Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Foren hat. Damit verbunden ist zugleich die Frage nach der politisch-institutionellen Gestaltung dieses Prozesses.

Der Trend zur vertieften regionalen Integration hat oft zu einem Zeitpunkt eingesetzt, als sich die Märkte ihrerseits zunehmend integrierten, regional wie global. Wenn sich grenzüberschreitender Handel und Investitionen intensivieren, steigt der Druck auf die Politik, durch regionale Kooperation den Abbau von Schranken und durch regionale Institutionen die Harmonisierung wirtschaftlicher Regulierung zu forcieren. Nationale Regierungen können ihrerseits eigene Interessen beim Aufbau von Institutionen verfolgen, um unerwünschte Nebeneffekte der wirtschaftlichen Integration aufzufangen. Institutionen dienen dann der Kompensation zwischen Gewinnern und Verlierern des Integrationsprozesses und erleichtern die notwendigen Verhandlungen hierüber.

Erfolgreiche Institutionen sind solche, die Informationen bereitstellen, bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen effektiv überwachen und die Akzeptanz für die Vertiefung regionaler Integration und Kooperation auf eine breitere Basis stellen. Damit sich die wirtschaftliche und institutionelle Integration auf regionaler Ebene gegenseitig verstärken, ist die Unterstützung durch die Politik auf der nationalen Ebene von entscheidender Bedeutung. Dort liegt die Kompetenz, Souveränitätsrechte an die regionale Ebene abzugeben und damit Spielraum für neue Integrationsimpulse zu schaffen. Wenngleich ab einer bestimmten Integrationstiefe regionale Institutionen unabdingbar werden und die wirtschaftliche

Integration einer Region verstärken können, ist das übergeordnete Ziel einer politischen Integration hierfür allerdings keine notwendige Voraussetzung.

Andererseits lässt die zunehmende Integration der Märkte gemessen an Handels- und Kapitalströmen und der Konvergenz der Preise und Zinssätze, nicht den Schluss zu, dass sich die regionale Kooperation automatisch und ohne institutionelle Begleitung auf andere Bereiche als die Handelspolitik wie z. B. die monetäre Integration ausweitet.

Eine eindeutige Aussage darüber, welcher Prozess Ursache und welcher Wirkung ist, lässt sich allein anhand der Entwicklung des Handels nicht treffen. Während die Institutionen der EU und die Politik der nationalen Regierungen die Integration der Märkte durchaus vorangetrieben haben dürften, trifft dies für Asien eher weniger zu. Dort sind andere Faktoren für die vertiefte wirtschaftliche Integration der Region, die gleichwohl zunächst durch den Handel bestimmt und beschleunigt worden ist, vorherrschend. Die Vertiefung regionaler wirtschaftlicher Integration durch den Aufbau regionaler Institutionen ist nicht allein auf den Wunsch nach Liberalisierung des regionalen Handels in Asien zurückzuführen.

4 Regionale Integration in Ostasien im Vergleich zu Europa: marktbestimmte versus politisch-institutionelle Integration

Ausgehend von einer ähnlichen Motivation entwickelte sich die regionale Integration in Europa und Asien sehr unterschiedlich. In Europa sind es die nationalen Regierungen und der Aufbau regionaler Institutionen gewesen, die den wirtschaftlichen Integrationsprozess getrieben und befördert haben. Nach dem 2. Weltkrieg stand in Europa das Projekt des friedlichen und sicheren Zusammenlebens der europäischen Völker im Mittelpunkt. Die politisch motivierte wirtschaftliche Integration in Europa, beginnend mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 und später

mit dem Abschluss der Römischen Verträge von 1957 bzw. Verträge über die EU von 1994 und 1998, wurde als Mittel zur Stützung der politischen Kooperation und Erreichung übergeordneter politischer Ziele gesehen.

In Asien hingegen hat sich bis heute kein vergleichbares Geflecht an regionalen oder supranationalen Institutionen herausgebildet, wenngleich mit der Gründung der Association of South East Asian Nations (ASEAN) 1967 auch politische Gründe Ausgangspunkt der Integration waren.³ Die Gründungserklärung von Bangkok formuliert als Zweck der ASEAN, Wirtschaftswachstum, sozialen Fortschritt und kulturelle Entwicklung in der Region zu beschleunigen. Die Pläne der

ASEAN-Staaten zur regionalen Förderung gemeinsamer Märkte, der Nutzung von Größenvorteilen und Spezialisierung für Unternehmen konnten oft nicht effektiv umgesetzt werden. Der „virtuous circle“ von politischer und wirtschaftlicher Integration in Europa ist in Südostasien nicht eingetreten, weil die Schaffung institutioneller Voraussetzungen für Entscheidungen auf regionaler Ebene keine Priorität gewesen ist.

Institutionen in Asien haben insgesamt nicht die Bedeutung wie in Europa erreicht. Trotz ähnlicher Ziele (Zollabbau für Mitgliedstaaten) überwiegen häufig nationale Interessen und die Ausrichtung der politischen Beziehungen zu den USA und Europa. Allerdings waren die Märkte,

³ Mitglieder der ASEAN sind: Brunei Darussalam, Kambodscha, Indonesien, Lao PDR, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.

**Tabelle 1: Anteil der Zwischenprodukte am gewerblichen Handel in %
– Exporte –**

Region/Land	Anteil Zwischen-/Halbfertigprodukte			Export-Wachstum (Jahresdurchschnitt) 1992 – 2000	Beitrag der Zwischenprodukte zum Export-Wachstum
	1992	1996	2000		
Ostasien ¹	21,3	28,0	32,0	3,8	43,5
Entwick. Ostasien	19,7	26,7	32,8	5,1	41,9
ASEAN	26,4	35,0	44,4	5,6	55,0
Japan	22,9	30,2	30,6	1,8	50,4
Indonesien	4,0	7,4	14,2	4,4	22,7
Malaysia	40,4	42,6	49,7	6,2	54,3
Philippinen	23,9	52,5	64,0	9,0	74,3
Singapur	28,2	39,7	49,6	4,9	64,5
Thailand	21,2	23,4	35,9	4,8	46,7
Vietnam	2,0	5,2	8,7	21	8,9
VR China	6,7	9,8	14,5	6,7	17,9
Hongkong (VR China)	21,5	26,7	25,8	– 3,2	16,3
Südkorea	17,8	25,2	30,6	4,5	41,0
Taiwan (VR China)	20,1	28,8	37,8	5,8	47,4
NAFTA	26,2	27,2	28,1	4,1	30,0
USA	26,9	30,5	31,6	3,3	37,5
EU	15,5	17,7	18,9	3,9	22,2
Gesamte Welt	20,7	21,7	25,4	4,2	29,5

¹ Ostasien umfasst Japan und die Entwicklungsländer VR China, Südkorea, Taiwan, Hongkong und ASEAN (ausschließlich Brunei Darussalam, Kambodscha, Laos sowie Myanmar (Burma)).
Quelle: UN Comtrade Database, 2003, Seiten 30 – 31

**Tabelle 2: Anteil der Zwischenprodukte am gewerblichen Handel in %
– Importe –**

Region/Land	Anteil Zwischen-/Halbfertigprodukte			Import-Wachstum (Jahresdurchschnitt)	Beitrag der Zwischenprodukte zum Import-Wachstum
	1992	1996	2000	1992-2000	
Ostasien ¹	22,8	27,9	35,4	4,4	45,9
Entwick. Ostasien	24,8	30,2	38,4	4,5	49,3
ASEAN	30,4	39,3	48,6	3,6	68,2
Japan	15,4	19,3	24,2	4,1	32,1
Indonesien	20,5	23,8	19,4	– 0,1	63,6
Malaysia	37,9	47,5	58,8	4,2	77,5
Philippinen	32,6	43,6	55,1	6,9	64,4
Singapur	32,0	42,8	51,7	3,9	70,7
Thailand	26,6	32,9	38,8	2,6	62,0
Vietnam	4,2	11,1	19,1	10,1	22,1
VR China	19,5	21,1	33,5	5,4	42,0
Hongkong (VR China)	15,1	20,4	28,2	5,2	36,7
Südkorea	26,7	27,4	38,9	3,6	52,1
Taiwan (VR China)	29,6	35,0	37,3	5,1	42,5
NAFTA	20,4	23,6	22,8	4,8	24,6
USA	18,2	21,7	19,4	4,7	20,3
EU	16,0	18,9	20,3	2,4	28,0
Gesamte Welt	21,7	21,4	24,5	5,9	26,0

¹ Ostasien umfasst Japan und die Entwicklungsländer VR China, Südkorea, Taiwan, Hongkong und ASEAN (ausschließlich Brunei Darussalam, Kambodscha, Laos sowie Myanmar (Burma)).
Quelle: UN Comtrade Database, 2003, Seiten 30 – 31

besonders multinationale Unternehmen und ihre grenzüberschreitenden Produktionsnetzwerke, die treibende Kraft der zunehmenden wirtschaftlichen Integration in Asien. Intra-industrieller Handel und Direktinvestitionen sind eng mit solchen Netzwerken verknüpft und die bestimmen die wirtschaftlichen Faktoren für die Entwicklung der Region.

Die hohen und dauerhaften Wachstumsraten der asiatischen Ex- und Importe können zu einem großen Teil auf den Anstieg investitions- und wertschöpfungsintensiver Industrieprodukte (v. a. elektronische Produkte wie Computer, Fernseher etc.) in Asien zurückgeführt werden. Nach Berechnungen der Weltbank aus dem Jahre 2003 ist dort der Anteil gewerblicher Produkte an den Gesamt-

exporten (ohne Indien) von etwa 50 % in 1980 auf nahezu 90 % in 2001 gestiegen. Tabellen 1 und 2 (für den Zeitraum 1992–2000) lassen darüber hinaus die Bedeutung des gestiegenen intraregionalen Handels für die industrielle Entwicklung in Asien erkennen: Danach hat der Handel mit gewerblichen Zwischenprodukten und deren Weiterverarbeitung in den ASEAN-Staaten mit 55 bzw. 68 % deutlich mehr zum Export- und Importwachstum beigetragen als in anderen Regionen der Welt.

Der rasante Anstieg bei den ausländischen Direktinvestitionen (FDI), vor allem aus Europa und den USA, hat dieser Entwicklung zusätzlichen Schub verliehen. Während nach Angaben der UNCTAD im Zeitraum 1991–96 noch 55 Mrd. US-Dollar

im Jahresdurchschnitt in die Region flossen, waren es im Jahr 2000 bereits 144 Mrd. US-Dollar und im Jahr 2002 immerhin noch 93 Mrd. US-Dollar. Ein erheblicher Teil dieser FDI entfällt hierbei auf China (allein in 2002 53 Mrd. US-Dollar). Parallel dazu konnte der Anteil der intraregionalen FDI in Südostasien (ASEAN) auf insgesamt 40 % in 2001 gesteigert werden und liegt damit nicht sehr weit entfernt von dem Anteil der FDI innerhalb der EU (49 % in 2001).⁴

An den Veränderungen in den wirtschaftlichen Strukturen der asiatischen Volkswirtschaften waren folglich die Niederlassung internationaler Unternehmen bzw. ausländische Direktinvestitionen mit sich herausbildenden grenzüberschreitenden Produktionsnetzwerken maßgeblich beteiligt. Die Produktionsprozesse konnten somit leichter in Einzelprozesse zerlegt und auf verschiedene regionale Standorte verteilt werden. Unterstützt wurde dieser Prozess durch eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, kombiniert mit starken wettbewerbsorientierten mikroökonomischen Reformen in der gesamten Region.

Die allmählich einsetzenden Erhöhungen des realen Pro-Kopf-Einkommens und anhaltend gute Investitionsaussichten haben schließlich auf breiter Basis zu dem starken Nachfrageanstieg in der Region geführt und dem intraregionalen Handel in den letzten Jahren weiteren Auftrieb verschafft.

Hinzu kommen zwei weitere Aspekte, die für die regionale wirtschaftliche Integration in Asien hervorzuheben sind: Durch die herausragende Stellung Chinas hinsichtlich Marktgröße, Arbeitskräftepotenzial und Produktionskosten hat sich der regionale Wettbewerb im Bereich von Handel und Direktinvestitionen verschärft. Dies stellt vor allem die kleineren südostasiatischen Länder, aber auch Japan und Korea vor die langfristige Herausforderung, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Demgegenüber profitieren insbesondere die kleineren südostasiatischen Länder von dem stärkeren Engagement Chinas in Form steigender chinesischer Importe und Direktinvestitionen in der Region.

Die Integration in Asien ist also sehr stark durch marktwirtschaftliche Verflechtungen und weniger durch die Politik forciert worden als in Europa, wo bereits zu einem frühen Zeitpunkt ein Teil nationaler Souveränität im Rahmen von Integrationsvereinbarungen zugunsten supranationaler Institutionen wie der EU-Kommission oder dem Europäischen Gerichtshof aufgegeben wurde. Im Gegensatz zu Asien wurde der wirtschaftliche Integrationsprozess in Europa durch die früh einsetzende institutionelle Integration und den starken politischen Willen der nationalen Regierungen für eine langfristige Integrationspolitik geprägt.

Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Regionen ist darin zu sehen, dass die europäische Integration durch Handel – vereinfacht ausgedrückt – wesentlich auf der horizontalen Ebene, d. h. mit einer Orientierung auf Endprodukte, verlaufen ist.⁵ Der intraregionale Handel spielt in der EU eine noch größere Rolle als in Asien. 2001 lag der Anteil der Exporte innerhalb der EU an den EU-Gesamtexporten bei etwa 61 %.

In Asien war die wirtschaftliche Integration dagegen zunächst stark vertikal ausgerichtet; es dominierten sog. intra-industrielle Verflechtungen mit einer Arbeitsteilung innerhalb der Wertschöpfungskette und einer Spezialisierung auf Zwischenprodukte. Eine besondere Stellung nehmen hierbei China und Japan ein. Durch ihre regionale Vormachtstellung und gleichzeitige Wettbewerbsfähigkeit an den internationalen Märkten sind beide Länder in der Lage, die in den südostasiatischen Ländern hergestellten

⁴ Sakakibara: Market-Driven Regional Integration in East Asia, Manuskript präsentiert auf dem G 20-Workshop in Peking, 2004, S. 19 ff.

⁵ Aufgrund der zunehmenden Tendenz zu grenzüberschreitenden Unternehmensfusionen (u. a. Chemie, Pharmazie, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen) sowie der EU-Erweiterung nimmt auch in Europa die vertikale Integration zu.

Zwischenprodukte zu importieren, zu Endprodukten weiterzuverarbeiten und schließlich auf dem Weltmarkt abzusetzen.⁶ Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan, China und Korea auf der einen Seite und den Ländern Südostasiens auf der anderen Seite sind ein Beleg dafür, dass sich regionale und globale Integration gegenseitig ergänzen und verstärken können.

Anstelle von regionalen Institutionen haben also private Produktionsnetzwerke die regionale wirtschaftliche Integration vorangetrieben. Die erfolgreiche Entwicklung von privaten Netzwerken und der Zugang zu großen, sich entwickelnden regionalen Märkten erfordern jedoch den weiteren Abbau von Hemmnissen im Handel und bei den ausländischen Direktinvestitionen. Das bedeutet, dass mit zunehmender Integration der Märkte die Kooperationsbereitschaft der Regierungen auch in Asien wichtiger geworden ist. Regionale Initiativen wie die Gründung einer Asiatischen Freihandelszone (AFTA) im Jahr 1992 sind daher ein erster Schritt in Richtung vertiefter regionaler Kooperation gewesen, konnten aber mit der Integration der Märkte in Asien nicht Schritt halten. Von einer Zollunion, d. h. einer Freihandelszone mit einem gemeinsamen Außenzoll, oder einem gemeinsamen Binnenmarkt mit umfassenden Freiheiten für Güter- und Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte ist Asien im Vergleich zur EU weit entfernt. Dass die ostasiatische Integration noch in den Kinderschuhen steckt, zeigt auch, dass nur in 16 von 160 regionalen Abkommen (bilateral, regional, interregional), die weltweit zwischen 1948 und 2003 abgeschlossen wurden, ostasiatische Länder einbezogen sind.⁷ Das gilt allerdings auch für andere Regionen wie NAFTA, MERCOSUR oder SADC im Vergleich zu Europa.⁸

Hingegen haben sich die Initiativen im Bereich der Währungs- und Finanzmarkt Kooperation seit

der Asienkrise sichtbar verstärkt. Während die realwirtschaftliche Integration in Asien von den Märkten ausgegangen ist, beruht die monetäre Integration weitaus stärker auf politisch-institutionellen Faktoren. Im Vordergrund steht dabei die gegenseitige Unterstützung im Bereich der Prävention von Finanzkrisen, die aufgrund von Ansteckungsgefahren eine Bedrohung der Finanzstabilität für die gesamte Region darstellen. Die Prävention erstreckt sich vor allem auf die bessere Überwachung der Risiken aus den finanziellen und monetären Verflechtungen durch eine engere Zusammenarbeit der Notenbanken und Aufsichtsinstitutionen sowie die Bereitschaft zum zeitnahen Informationsaustausch über die Lage an den Finanzmärkten. Die Ansätze zur regionalen Kooperation im Währungs- und Finanzmarktbereich in Asien machen grundsätzlich deutlich, dass regionale Integration nicht zwingend durch eine festgelegte Reihenfolge von Integrationschritten und in sich abgeschlossene Integrationsphasen gekennzeichnet sein muss. Produktionsnetzwerke internationaler Unternehmen und eine pragmatisch ausgerichtete Kooperation zwischen den nationalen Regierungen ermöglichen letztendlich eine tiefere regionale Integration in Asien bei gleichzeitiger Einbindung in die Weltmärkte.

5 Die Beziehung zwischen Multilateralismus und Regionalismus

Der internationale Handel ist eines der bedeutendsten Instrumente, Zugang zu Märkten für neue Anbieter zu schaffen, in neue Technologien und Produktionsformen zu investieren und damit neue Wachstumsperspektiven zu eröffnen. Damit auch die regionale Entwicklung durch internationalen Handel beflügelt wird, ist jedes RIA darauf hin zu beurteilen, ob es mit den Zielen des globalen Regelwerks für einen gleichberechtigten und von Hemmnissen befreiten Welthandel vereinbar ist.

⁶ Sakakibara: Market-Driven Regional Integration in East Asia, Manuskript präsentiert auf dem G 20-Gipfel in Peking, 2004, S. 43.

⁷ Sakakibara: Market-Driven Regional Integration in East Asia, Manuskript präsentiert auf dem G 20-Gipfel in Peking, 2004, S. 11.

⁸ NAFTA: North American Free Trade Area; MERCOSUR: Mercado Común del Sur; SADC: South African Development Community.

Multilaterale und regionale Vereinbarungen stellen komplementäre Instrumente für die politische Gestaltung wirtschaftlicher Integration dar. Worauf es in regionalen Vereinbarungen mit dem Ziel einer vertieften Integration ankommt, ist die gleichzeitige Öffnung des Marktzutritts für Drittstaaten durch sog. Nicht-Diskriminierungsregeln. Beispielsweise muss eine Zollabsenkung gegenüber einem Mitgliedstaat gleichzeitig allen anderen angeboten werden, damit die Wettbewerbsbedingungen nicht verzerrt werden. Die WTO-Regeln dienen hierbei sowohl als Basis für regionale Abkommen beim Zollabbau und Marktzugang als auch für weitergehende Absprachen auf regionaler Ebene, z. B. bei der Angleichung von technischen Standards oder geistigen Eigentumsrechten sowie von Regeln bei Dienstleistungen, Investitionen und Wettbewerb, um nur einige Bereiche zu nennen.

30.2	6.9
13.4	4.1
31.3	1.2
15.0	19.6
57.4	20.4
25.9	18.8
18.0	17.8

Insbesondere für kleine Länder kann es jedoch vorteilhaft sein, sich durch den Beitritt zu einem regionalen Abkommen Zugang zum regionalen Güter- und Kapitalmarkt zu verschaffen und sich zunächst nur dem regionalen Wettbewerb zu stellen. Dabei ist zu beachten, dass den potenziellen Handels- und Wachstumsgewinnen Einnahmeausfälle aus dem Zollabbau und zusätzlich entstehende Kosten aus dem Integrationsabkommen gegenüberzustellen sind. Um die Integrationsgewinne dauerhaft zu sichern und der Gefahr von Rückschritten im Integrationsprozess vorzubeugen, sollten regionale Bündnisse Maßnahmen zur Stärkung des institutionellen Umfelds einbeziehen.

Aus EU-Perspektive weisen Freihandelszonen ein höheres Erfolgspotenzial auf, wenn sie Teil

eines umfassenden Reformpaketes einschließlich des Aufbaus regionaler Institutionen sind und im Vergleich zu oft langwierigen multilateralen Verhandlungen in relativ kurzer Zeit positive Effekte auf regionaler Ebene spürbar werden. Die Effekte müssen nicht rein wirtschaftlicher Natur sein, es können sich ebenso stabilere und engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen den regionalen Partnern herausbilden. Positive Effekte ergeben sich zudem, wenn politische Reformen auf nationaler Ebene angestoßen werden, die den regionalen Integrationsprozess ihrerseits befördern. Erfolgreiche regionale Abkommen können die Ergebnisse multilateraler Verhandlungen günstig beeinflussen.

Intraregionale Hemmnisse und Konflikte dürften hingegen Erfolge auf der multilateralen Ebene erschweren, wie das Beispiel Liberalisierung des Agrarhandels innerhalb der Doha-Welt handelsrunde deutlich macht.

6 Schlussfolgerungen – Die Rolle der G 20

Aus Sicht globaler Kooperationsformen wie der G 20 lassen sich zusammenfassend einige Schlussfolgerungen aufstellen:

1. Regionale Integration ist keine Alternative zur Globalisierung, sondern ein wirtschaftspolitisch nützliches Instrument, die mit der Einbindung in die Weltwirtschaft verbundenen Anpassungen schrittweise und zunächst auf regionaler Ebene zu gestalten. Multilaterale und regionale Kooperation ergänzen und verstärken sich, wenn sie von einem starken politischen Willen, der die Vereinbarkeit von regionalen Abkommen mit dem multilateralen Regelwerk im Blick hat, getragen werden. Foren wie die G 20 können mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie diese Wechselbeziehung des Integrationsprozess auf regionaler und globaler Ebene berücksichtigen.

2. Regionale Integration kann ein wichtiger Schritt für die Ausdehnung nationaler Märkte, zur

schrittweisen Anhebung der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Produzenten und damit für höheres Wirtschaftswachstum insgesamt sein.

3. Handel ist traditionell der Ausgangspunkt für eine stärkere regionale Kooperation. Wenn aber das Ziel einer vertieften Integration der Region verfolgt wird (Freihandelszone, Zollunion, Binnenmarkt, Währungsunion, politische Union), sind institutionelle Vereinbarungen für die Kontinuität des Integrationsprozesses unabdingbar. Regionen, die eine vertiefte wirtschaftliche Integration fördern wollen, sollten ein flexibles und anpassungsfähiges institutionelles Rahmenwerk implementieren. Dauerhaft starke Institutionen können den erforderlichen Raum für vertiefte

Integrationsanstrengungen schaffen, die ihrerseits neue Wachstumsimpulse freisetzen.

4. Nicht zuletzt kommt es aber für eine erfolgreiche regionale Integration entscheidend auf die Fähigkeit und den Willen der großen Länder an, Verantwortung für eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Politik in der Region zu übernehmen. Dann können auch kleinere Länder an den wirtschaftlichen Vorteilen teilhaben und die unvermeidlichen Lasten gerecht verteilt werden. Die G 20-Mitglieder repräsentieren die großen Länder der Welt und tragen daher besondere Verantwortung, dass die durch sie vertretenen Regionen zu Polen für die Stabilität der Weltwirtschaft werden.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	82
2	Gewährleistungen	83
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	83
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	84
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	86
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	90
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	92
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	94
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	95
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	96
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	97
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	98
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	99
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	100
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	101

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004	102
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2004	102
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats September 2004	103
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats September 2004	104

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	106
2	Preisentwicklung	106
3	Außenwirtschaft	107
4	Einkommensverteilung	107
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	108
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	109
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	110
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	111
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	112
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	113
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF	114
12	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF	117

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 30. September 2004 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Oktober 2004 ² Mio. €
Anleihen	470 871	0	0	470 871
Bundessobligationen	158 315	5 000	0	163 315
Bundesschatzbriefe	10 567	278	277	10 568
Bundesschatzanweisungen	96 462	8 000	0	104 462
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 840	5 938	5 941	35 836
Finanzierungsschätze	1 091	68	73	1 086
Schuldscheindarlehen	38 664	303	1 136	37 831
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
Gesamte umlaufende Schuld	812 152			824 311

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. September 2004 Mio. €	Stand: 31. Oktober 2004 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	148 463	158 918
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	264 398	275 108
langfristig (mehr als 4 Jahre)	399 291	390 285
Gesamte umlaufende Schuld	812 152	824 311

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. September 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. September 2003 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,2	102,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,4	28,4
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	113,0	62,8	61,6

3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist	2004 Soll ¹	2005 Soll ²
1. Ausgaben	244,4	243,2	249,3	256,7	255,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 0,4	- 0,5
2. Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	186,6	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,7	2,2
3. Finanzierungsdefizit	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 43,8	- 22,3
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	149,7	130,0	175,3	192,3	229,6	217,3
5. Tilgungen (+)	125,9	107,2	143,4	153,7	186,1	195,3
6. Nettokreditaufnahme	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,7	- 43,5	- 22,0
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 23,9 9,8	- 22,9 9,4	- 32,7 13,1	- 39,2 15,3	- 43,8 17,1	- 22,3 8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	24,7	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2	- 7,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.

² Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 11. November 2004.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll ¹	2005 Soll ²
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 517	26 807	26 986	27 235	27 325	26 865
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 615	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 799	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 816	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 711	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 564	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	4 147	4 194
Laufender Sachaufwand	20 822	18 503	17 058	17 192	17 536	17 354
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 547	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	8 025	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 964	7 754
Zinsausgaben	39 149	37 627	37 063	36 875	36 791	38 875
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 791	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 791	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 746	38 830
an Ausland	3	3	3	3	4	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	126 846	132 359	143 514	149 304	151 950	150 225
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	15 007	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 820	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	199	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 987	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	136 943	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	16 122	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 528	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	91 593	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	773	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 921	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	215 296	224 622	230 606	233 603	233 318
Ausgaben der Kapitalrechnung³						
Sachinvestitionen	6 732	6 905	6 746	6 696	7 129	6 734
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 517	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	1 036	917
Grunderwerb	373	473	427	504	576	445
Vermögensübertragungen	19 506	17 085	14 550	16 197	13 636	12 940
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	13 259	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	6 235	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	6 156	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	78	69
Sondervermögen	–	–	–	2 543	–	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	7 024	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	5 040	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	1 984	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	377	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	377	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	–	–	–
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	167	173
Ausland	284	227	196	198	210	222

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll ¹	2005 Soll ²
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 835	3 859	3 369	3 203	4 251	3 466
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	3 685	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	63	46
Länder	195	166	154	106	63	46
Gemeinden	1	0	–	–	–	–
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	3 622	2 860
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	2 640	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	983	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	565	559
Inland	19	24	53	15	3	0
Ausland	611	651	587	523	562	559
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung³	31 072	27 850	24 664	26 097	25 016	23 140
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	–	–	– 3 019	– 2 158
Ausgaben zusammen	244 405	243 145	249 286	256 703	255 600	254 300
³ Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	24 639	22 745

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2004.

² Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 11. November 2004.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 932	43 739	24 292	13 555	–	5 892
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 731	8 374	467	615	–	7 292
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 833	5 311	451	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgebefähigung, Wiedergutmachung	128 047	127 142	180	347	–	126 615
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 534	29 403	26	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
3 Gesundheit und Sport	923	693	230	259	–	205
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	930	2	3	–	925
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 091	597	27	151	–	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 199	2 959	47	383	–	2 529
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	–	227	–	157
621 Kernenergie	157	157	–	–	–	157
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	–	227	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	–	5	–	1 905
64 Handel	102	102	–	63	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	–	3	–	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	–	224

¹ Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 11. November 2004.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 089	1 519	1 585	4 193	–	4 149
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	–	251
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	–	3 023
03 Verteidigung	281	106	–	386	–	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	–	292
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	–	17
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	–	221
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	107	3 251	–	3 357	–	3 356
13 Hochschulen	1	925	–	926	–	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	–	59
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	–	1 522
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	–	849
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgebefähigung, Wiedergutmachung	11	892	1	905	–	555
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	–	3
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	–	8
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	–	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	–	536
3 Gesundheit und Sport	152	78	–	229	–	229
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	–	29
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	–	29
32 Sport	–	29	–	29	–	29
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	–	48
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	–	123
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	816	48	864	–	864
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	–	343
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	–	5
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	–	516
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	486	2	495	–	495
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	–	446
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	–	49
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	739	1 500	2 240	–	2 240
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	–	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	–	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	–	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	–	694
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	–	1 501

¹ Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 11. November 2004.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	3 471	1 065	1 757	–	649
72 Straßen	6 933	917	–	801	–	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	–	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	–	351
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	9 487	5 719	–	19	–	5 700
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	–	19	–	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	–	4	–	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	–	15	–	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	–	–	–	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	–	–	–	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	39 694	554	264	38 875	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38.914	38 914	–	39	38 875	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 1 378	780	554	226	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	254 300	233 318	26 865	17 354	38 875	150 225

¹ Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 11. November 2004.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 303	1 747	1	7 051	–	7 051
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	–	6 016
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	–	617
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- verkehr	–	333	–	333	–	333
75 Luftfahrt	0	–	0	0	–	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	–	85
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	64	3 374	330	3 768	–	3 768
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	–	3 761
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	–	3 648
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	–	114
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	–	6
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	–	6
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	– 2 158	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	–	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	– 2 158	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 734	12 940	3 466	23 140	– 2 158	22 745

¹ Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 11. November 2004.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	623	629 ½
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546	569 ½
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 77	- 60
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255	257
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	215	235 ½
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 40 ½	- 22
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259	257 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	232	229 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 27	- 28
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151 ½	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	143 ½	147 ½
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 8	- 8
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	1
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	1
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 1	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	0	- ½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2	- 1
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	1 ½	3

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges IST; 2004, 2005: Schätzung ohne Entwurf Nachtragshaushalt.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1 ½
Gemeinden	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- ½	- ½
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12 ½	- 9 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 16	- 8 ½
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10 ½	- 11
Gemeinden	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 5	- 5 ½
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,0	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,1	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,9	23,0	21,5	20,9	20,8	20 ½	20 ½

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges IST; 2004, 2005: Schätzung ohne Entwurf Nachtragshaushalt.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Juni 2004.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	232,9	225,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	192,8	193,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 40,1	- 32,5
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	27,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesaussgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	26,0	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesaussgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	31,2	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesaussgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
Steuereinnahmen²	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	173,1	169,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Anteil an den Bundesaussgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

¹ Inkl. Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. und 11. November 2004.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand: Finanzplanungsrat November 2004; 2001-2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁵ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Ist-Ergebnisse						Soll ¹	Soll ¹
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 0,4	- 0,5
Einnahmen	Mrd.€	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 43,8	- 22,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 43,5	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	27,3	26,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	0,3	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,7	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,8	15,6
Zinsausgaben	Mrd.€	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,8	38,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 0,2	5,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	55,3	57,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	24,6	22,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2	- 7,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	9,6	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	34,9	33,4
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	186,6	190,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,7	2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	73,0	75,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,1	82,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,3
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 43,5	- 22,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	17,0	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,5	96,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	58,8	40,7
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394 ½	1 446
darunter: Bund	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801 ½	823 ½

¹ Inkl. Nachtragshaushalt 2004; Stand: Sitzung Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10. und 11. November 2004.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand: Finanzplanungsrat November 2004; 2001-2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁵ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998	23,1	42,4	22,1	40,2
1999	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,7	41,1	21,0	38,4
2003 ³	22,6	41,2	20,8	38,3
2004 ⁴	22	40 1/2	20 1/2	38
2005 ⁴	22	40	20 1/2	37

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2004.

⁴ Schätzung; Stand: Finanzplanungsrat Juni 2004.
Stand: August 2004.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003 ⁴	2004 ⁴	2005 ⁴
	in Mrd. €¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 203,9	1 253,2	1 325 ¹ / ₂	1 397 ¹ / ₂	1 452 ¹ / ₂
darunter:					
Bund	697,2	719,4	760,5	800 ¹ / ₂	822
Länder	357,7	384,8	415	442	470
Gemeinden ³	82,7	82,7	84	88 ¹ / ₂	93
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	59	21 ¹ / ₂
	in % der Gesamtschulden				
Bund	57,9	57,4	57 ¹ / ₂	57 ¹ / ₂	56 ¹ / ₂
Länder	29,7	30,7	31 ¹ / ₂	31 ¹ / ₂	32 ¹ / ₂
Gemeinden ³	6,9	6,6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4 ¹ / ₂	4	1 ¹ / ₂
	in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	58,0	59,5	62 ¹ / ₂	64	65
darunter					
Bund	33,6	34,1	35,7	37	37
Länder	17,2	18,3	19 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂	21
Gemeinden ³	4,0	3,9	4	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,8	2 ¹ / ₂	1
nachrichtlich					
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	59,4	60,9	64	66	66

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

Stand: August 2004.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,3	232,0	47,5	52,5
2004 ²	443,8	209,9	233,8	47,3	52,7
2005 ²	453,5	214,5	239,0	47,3	52,7
2006 ²	473,7	229,5	244,2	48,4	51,6
2007 ²	493,0	243,7	249,3	49,4	50,6
2008 ²	511,1	256,6	254,5	50,2	49,8

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:
Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (vom 01.07.1992 bis 31.12.1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997)

² Steuerschätzung vom 11. bis 13 Mai 2004
Stand: Mai 2004

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ²	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,5	- 3,9	- 3,6	- 2,8
Belgien ²	- 9,5	- 10,2	- 6,8	- 4,3	0,2	0,3	0,1	0,2	- 0,5	- 0,7
Dänemark ²	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	1,7	1,5	1,1	1,5
Griechenland ²	-	-	- 15,7	- 10,2	- 2,0	- 1,9	- 1,4	- 3,0	- 3,2	- 2,8
Spanien ²	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,4	0,0	0,3	0,4	0,6
Frankreich ²	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,6
Irland ²	-	- 10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	1,1	- 0,4	0,2	- 0,8	- 1,0
Italien ²	- 7,1	- 12,7	- 11,8	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 3,2	- 4,0
Luxemburg ²	-	-	4,8	2,1	6,3	6,3	2,7	- 0,1	- 2,0	- 2,3
Niederlande ²	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	0,0	- 1,9	- 3,2	- 3,5	- 3,3
Österreich ²	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,2	- 1,9	0,2	- 0,2	- 1,1	- 1,1	- 1,9
Portugal ²	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,8	- 3,4	- 3,8
Finnland ²	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,3	2,0	2,1
Schweden ²	-	-	-	- 6,9	5,1	2,8	0,0	0,7	0,2	0,7
Vereinigtes Königreich ²	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,5	0,7	- 1,6	- 3,2	- 2,8	- 2,6
Euro-Zone ²	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,6	- 2,3	- 2,7	- 2,7	- 2,6
EU-15 ²	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,0	- 2,0	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Estland	-	-	-	- 0,1	- 0,3	0,3	1,8	2,6	0,7	0,0
Lettland	-	-	7,6	- 2,3	- 2,7	- 1,6	- 2,7	- 1,8	- 2,2	- 2,0
Litauen	-	-	-	- 2,0	- 2,6	- 2,1	- 1,4	- 1,7	- 2,8	- 2,6
Malta	-	-	-	-	- 6,5	- 6,4	- 5,7	- 9,7	- 5,9	- 4,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,8	- 3,5	- 3,6	- 4,1	- 6,0	- 4,5
Slowakei	-	-	-	- 0,9	- 12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,6	- 4,1	- 3,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,0	- 2,7	- 1,9	- 1,8	- 1,7	- 1,8
Tschechien	-	-	-	- 12,3	- 4,5	- 6,4	- 6,4	- 12,9	- 5,9	- 5,1
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 4,4	- 9,3	- 5,9	- 4,9	- 4,3
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,4	- 4,6	- 6,3	- 4,6	- 4,1
Die 10 neuen Länder	-	-	-	-	- 3,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 5,0	- 4,2
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,1	- 2,1	- 2,7	- 2,7	- 2,5
USA ²	- 2,8	- 5,4	- 4,6	- 3,6	1,3	- 0,5	- 3,7	- 4,8	- 4,5	- 4,2
Japan ²	-	-	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,4	- 7,2

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Nach Neuberechnung durch Eurostat, das Statistikbüro der EU-Kommission, haben sich auch für weiter zurückliegende Jahre Veränderungen ergeben. Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004, März 2004.

Für die Jahre 2000 bis 2004: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004 (ohne UMTS-Erlöse).

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,8	64,2	65,6	66,1
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,1	105,8	100,5	97,4	94,3
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	50,1	47,8	47,2	45,0	42,3	40,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	106,9	104,7	103,0	102,8	101,7
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,2	57,5	54,6	50,8	48,0	45,1
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	58,6	63,0	64,6	65,6
Irland	69,8	101,7	94,2	68,4	38,4	36,1	32,3	32,0	32,4	32,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,6	108,0	106,2	106,0	106,0
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	5,5	5,7	4,9	4,5	3,8
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,8	56,8	58,6
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	67,0	67,1	66,6	65,0	65,5	65,3
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,6	58,1	59,4	60,7	62,0
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,9	42,6	45,3	44,5	44,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,4	52,6	51,9	51,8	50,5
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,5	39,9	40,1	40,6
Euro-Zone	34,0	51,6	57,8	73,5	70,4	69,4	69,2	70,4	70,9	70,9
EU-15	38,1	52,2	53,7	70,6	64,1	63,2	62,5	64,0	64,2	64,1
Estland	-	-	-	-	5,0	4,7	5,7	5,8	5,4	5,3
Lettland	-	-	-	-	13,9	16,2	15,5	15,6	16,0	16,1
Litauen	-	-	-	-	24,3	23,4	22,8	21,9	22,8	23,2
Malta	-	-	-	-	57,1	61,8	61,7	72,0	73,9	75,9
Polen	-	-	-	-	36,6	36,7	41,2	45,4	49,1	50,3
Slowakei	-	-	-	-	49,9	48,7	43,3	42,8	45,1	46,1
Slowenien	-	-	-	-	26,7	26,9	27,8	27,1	28,3	28,2
Tschechien	-	-	-	-	18,2	25,2	28,9	37,6	40,6	42,4
Ungarn	-	-	-	-	55,4	53,5	57,1	59,0	58,7	58,0
Zypern	-	-	-	-	61,7	64,4	67,1	72,2	74,6	76,9
Die 10 neuen Länder	-	-	-	-	36,4	38,5	39,4	42,2	44,4	45,2
EU-25	-	-	-	-	62,9	62,1	61,5	63,1	63,4	63,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	59,1	58,9	60,9	63,4	66,1	69,2
Japan	54,9	72,1	68,6	87,0	133,6	142,3	149,4	157,3	161,5	166,1

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft" Nr. 4/2004 (Herausgeber EU-Kommission), März 2004.

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004.

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,5	20,9
Deutschland ³	20,8	22,7	21,8	20,6	23,3	23,0	22,2	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,6	31,4	31,6
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	47,2	47,6	47,7
Finnland	28,9	29,1	33,0	35,0	32,7	35,2	33,8	33,7
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	28,9	28,6	27,7
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,7	25,5	23,5
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,1	27,0	25,6	23,7
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,9	28,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,3	17,6	17,6	17,0	–
Kanada	27,8	27,7	28,1	31,5	30,6	30,6	29,9	28,4
Luxemburg	19,1	29,1	33,3	29,7	31,1	30,2	29,6	30,5
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,1	25,3	25,4
Norwegen	28,9	33,5	34,1	30,6	31,5	30,3	34,4	33,4
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,5	30,6	29,3
Polen	–	–	–	–	27,6	24,3	23,5	24,2
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,5	24,5	24,8
Schweden	31,9	32,8	35,3	37,8	35,1	39,5	36,1	35,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,6	22,3	23,4
Slowakei	–	–	–	–	–	20,5	17,9	19,2
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6	23,0
Tschechien	–	–	–	–	23,7	21,9	21,3	21,9
Ungarn	–	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,3
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,0	31,0	29,8
USA	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,8	21,8	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2002, Paris 2003. Daten für Estland, Litauen, Lettland, Malta, Slowenien und Zypern lagen nicht vor.
Stand: November 2003.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,6	39,0	38,4
Deutschland ³	29,8	34,6	34,4	32,9	38,2	37,8	36,8	36,2
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,7	45,8	46,2
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	49,5	49,8	49,4
Finnland	31,8	36,1	39,9	44,6	45,1	47,3	46,1	45,9
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	45,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	32,4	37,5	36,9	34,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,8	31,2	29,9	28,0
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	41,9	42,0	41,1
Japan	20,0	25,1	27,1	30,0	27,6	27,5	27,3	–
Kanada	30,8	30,9	32,5	35,9	35,6	35,6	35,1	33,5
Luxemburg	26,8	40,8	45,1	40,8	42,3	40,4	40,7	42,3
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,1	39,5	39,3
Norwegen	34,4	42,5	43,1	41,5	41,1	39,0	43,3	43,1
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,3	45,4	44,1
Polen	–	–	–	–	39,6	34,4	33,6	34,3
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,3	33,5	34,0
Schweden	37,5	46,1	47,0	51,9	48,5	54,0	51,4	50,6
Schweiz	22,5	28,9	26,6	26,9	28,5	31,2	30,6	31,3
Slowakei	–	–	–	–	–	34,9	32,2	33,8
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2	35,6
Tschechien	–	–	–	–	40,1	38,9	38,4	39,2
Ungarn	–	–	–	–	42,4	39,0	39,0	37,7
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,2	37,3	35,9
USA	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,7	28,9	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2002, Paris 2003. Daten für Estland, Litauen, Lettland, Malta, Slowenien und Zypern lagen nicht vor.

Stand: November 2003.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	99,81	105,22
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	45,69	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	30,82	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,69
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	4,99
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,31
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	2,98
Ausgleichszahlungen					1,41	1,31
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	10,2	5,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	3,0	7,5
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	8,0	5,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	2,4
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	0,8
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,1
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	4,2
Ausgleichszahlungen						- 7,1
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	45,8	46,7
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	30,9	30,8
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,5	7,3
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	5,0	4,7
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,1	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,9	2,8
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	99,81	105,22
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,15	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,22	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	14,32	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	73,29	76,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	2,0	5,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	5,4	5,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	- 14,7	32,0
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 34,1	6,9
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	32,4	4,5
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,2	10,2
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,2	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	14,3	14,6
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	73,4	72,8

Bemerkungen:

2000 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

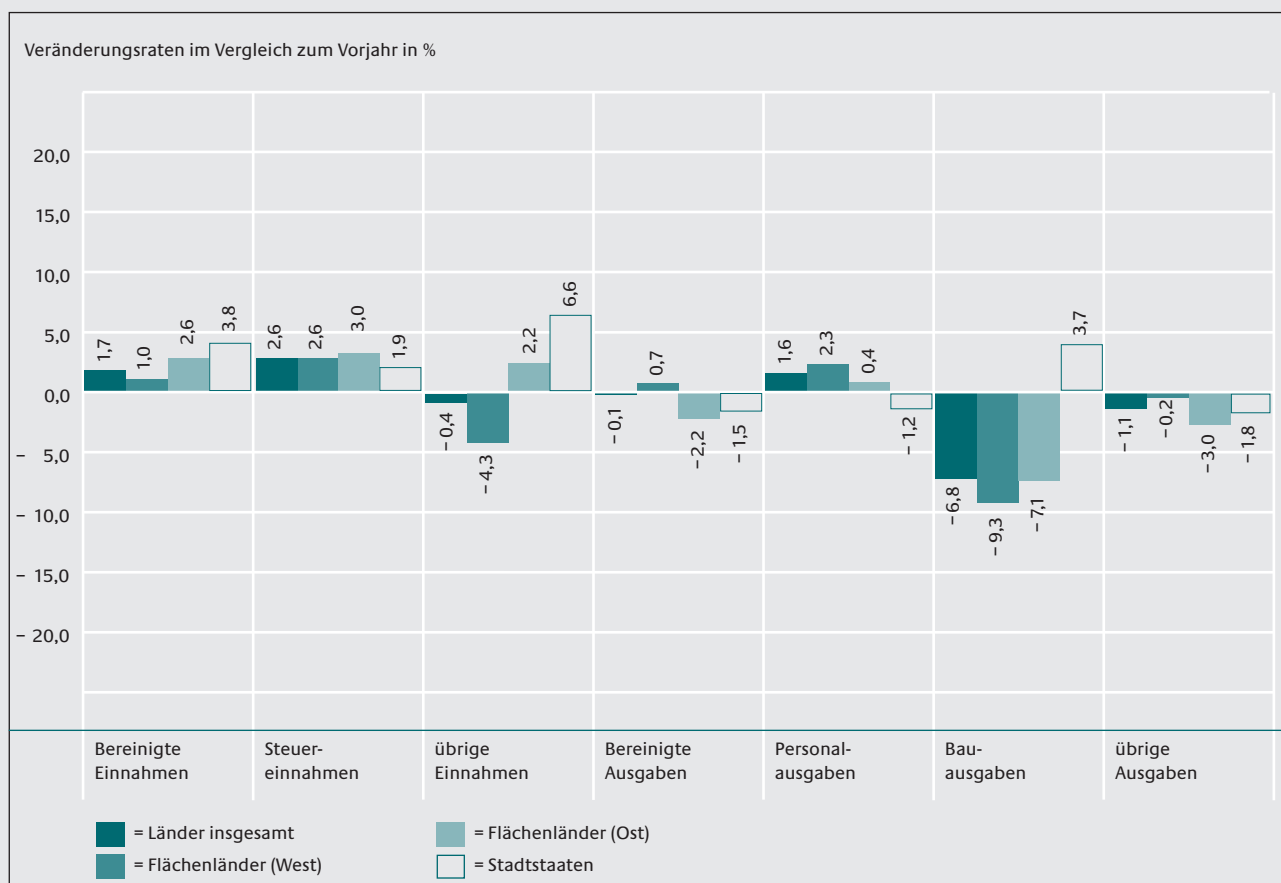
2005: Ratsentwurf vom 16.7.2004.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	159 819	114 523	48 473	34 816	29 016	21 411	231 687	166 789
darunter:								
Steuereinnahmen	124 495	89 996	23 482	17 171	17 015	12 617	164 992	119 784
übrige Einnahmen	35 324	24 527	24 991	17 645	12 001	8 794	66 695	47 005
Bereinigte Ausgaben	174 790	131 114	52 398	36 729	34 718	25 843	256 286	189 724
darunter:								
Personalausgaben	72 006	54 975	13 807	10 193	11 524	8 864	97 337	74 033
Bauausgaben	2 349	1 422	1 718	935	864	421	4 932	2 778
übrige Ausgaben	100 435	74 716	36 872	25 601	22 330	16 558	154 017	112 914
Finanzierungssaldo	- 14 965	- 16 590	- 3 925	- 1 913	- 5 687	- 4 432	- 24 577	- 22 935

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2004



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats September 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	September 2003			August 2004			September 2004		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ^{3,6}	Ins- gesamt	Bund	Länder ^{3,6}	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹	146 608	163 970	300 076	122 446	142 746	255 351	142 936	166 789	298 888
	für das laufende Haushaltsjahr									
111	darunter: Steuereinnahmen	129 175	116 794	245 969	111 955	104 013	215 968	126 902	119 784	246 686
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	158 122 ⁴	52 863	210 985	158 219 ⁴	51 682	209 901	172 792 ⁴	58 679	231 470
12	Bereinigte Ausgaben¹	200 626	189 998	380 121	178 995	165 084	334 237	196 639	189 724	375 526
	für das laufende Haushaltsjahr									
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	20 235	72 862	93 097	17 827	63 945	81 772	19 984	74 033	94 017
122	Bauausgaben	3 341	2 981	6 322	2 782	2 391	5 172	3 253	2 778	6 032
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-331	-331	-	-286	-286	-	-201	-201
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	142 084	35 354	177 438	113 117	33 688	146 805	140 414	37 883	178 297
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	-54 018	-26 027	-80 045	-56 549	-22 338	-78 887	-53 703	-22 935	-76 638
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	101	101	-	-	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	133	133	-	-	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-32	-32	-	-	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	18 537	17 500	36 038	45 408	16 199	61 607	32 698	18 986	51 684
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-520	-520	-	-499	-499	-	-531	-531
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-1 622	-1 622	-	-1 243	-1 243	-	-1 243	-1 243
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	17 681	8 398	26 078	11 141	5 386	16 526	17 181	6 643	23 824
32	Vorschüsse	-	10 893	10 893	-	10 031	10 031	-	10 598	10 598
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	5 876	5 876	-	3 777	3 777	-	3 863	3 863
34	Saldo (31-32+33)	17 681	3 381	21 062	11 141	-869	10 272	17 181	-92	17 089
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-17 800	-7 288	-25 088	0	-8 782	-8 782	-3 823	-5 815	-9 638
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	17 800	6 125	23 925	-	8 048	8 048	3 823	4 631	8 454
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	446	446	-	667	667	-	1 138	1 138
56	Zusammen	17 800	6 571	24 371	-	8 715	8 715	3 823	5 769	9 592
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-717	-717	0	-67	-67	0	-47	-47
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	-	1 460	1 460	-	390	390	-	390	390
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	846	846	-	879	879	-	921	921

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁵ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁶ Aufgrund technischer Probleme in Baden-Württemberg wurden im August 2004 Teile der Personalausgaben im Vorschussbuch gebucht (rd. 1 819,3 Mio. €). Ab September 2004 sind die Buchungen der Versorgungsbezüge im Vorschussbuch weitgehend aufgelöst. Wegen fehlender Buchungen in SAP R/3 HR wurden für Hessen Teile der Personalausgaben im August 2004 nicht ausgewiesen (ca.709,3 Mio. €).

Stand: Oktober 2004

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats September 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	21 193,6	23 990,0⁹	6 628,7	11 575,2	4 691,9	13 995,0	29 734,8	7 606,5	2 033,2
111	darunter: Steuereinnahmen	16 253,8	19 164,3	3 375,2	9 593,3	2 232,3	10 257,6	24 484,0	5 331,4	1 313,9
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	407,0	–	325,1	281,7	13,4	141,4	91,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4 099,0	2 205,7 ⁷	1 634,4	2 190,0	725,3	5 105,4	13 324,0	5 330,3	1 057,5
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	23 393,3	24 990,4⁹	6 635,5	13 556,0	4 858,1	16 107,5	36 478,6	9 028,5	2 306,6
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	10 186,0 ¹¹	11 233,5	1 735,2	5 166,2	1 341,6	6 492,2 ³	14 585,0 ³	3 811,6	981,5
122	Bauausgaben	222,5	504,6	177,8	259,4	134,2	126,3	109,5 ⁴	44,3	52,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 414,7	1 540,2	–	1 508,2	–	–	–69,8	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 961,5	1 094,0 ⁸	1 459,6	2 307,9	840,8	3 646,0	8 942,9	4 442,8	522,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 2 199,7	– 1 000,4⁹	– 6,8	– 1 980,7	– 166,2	– 2 112,5	– 6 743,8	– 1 422,0	– 273,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	2 148,0	1 010,1	272,8	– 113,4	– 115,6	1 081,7	4 380,2	792,6	534,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	– 274,5	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 801,6	– 125,7	0,3	– 163,3	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 622,9	1 677,0	– 85,7	756,6	119,7	257,5	1 461,4	1 094,9	67,0
32	Vorschüsse	1 546,8 ¹¹	2 736,7	3,6	– 3,6	0,1	1 108,7	338,3	542,9	10,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	183,1	1 851,6	–	168,2	50,3	565,6	189,4	2,8	7,4
34	Saldo (31–32+33)	259,2	791,9	– 89,3	928,4	169,9	– 285,6	1 312,4	554,8	63,9
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 67,0	0,0	51,0	– 1 165,5	– 275,2	– 1 316,4	– 1 051,2	– 74,6	324,7
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	418,4	350,0	240,0	337,0	1 070,0	75,0	– 324,7
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	715,0	–	423,0	–	–	–
56	Zusammen	–	–	418,4	1 065,0	240,0	760,0	1 070,0	75,0	– 324,7
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁵	– 67,0	0,0	469,4	– 100,5	– 35,2	– 556,4	18,8	0,4	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ¹⁰	–	–	–	–	–	389,4	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	565,6	185,8	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Oktober-Bezüge. ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. ⁵ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁶ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €.

⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 23 914,2 Mio. €, die Ausgaben 24 805,9 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 891,7 Mio. €. ¹⁰ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ¹¹ Für Baden-Württemberg sind die Buchungen der Versorgungsbezüge im Vorschussbuch ab September 2004 weitgehend aufgelöst.

Stand: Oktober 2004

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats September 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder zusammen ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	11 156,8	6 451,4	5 028,4	5 887,4	12 966,3	2 536,9	6 584,5	166 789,4
111	darunter: Steuereinnahmen	5 378,1	3 206,5	3 597,9	2 979,0	5 863,7	1 359,8	5 393,4	119 784,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	741,3	408,8	106,0	408,7	2 074,4	272,4	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 283,3	3 903,0	2 738,6	1 848,3	10 781,8	987,2	1 464,7	58 678,5
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	11 030,8	7 327,5	5 886,2	6 876,8	15 229,3	3 045,9	8 244,4	189 724,2
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 162,9	2 136,5	2 518,8	1 817,1	5 327,4	953,1	2 583,9	74 032,5 ¹¹
122	Bausubstanz	371,3	97,4	103,0	153,9	71,8	84,6	264,8	2 778,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	676,5	–201,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 164,2	1 800,6	2 013,5	888,9	6 125,2	672,8	0,0	37 882,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	126,0	– 876,1	– 857,8	– 989,4	– 2 263,0	– 509,0	– 1 659,9	– 22 934,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	114,7	2 095,0	745,6	959,4	3 275,3	336,1	1 469,4	18 986,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	– 256,8	–	–	–	– 531,3
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 152,6	–	–	–	– 1 242,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	460,4	166,1	–	– 144,2	– 1 163,2	204,0	148,3	6 642,7
32	Vorschüsse	1 112,6	1 488,1	–	41,3	–	– 36,7	1 708,8	10 598,1 ¹¹
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	294,2	103,8	–	3,3	153,0	57,3	233,3	3 863,3
34	Saldo (31–32+33)	– 358,0	– 1 218,2	–	– 182,2	– 1 010,2	298,0	– 1 327,2	– 92,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 117,3	0,7	– 112,2	– 621,6	2,1	125,0	– 1 517,7	– 5 815,2
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	611,4	18,3	– 70,9	1 906,0	4 630,5
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	1 138,0
56	Zusammen	–	–	–	611,4	18,3	– 70,9	1 906,0	5 768,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁵	– 117,3	0,7	– 112,2	– 10,2	20,4	54,1	388,3	– 46,7
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ¹⁰	–	–	–	0,9	–	–	–	390,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	153,0	– 77,3	94,0	921,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Oktober-Bezüge. ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. ⁵ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁶ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 23 914,2 Mio. €, die Ausgaben 24 805,9 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 891,7 Mio. €. ¹⁰ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ¹¹ Für Baden-Württemberg sind die Buchungen der Versorgungsbezüge im Vorschussbuch ab September 2004 weitgehend aufgelöst.

Stand: Oktober 2004

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	50,8	2,1	5,2	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4
1996	37,3	- 0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8
1997	37,2	- 0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6
2000	38,8	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,3	20,3
2002	38,7	- 0,6	51,0	3,4	8,2	0,1	0,7	1,5	18,6
2003 ⁵	38,3	- 1,0	51,0	3,8	9,1	- 0,1	0,9	0,7	17,8
1998/1993	37,4	0,1	49,8	3,4	8,2	1,6	1,5	2,1	22,2
2003/1998	38,4	0,4	50,7	3,4	8,1	1,1	0,8	1,4	20,2

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3}	Lohnstück- kosten ⁴
1991
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	- 4,1	1,1	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,6	2,0	1,3
2002	1,6	1,5	1,9	0,9	1,1	1,4	0,8
2003 ⁵	1,0	1,1	1,6	0,7	1,1	1,1	0,7
1998/1993	3,1	1,5	0,3	1,4	1,8	1,7	0,4
2003/1998	2,0	0,8	- 0,1	0,9	1,1	1,3	0,8

¹ Preisbasis 1995.

² Preisbasis 2000.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	16,9	18,8	8,02	- 6,43	33,8	33,4	0,4	- 0,3
2001	6,6	1,8	41,23	8,58	35,2	33,2	2,0	0,4
2002	4,2	- 3,3	94,81	50,29	36,1	31,6	4,5	2,4
2003 ²	1,0	1,5	92,18	52,43	36,1	31,8	4,3	2,5
1998/1993	8,3	7,3	15,6	- 10,5	25,5	24,7	0,8	- 0,6
2003/1998	6,5	5,0	46,9	13,9	33,3	31,1	2,3	0,6

¹ In jeweiligen Preisen.

² Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,5	1,6
2000	2,8	0,0	3,9	72,8	73,7	1,6	0,8
2001	1,9	1,7	2,0	72,9	73,8	1,9	1,7
2002	0,9	1,2	0,8	72,8	73,8	1,5	0,0
2003 ⁴	1,1	3,5	0,2	72,1	73,4	1,1	- 0,5
1998/1993	2,8	5,3	1,9	73,0	73,8	1,6	- 1,6
2003/1998	1,7	1,3	1,9	72,3	73,4	1,5	0,7

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,1	- 0,1	1,9	1,5	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	0,7	0,9	1,3	2,5	2,5	2,6
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,5	2,3	2,4	2,0
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,3	3,6	4,5	3,8	3,3	3,3
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,4	2,8	2,2	2,5	2,6	2,6	2,7
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,4	2,2	2,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,2	4,8	5,0
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,3	1,8	1,8
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	1,5	2,5	2,9	4,0	3,5	3,6
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,4	0,6	- 0,9	1,4	1,7	2,4
Österreich	2,4	4,6	1,9	3,4	0,7	1,2	0,8	1,9	2,4	2,4
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,6	0,4	- 1,2	1,3	2,2	2,4
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,1	1,1	2,3	1,9	3,0	3,1	2,7
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	0,9	2,1	1,6	3,7	3,1	2,9
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,3	2,8	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,6	2,1	2,0	2,2
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	2,2	2,3
Estland	-	-	4,5	7,8	6,4	7,2	5,1	5,9	6,0	6,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	8,0	6,4	7,5	7,5	6,7	6,7
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,4	6,8	9,7	7,1	6,4	5,9
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,2	1,8	0,2	1,0	1,5	1,8
Polen	-	-	7,0	4,0	1,0	1,4	3,8	5,8	4,9	4,5
Slowakei	-	-	5,8	2,0	3,8	4,6	4,0	4,9	4,5	5,2
Slowenien	-	-	4,1	3,9	2,7	3,3	2,5	4,0	3,6	3,8
Tschechien	-	-	5,9	3,9	2,6	1,5	3,1	3,8	3,8	4,0
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,5	3,0	3,9	3,7	3,8
Zypern	-	-	6,5	5,0	4,0	2,0	2,0	3,5	3,9	4,2
EU-25	-	-	2,5	3,6	1,8	1,1	1,0	2,5	2,3	2,4
Japan	5,1	5,2	1,9	2,8	0,4	- 0,3	2,4	4,2	2,1	2,3
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,8	1,9	3,1	4,4	3,0	2,9

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2004 (Herausgeber EU-Kommission).

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2004.

- = keine Angaben

Stand: Oktober 2004

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	1,8	2,7	1,9	1,4	1,9	1,3	1,0	1,7	1,3	1,1
Belgien	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,5	2,0	1,9	1,8
Dänemark	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,0	1,1	1,9	1,6
Griechenland	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	2,9	2,9
Spanien	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,5
Frankreich	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	1,8
Irland	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,4	2,4
Italien	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,3	2,0
Luxemburg	4,3	3,6	2,0	3,8	2,4	2,1	2,5	3,0	2,3	1,6
Niederlande	1,4	2,1	1,4	2,3	5,1	3,9	2,2	1,2	1,3	1,4
Österreich	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,3	2,1	1,8	1,4
Portugal	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,3	2,4	2,4	2,3
Finnland	5,7	6,0	0,8	3,0	2,7	2,0	1,3	0,2	1,5	1,7
Schweden	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,3	1,1	1,5	1,9
Vereinigtes Königreich	5,2	7,5	3,4	0,8	1,2	1,3	1,4	1,4	1,9	2,0
Euro-Zone	5,6	4,4	3,0	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,7
EU-15	5,5	5,1	3,0	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,9	1,8
Estland	-	-	27,1	3,9	5,6	3,6	1,4	3,4	3,5	2,8
Lettland	-	-	-	2,6	2,5	2,0	2,9	6,8	4,7	3,5
Litauen	-	-	-	0,9	1,3	0,4	-1,1	1,2	2,9	2,8
Malta	-	-	-	3,0	2,5	2,6	1,9	3,7	3,1	2,6
Polen	-	-	27,2	10,1	5,3	1,9	0,7	3,5	3,3	3,0
Slowakei	-	-	9,2	12,2	7,2	3,5	8,5	7,7	3,9	3,0
Slowenien	-	-	21,7	8,9	8,6	7,5	5,7	3,9	3,4	3,0
Tschechien	-	-	9,2	3,9	4,5	1,4	-0,1	2,8	3,1	2,9
Ungarn	-	-	27,7	10,0	9,1	5,2	4,7	6,9	4,6	4,2
Zypern	-	-	2,3	4,9	2,0	2,8	4,0	2,4	2,4	2,1
EU-25	-	-	-	2,4	2,5	2,1	1,9	2,2	2,1	1,9
Japan	1,8	2,8	-0,3	-0,7	-0,6	-0,9	-0,3	-0,2	0,2	0,3
USA	3,3	4,6	2,1	3,4	2,8	1,6	2,3	2,6	2,8	2,3

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2004 (Herausgeber EU-Kommission).

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2004.

- = keine Angaben

Stand: Oktober 2004

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,8	7,8	8,7	9,6	9,7	10,0	9,6
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,0	8,2	8,1	7,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,8	5,3	4,9
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	10,0	9,3	8,5	9,0	9,0
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	11,1	10,8	10,6
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,4	8,9	9,4	9,6	9,5	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	4,4	4,4	4,3
Italien	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	8,6	8,3	8,1	8,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,3	4,6	4,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	4,6	5,0	4,4
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,2	3,9	3,4
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,0	5,0	6,3	6,3	6,2	6,1
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,6	8,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,8	5,0
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,0	4,9	4,9	4,9
Euro-Zone	9,3	8,4	10,6	8,4	8,0	8,4	8,9	8,9	8,9	8,6
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,8	7,4	7,7	8,1	8,1	8,1	7,9
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	9,5	10,1	9,7	9,4	9,1
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,5	9,9	9,7	9,4
Litauen	–	–	12,7	16,4	16,4	13,5	12,7	11,4	10,6	9,9
Malta	–	5,1	5,6	7,0	6,7	7,5	8,2	8,6	8,5	8,4
Polen	–	–	13,4	16,4	18,5	19,8	19,2	19,0	18,7	18,1
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,5	18,4	17,9	17,2
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,3	6,1	5,8
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,2	8,0
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,8	5,9	6,0
Zypern	–	–	3,4	5,2	4,4	3,9	4,4	4,2	4,0	3,7
EU-25	–	–	10,6	8,7	8,5	8,9	9,1	9,1	9,1	8,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,8	4,7	4,6
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,5	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004, April 2004 (Herausgeber: EU-Kommission).

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2004.

– = keine Angaben

Stand: Oktober 2004

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	5,4	7,9	8,0	6,6	13,8	12,0	9,9	8,7	7,0	6,4	8,3	6,2
darunter												
Russische Föderation	4,7	7,3	7,3	6,6	15,8	13,7	10,3	8,9	8,9	8,3	9,9	7,8
Ukraine	5,3	9,4	12,5	6,0	0,8	5,2	8,3	8,1	7,5	5,8	10,2	4,1
Asien	6,4	7,2	7,3	6,5	1,9	2,5	4,3	3,9	3,8	4,4	3,6	3,3
darunter												
China	8,3	9,1	9,0	7,5	- 0,8	1,2	4,0	3,0	2,8	3,2	2,4	2,8
Indien	5,0	7,2	6,4	6,7	4,3	3,8	4,7	5,0	1,0	1,1	0,5	0,0
Indonesien	3,7	4,1	4,8	5,0	11,8	6,8	6,5	6,5	4,5	3,5	2,9	1,9
Korea	7,0	3,1	4,6	4,0	2,8	3,5	3,8	3,8	1,0	2,0	3,1	3,3
Thailand	5,4	6,8	6,2	6,4	0,6	1,8	2,7	1,8	5,5	5,6	3,8	2,0
Türkei ²	7,9	5,8	7,0	5,0	45,0	25,3	11,4	10,8	- 0,8	- 2,9	- 4,0	- 3,5
Lateinamerika	- 0,1	1,8	4,6	3,6	9,0	10,6	6,5	6,1	- 1,0	0,3	0,5	- 0,3
darunter												
Argentinien	- 10,9	8,8	7,0	4,0	25,9	13,4	4,8	7,1	9,0	6,2	1,1	- 1,4
Brasilien	1,9	- 0,2	4,0	3,5	8,4	14,8	6,6	5,9	- 1,7	0,8	1,2	0,4
Chile	2,2	3,3	4,9	4,7	2,5	2,8	1,1	2,9	- 1,3	- 0,8	0,5	- 1,9
Mexiko	0,8	1,3	4,0	3,2	5,0	4,5	4,4	4,0	- 2,2	- 1,5	- 1,2	- 1,5
Venezuela	- 8,9	- 7,6	12,1	3,5	22,4	31,1	23,7	31,3	7,9	11,3	13,5	12,1

¹ Prognosen des IWF.

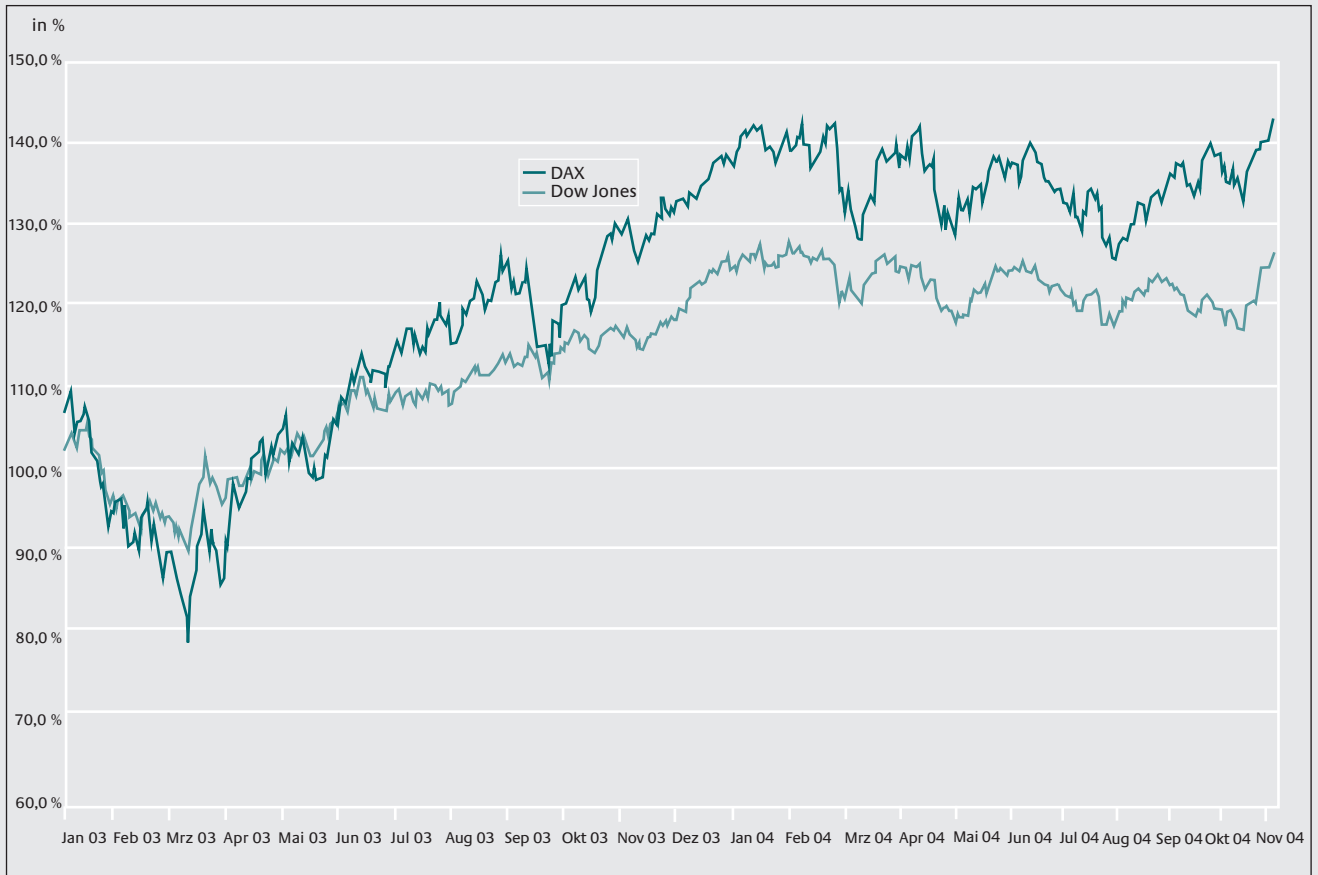
² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Stand: September 2004

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2003 = 100 %

(2. Januar 2003 bis 12. November 2004)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices

	Stand 12.11.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2002/2003	Hoch 2000
Dow Jones	10 539,01	10 410	1,24	7 197	11 750
Eurostoxx 50	2 793,08	2 687	3,93	1 904	5 220
Dax	4 143,35	4 019	3,11	2 189	8 136
CAC 40	3 835,11	3 597	6,63	2 401	6 945
Nikkei	11 019,98	10 825	1,80	7 604	20 434

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.11.2004	Anfang 2004	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	4,20	4,37	–	3,57	5,43
Bund	3,78	4,33	– 0,42	3,79	5,26
Japan	1,49	1,40	– 2,71	0,63	1,67
Brasilien	8,45	8,22	4,26	8,46	30,78

Währungen

	Aktuell 15.11.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004 ¹	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,30	1,26	3,00	0,86	1,26
Yen/Dollar	105,48	107,03	– 1,45	107,31	134,37
Yen/Euro	136,69	134,68	1,49	112,12	140,57
Pfund/Euro	0,70	0,70	– 0,28	0,61	0,72

¹ Abweichungen durch Rundung möglich.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF

G 7-Länder/Eurozone/EU-15/EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Deutschland												
EU	-0,1	1,9	1,5	1,7	1,0	1,7	1,3	1,1	9,6	9,7	10,0	9,6
OECD ²	-0,1	1,7	2,1		1,0	1,1	0,6		8,7	8,8	8,5	
IWF	-0,1	2,0	1,8		1,0	1,8	1,3		9,6	9,7	9,5	
USA												
EU	3,1	4,4	3,0	2,9	2,3	2,6	2,8	2,3	6,0	5,5	5,5	5,4
OECD ²	3,1	4,3	3,7		1,8	1,9	1,4		6,0	5,5	5,2	
IWF	3,0	4,3	3,5		2,3	3,0	3,0		6,0	5,5	5,4	
Japan												
EU	2,4	4,2	2,1	2,3	-0,3	-0,2	0,2	0,3	5,3	4,8	4,7	4,6
OECD ²	2,7	4,4	2,8		-1,4	-1,2	-0,7		5,3	5,0	4,6	
IWF	2,5	4,4	2,3		-0,2	-0,2	-0,1		5,3	4,7	4,5	
Frankreich												
EU	0,5	2,4	2,2	2,2	2,2	2,3	2,0	1,8	9,4	9,6	9,5	9,3
OECD ²	0,5	2,7	2,6		1,8	1,5	1,3		9,7	9,9	9,6	
IWF	0,5	2,6	2,3		2,2	2,4	2,1		9,4	9,4	9,0	
Italien												
EU	0,3	1,3	1,8	1,8	2,8	2,3	2,3	2,0	8,6	8,3	8,1	8,0
OECD ²	0,4	1,3	1,9		2,5	2,3	2,3		8,8	8,6	8,5	
IWF	0,3	1,4	1,9		2,8	2,1	2,0		8,7	8,3	8,2	
Großbritannien												
EU	2,2	3,3	2,8	2,8	1,4	1,4	1,9	2,0	5,0	4,9	4,9	4,9
OECD ²	2,2	3,4	2,7		1,5	1,5	1,8		5,0	4,8	4,8	
IWF	2,2	3,4	2,5		1,4	1,6	1,9		5,0	4,8	4,8	
Kanada												
EU	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
OECD ²	1,7	2,8	3,3		1,7	0,9	1,6		7,6	7,3	7,1	
IWF	2,0	2,9	3,1		2,7	1,9	2,2		7,6	7,2	6,8	
Eurozone												
EU	0,6	2,1	2,0	2,2	2,1	2,1	1,9	1,7	8,9	8,9	8,9	8,6
OECD ²	0,5	2,0	2,4		1,9	1,7	1,5		8,8	8,8	8,5	
IWF	0,5	2,2	2,2		2,1	2,1	1,9		8,9	9,0	8,7	
EU-15												
EU	0,9	2,3	2,2	2,3	2,0	2,0	1,9	1,8	8,1	8,1	8,1	7,9
OECD ²	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
IWF	1,1	2,6	2,5		2,0	2,2	2,0		9,3	9,2	8,9	
EU-25												
EU	1,0	2,5	2,3	2,4	1,9	2,2	2,1	1,9	9,1	9,1	9,1	8,8
OECD ²												
IWF												

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, Oktober 2004.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2004.

IWF: World Economic Outlook, September 2004.

: Keine Angaben.

¹ EU und IWF Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

² Die OECD revidierte im September 2004 ihre BIP-Prognose für D, USA, Japan, F, ITA, GB und die Eurozone für das Jahr 2004.
Stand: Oktober 2004.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF

Übrige Länder der Eurozone

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Belgien												
EU	1,3	2,5	2,5	2,6	1,5	2,0	1,9	1,8	8,0	8,2	8,1	7,9
OECD	1,1	2,0	2,6		1,8	1,7	1,4		8,1	8,3	8,0	
IWF	1,1	2,5	2,3		1,5	1,8	1,6		8,1	8,3	8,3	
Finnland												
EU	1,9	3,0	3,1	2,7	1,3	0,2	1,5	1,7	9,0	8,8	8,6	8,3
OECD	1,9	2,5	3,7		1,7	0,8	2,0		9,1	8,9	8,3	
IWF	2,0	2,8	2,6		1,3	0,1	1,3		9,0	8,8	8,5	
Griechenland												
EU	4,5	3,8	3,3	3,3	3,4	3,0	2,9	2,9	9,3	8,5	9,0	9,0
OECD	4,2	4,0	3,5		3,5	3,4	3,3		9,5	8,8	8,4	
IWF	4,3	3,9	3,0		3,4	3,3	3,4		9,0	8,9	8,8	
Irland												
EU	3,7	5,2	4,8	5,0	4,0	2,3	2,4	2,4	4,6	4,4	4,4	4,3
OECD	1,4	3,4	4,6		4,0	1,8	2,5		4,7	4,8	4,8	
IWF	3,7	4,7	5,0		4,0	2,3	2,1		4,7	4,4	4,1	
Luxemburg												
EU	2,9	4,0	3,5	3,6	2,5	3,0	2,3	1,6	3,7	4,3	4,6	4,4
OECD	1,7	2,6	3,6		2,0	1,8	1,6		3,8	4,3	4,5	
IWF	2,1	2,8	3,4		2,6	2,1	2,0		3,8	4,5	4,8	
Niederlande												
EU	-0,9	1,4	1,7	2,4	2,2	1,2	1,3	1,4	3,8	4,6	5,0	4,4
OECD	-0,7	0,9	2,1		2,0	1,5	1,0		3,5	5,0	5,1	
IWF	-0,9	1,1	1,8		2,2	1,4	1,1		4,3	5,3	5,8	
Österreich												
EU	0,8	1,9	2,4	2,4	1,3	2,1	1,8	1,4	4,3	4,2	3,9	3,4
OECD	0,7	1,5	2,4		1,8	1,3	1,1		5,7	5,9	5,8	
IWF	0,7	1,6	2,4		1,3	1,7	1,6		4,4	4,4	4,2	
Portugal												
EU	-1,2	1,3	2,2	2,4	3,3	2,4	2,4	2,3	6,3	6,3	6,2	6,1
OECD	-1,3	0,8	2,4		3,4	1,9	1,8		6,4	6,6	6,1	
IWF	-1,2	1,4	2,2		3,3	2,5	2,2		6,4	7,1	6,8	
Spanien												
EU	2,5	2,6	2,6	2,7	3,1	3,1	2,9	2,5	11,3	11,1	10,8	10,6
OECD	2,4	2,9	3,3		3,1	2,4	2,6		11,3	10,9	10,2	
IWF	2,5	2,6	2,9		3,0	2,8	2,7		11,3	11,1	10,3	

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, Oktober 2004.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2004.

IWF: World Economic Outlook, September 2004.

: Keine Angaben.

¹ EU und IWF Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: Oktober 2004.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF

Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Dänemark												
EU	0,5	2,3	2,4	2,0	2,0	1,1	1,9	1,6	5,6	5,8	5,3	4,9
OECD	0,4	1,9	2,6		1,8	1,7	1,8		5,6	6,0	5,8	
IWF	0,5	2,1	2,5		2,1	1,7	1,8		5,8	5,9	5,6	
Estland												
EU	5,1	5,9	6,0	6,2	1,4	3,4	3,5	2,8	10,1	9,7	9,4	9,1
OECD	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
IWF	5,1	5,8	5,4		1,3	3,0	2,5		:	:	:	
Lettland												
EU	7,5	7,5	6,7	6,7	2,9	6,8	4,7	3,5	10,5	9,9	9,7	9,4
OECD	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
IWF	7,5	6,5	6,0		2,9	5,8	3,5		:	:	:	
Litauen												
EU	9,7	7,1	6,4	5,9	-1,1	1,2	2,9	2,8	12,7	11,4	10,6	9,9
OECD	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
IWF	9,0	7,0	7,0		-1,2	0,6	2,5		:	:	:	
Malta												
EU	0,2	1,0	1,5	1,8	1,9	3,7	3,1	2,6	8,2	8,6	8,5	8,4
OECD	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
IWF	-1,7	1,3	1,7		1,3	3,0	2,0		:	:	:	
Polen												
EU	3,8	5,8	4,9	4,5	0,7	3,5	3,3	3,0	19,2	19,0	18,7	18,1
OECD	3,7	4,7	4,5		0,7	2,2	2,1		19,6	19,7	19,2	
IWF	3,8	5,8	5,1		0,8	3,7	3,8		:	:	:	
Schweden												
EU	1,6	3,7	3,1	2,9	2,3	1,1	1,5	1,9	5,6	6,3	5,8	5,0
OECD	1,6	2,5	2,8		2,5	0,9	1,7		4,9	5,8	5,4	
IWF	1,6	3,0	2,5		2,3	0,9	1,4		4,9	5,6	5,0	
Slowakei												
EU	4,0	4,9	4,5	5,2	8,5	7,7	3,9	3,0	17,5	18,4	17,9	17,2
OECD	4,2	4,3	4,8		7,7	6,6	3,0		17,4	16,6	15,5	
IWF	4,2	4,8	4,3		8,5	7,7	3,0		:	:	:	
Slowenien												
EU	2,5	4,0	3,6	3,8	5,7	3,9	3,4	3,0	6,5	6,3	6,1	5,8
OECD	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
IWF	2,3	3,9	4,1		5,6	3,7	3,2		:	:	:	
Tschechien												
EU	3,1	3,8	3,8	4,0	-0,1	2,8	3,1	2,9	7,8	8,3	8,2	8,0
OECD	2,9	3,1	3,4		0,1	3,0	2,5		7,8	8,3	8,3	
IWF	3,1	3,3	3,4		0,1	3,2	3,0		:	:	:	
Ungarn												
EU	3,0	3,9	3,7	3,8	4,7	6,9	4,6	4,2	5,8	5,8	5,9	6,0
OECD	2,9	3,3	3,8		6,0	6,9	4,8		5,9	5,9	5,7	
IWF	2,9	3,5	3,7		4,7	6,9	4,4		:	:	:	
Zypern												
EU	2,0	3,5	3,9	4,2	4,0	2,4	2,4	2,1	4,4	4,2	4,0	3,7
OECD	:	:	:		:	:	:		:	:	:	
IWF	2,0	3,0	3,5		4,1	2,2	2,6		3,5	3,4	3,2	

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, Oktober 2004.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2004.

IWF: World Economic Outlook, September 2004.

: Keine Angaben.

¹ EU und IWF Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: Oktober 2004.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF

G 7-Länder/Eurozone/EU-15/EU-25

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Deutschland												
EU	-3,8	-3,9	-3,4	-2,9	64,2	65,9	67,2	67,9	2,4	4,2	4,4	4,1
OECD	-3,9	-3,7	-3,1		64,2	65,9	66,7		2,2	2,8	3,5	
IWF	-3,8	-3,9	-3,3		63,8	65,7	67,1		2,2	4,4	4,8	
USA												
EU	-4,6	-4,2	-4,0	-4,2	:	:	:	:	-4,7	-5,5	-5,8	-5,7
OECD	-4,8	-4,7	-3,9		62,8	64,1	65,0		-4,9	-4,7	-4,8	
IWF	-4,6	-4,9	-4,3		60,5	61,5	62,2		-4,8	-5,4	-5,1	
Japan												
EU	-7,5	-7,1	-7,0	-6,8	:	:	:	:	3,2	3,3	3,3	3,6
OECD	-8,0	-7,1	-6,6		157,3	163,4	168,6		3,1	3,8	4,4	
IWF	-8,2	-6,9	-6,5		166,2	169,6	173,8		3,2	3,4	3,2	
Frankreich												
EU	-4,1	-3,7	-3,0	-3,3	63,7	64,9	65,5	66,3	0,4	-0,2	-0,5	-0,3
OECD	-4,1	-3,8	-3,6		62,9	66,0	68,7		1,0	0,7	1,2	
IWF	-4,1	-3,4	-2,8		63,7	64,3	64,4		0,3	-0,6	-0,6	
Italien												
EU	-2,4	-3,0	-3,0	-3,6	106,2	106,0	104,6	104,4	-1,2	-1,0	-0,9	-0,7
OECD	-2,5	-3,1	-3,9		106,1	106,1	106,2		-1,5	-2,0	-2,9	
IWF	-2,4	-2,9	-2,8		106,2	105,8	104,2		-1,5	-1,1	-0,8	
Großbritannien												
EU	-3,3	-2,8	-2,6	-2,4	39,8	40,4	40,9	41,2	-1,9	-2,0	-1,8	-1,9
OECD	-3,2	-2,9	-2,9		39,9	41,1	42,3		-1,7	-2,3	-2,7	
IWF	-3,4	-3,0	-2,9		39,6	39,9	40,9		-1,9	-2,0	-1,9	
Kanada												
EU	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
OECD	1,2	1,2	1,3		75,6	73,1	69,9		2,1	2,2	2,3	
IWF	0,6	0,7	0,9		90,9	85,0	79,8		2,0	2,9	2,4	
Eurozone												
EU ²	-2,7	-2,9	-2,5	-2,5	70,7	71,1	71,1	70,9	0,6	0,8	0,8	0,8
OECD	-2,7	-2,8	-2,7		70,4	71,5	72,0		0,4	0,5	0,6	
IWF	-2,8	-2,9	-2,5		70,6	70,9	70,6		0,3	0,8	0,9	
EU-15												
EU	-2,7	-2,7	-2,4	-2,3	64,2	64,4	64,5	64,3	0,4	0,5	0,5	0,5
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-25												
EU	-2,8	-2,8	-2,4	-2,3	63,2	63,5	63,5	63,3	:	0,3	0,2	0,2
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, Oktober 2004.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2004.

IWF: World Economic Outlook, September 2004.

: Keine Angaben.

¹ OECD-Daten: für die EU-15-Mitgliedstaaten und Eurozone nach MAASTRICHT-Definition

² EU-Leistungsbilanzsaldo: „adjusted“-Angaben

Stand: Oktober 2004.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF

Übrige Länder der Eurozone

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Belgien												
EU	0,4	-0,1	-0,3	-0,5	100,0	95,8	94,4	90,9	4,4	4,5	4,3	4,1
OECD	0,2	-0,2	-0,7		100,8	97,3	94,1		3,1	3,1	3,5	
IWF	0,2	-0,2	-0,4		:	:	:		3,8	4,5	4,6	
Finnland												
EU	2,3	2,3	2,1	2,2	45,6	44,8	43,4	42,2	5,2	4,9	4,9	4,9
OECD	2,1	1,6	2,1		45,3	45,9	46,9		5,7	6,5	6,9	
IWF	2,1	2,5	2,5		:	:	:		5,7	5,8	6,2	
Griechenland												
EU ²	-4,6	-5,5	-3,6	-3,0	109,9	112,2	111,9	110,2	-8,3	-7,5	-6,8	-5,9
OECD	-3,0	-3,2	-2,9		103,0	102,6	101,3		-6,5	-6,3	-6,1	
IWF	-3,2	-3,4	-3,5		:	:	:		-5,7	-6,0	-5,7	
Irland												
EU	0,1	-0,2	-0,6	-0,5	32,1	30,7	30,7	30,6	-1,4	-1,6	-1,5	-1,3
OECD	0,2	-0,5	-0,8		32,8	31,5	30,0		-2,0	-0,4	-0,2	
IWF	0,2	-0,3	-0,5		:	:	:		-1,4	-1,6	-1,3	
Luxemburg												
EU	0,8	-0,8	-1,6	-2,0	5,3	4,9	4,8	4,7	:	5,9	5,3	4,4
OECD	-0,1	-1,8	-2,5		4,9	5,1	5,1		9,9	10,1	10,6	
IWF	-0,1	-2,1	-2,7		:	:	:		9,3	10,1	11,4	
Niederlande												
EU	-3,2	-2,9	-2,4	-2,1	54,1	55,7	58,0	58,4	2,7	3,7	4,2	4,5
OECD	-3,2	-3,1	-2,9		54,8	57,3	58,7		1,5	2,6	2,6	
IWF	-3,2	-3,0	-2,7		:	:	:		2,2	2,9	3,1	
Österreich												
EU	-1,1	-1,3	-2,0	-1,7	64,5	64,0	63,9	63,4	1,5	1,9	1,9	1,9
OECD	-1,4	-1,3	-1,9		64,9	64,8	65,3		-0,6	-0,2	-0,3	
IWF	-1,4	-1,2	-1,8		:	:	:		-0,9	-1,0	-1,1	
Portugal												
EU	-2,8	-2,9	-3,7	-3,8	60,3	60,8	62,0	62,9	-6,3	-6,8	-6,5	-6,2
OECD	-2,9	-3,8	-3,2		60,1	60,6	61,1		-5,1	-4,6	-5,0	
IWF	-2,8	-4,1	-4,0		:	:	:		-5,1	-6,1	-6,3	
Spanien												
EU	0,4	-0,6	-0,1	0,0	50,7	48,2	45,5	42,9	-3,3	-4,2	-4,8	-5,0
OECD	0,3	0,3	0,5		50,8	49,2	47,3		-3,0	-3,3	-3,4	
IWF	0,3	-0,7	:		:	:	:		-2,8	-3,4	-3,6	

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, Oktober 2004.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2004.

IWF: World Economic Outlook, September 2004.

: Keine Angaben.

¹ OECD-Daten: für die EU-15-Mitgliedstaaten und Eurozone nach MAASTRICHT-Definition.

Stand: Oktober 2004.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU, OECD, IWF

Andere EU-Mitgliedstaaten

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Dänemark												
EU	0,3	1,0	1,5	1,7	45,9	43,4	40,3	38,0	2,9	3,2	3,5	3,9
OECD	1,2	0,9	1,1	44,8	43,8	42,5		3,0	2,6	2,8		
IWF	1,2	1,2	1,4	:	:	:		3,0	1,8	1,9		
Estland												
EU	3,1	0,5	0,2	0,1	5,3	4,8	4,4	4,2	-13,2	-13,0	-11,6	-10,2
OECD	:	:	:	:	:	:		:	:	:		
IWF	:	:	:	:	:	:		-13,2	-11,2	-9,5		
Lettland												
EU	-1,5	-2,0	-2,8	-2,9	14,4	14,6	15,4	16,6	-8,6	-9,9	-9,8	-9,6
OECD	:	:	:	:	:	:		:	:	:		
IWF	:	:	:	:	:	:		-8,6	-9,3	-8,2		
Litauen												
EU	-1,9	-2,6	-2,5	-1,9	21,4	21,1	21,7	21,3	-6,9	-8,7	-8,5	-7,9
OECD	:	:	:	:	:	:		:	:	:		
IWF	:	:	:	:	:	:		-6,7	-7,1	-6,9		
Malta												
EU	-9,6	-5,1	-4,0	-3,3	70,4	72,4	73,7	74,2	:	-4,0	-3,6	-2,8
OECD	:	:	:	:	:	:		:	:	:		
IWF	:	:	:	:	:	:		-6,0	-4,0	-2,6		
Polen												
EU	-3,9	-5,6	-4,1	-3,1	45,4	47,7	49,8	49,3	-2,2	-2,6	-3,1	-3,3
OECD	-4,2	-5,7	-5,5	51,3	55,3	60,1		-2,0	-2,5	-2,4		
IWF	:	:	:	:	:	:		-1,9	-1,7	-2,1		
Schweden												
EU	0,3	0,6	0,6	0,8	52,0	51,6	50,6	49,7	5,7	7,3	7,1	6,7
OECD	0,5	0,2	0,6	51,9	51,5	50,8		6,3	6,3	5,8		
IWF	0,5	0,3	0,6	:	:	:		6,4	6,7	5,7		
Slowakei												
EU	-3,7	-3,9	-4,0	-4,1	42,6	44,2	45,2	45,9	-1,1	-2,9	-3,3	-3,0
OECD	-3,6	-4,0	-3,7	42,9	44,8	46,3		-1,0	-1,7	-2,9		
IWF	:	:	:	:	:	:		-0,9	-2,3	-2,6		
Slowenien												
EU	-2,0	-2,3	-2,2	-1,9	29,4	30,9	30,8	30,6	-0,4	-0,2	-0,8	-1,0
OECD	:	:	:	:	:	:		:	:	:		
IWF	:	:	:	:	:	:		0,1	-0,6	-1,4		
Tschechien												
EU	-12,6	-4,8	-4,7	-4,3	37,8	37,8	39,4	40,6	-6,2	-6,1	-6,0	-5,7
OECD	-7,3	-8,4	-8,1	:	:	:		-7,1	-6,2	-5,9		
IWF	:	:	:	:	:	:		-6,2	-5,5	-4,9		
Ungarn												
EU	-6,2	-5,5	-5,2	-4,7	59,1	59,7	59,5	58,9	-9,0	-8,7	-8,5	-8,5
OECD	-5,9	-5,2	-4,6	:	:	:		-8,9	-8,5	-7,6		
IWF	:	:	:	:	:	:		-8,9	-8,8	-8,2		
Zypern												
EU	-6,4	-5,2	-3,0	-2,4	70,9	72,6	72,4	69,4	-3,5	-4,5	-4,4	-3,7
OECD	:	:	:	:	:	:		:	:	:		
IWF	-6,3	-5,3	-3,0	:	:	:		-4,4	-4,3	-4,2		

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, Oktober 2004.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2004.

IWF: World Economic Outlook, September 2004.

: Keine Angaben.

¹ OECD-Daten: für die EU-15-Mitgliedstaaten und Eurozone nach MAASTRICHT-Definition

Stand: Oktober 2004.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, November 2004

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

Druckerei J. P. Bachem GmbH & Co. KG

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0180 / 522 1996 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0180 / 522 1997 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.